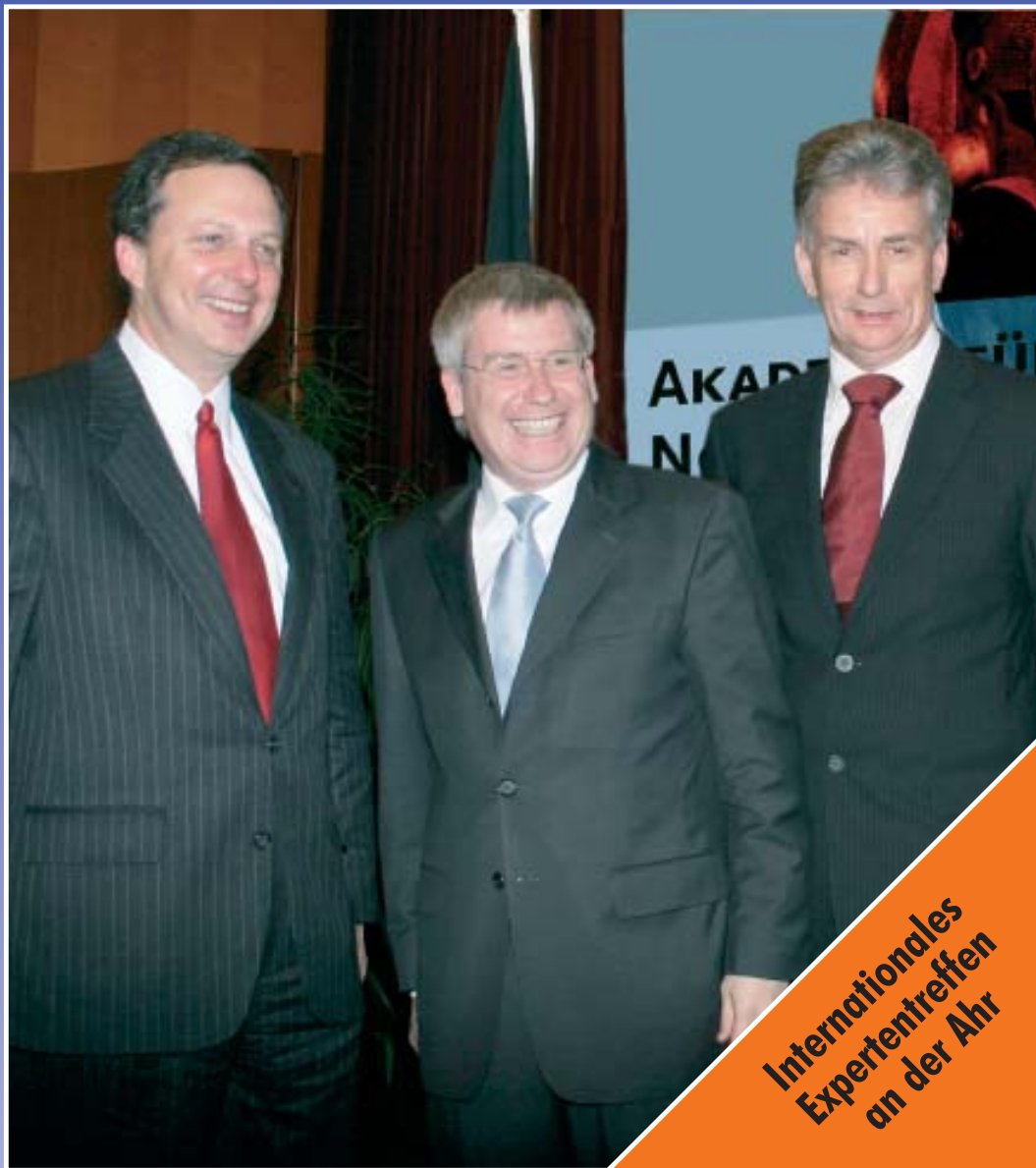


Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



Internationales
Expertentreffen
an der Ahr

1-04



BUNDESVERWALTUNGSAMT
Zentralstelle für Zivilschutz





Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

im Dezember 2003 wurde in Bad Neuenahr mit einem Festakt und einem Kongress das 50-jährige Bestehen der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) und ihrer Vorgängereinrichtungen begangen.

Die Geschichte der Akademie, so wie sie in der Festschrift sehr umfassend beschrieben wurde, ist wie ein Kaleidoskop der Geschichte der Bundesrepublik. Nach einer sehr wechselhaften Geschichte hat sich die AKNZ in den vergangenen Jahren zu einem Kompetenzzentrum für das gemeinsame Krisenmanagement von Bund und Ländern sowie zu einer Begegnungsstätte für Experten aus dem In- und Ausland konsolidiert.

Bundesinnenminister Otto Schily schrieb in seinem Grußwort, dass der Bund hier an hervorragender Stelle zeigt, dass er zu seiner Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung steht und diese Verantwortung sehr ernst nimmt. Schily weiter: „Wenn wir den Bevölkerungsschutz verbessern wollen, brauchen wir die Begegnung, den Austausch, den Kontakt der Dienststellen des Bundes mit denen der Länder, der Kommunen, der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen.“

Diese Vorgaben stellen auch das Leitbild des Bevölkerungsschutzes der Zukunft dar. Das System „Bevölkerungsschutz“ muss so weiter entwickelt werden, dass auch Bedrohungen in den Dimensionen der Anschläge des 11. September 2001 oder des Elbhochwassers 2002 mit den modernen Instrumenten der neuen zivilen Sicherheitsarchitektur noch besser begegnet werden kann.

Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung ist das neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit dessen Einrichtung noch in diesem Frühjahr zu rechnen ist.

Das neue Amt und die dazu gehörende AKNZ werden dienstleistungsorientiert und mit fachlicher Kompetenz als Partner allen am Bevölkerungsschutz beteiligten Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Das Magazin Bevölkerungsschutz wird diese Entwicklung für Sie, liebe Leserinnen und Leser, verfolgen und darüber berichten.

Ihr
Redaktionsteam

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz

2

Politik und Gesellschaft

50 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz

Festakt und internationaler Fachkongress zum Jubiläum der AKNZ

3



Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz fand am 8. und 9. Dezember in Bad Neuenahr ein internationaler Fachkongress statt (Bericht ab S. 3).
(Bildbearbeitung: ZfZ)

INHALT 1-2004

Von der Lufthoheit des Bundesadlers

Hat der deutsche Katastrophenschutz ein Vernetzungsproblem?

7

Der Berg der Deutschen

50 Jahre Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten

12

Aus-und Weiterbildung

Floriansdorf

Stadt Iserlohn geht neue Wege in der Brandschutzerziehung

14

Aus der Praxis

„Bitte folgen“ mit Folgen

Bundesamt für Güterverkehr im Dienste der Verkehrssicherheit – Mehr als 20 Prozent der kontrollierten Fahrzeuge beanstandet

17

RTH-unterstützte Wasserrettung

Ulmer Projekt hat sich bewährt

21

„Das Ausmaß der letzten Flutkatastrophen erfordert ein intensives Nachdenken“

Fachmesse „Acqua alta“: Theorie und Praxis auf höchstem Niveau

23

Präklinische Traumaversorgung

30 Jahre Christoph 5 – Symposium zum Jubiläum

26

Technik und Wissenschaft

Mitteilungen der Fachinformationsstelle der ZfZ

27

Der schwarze Tag von Ypern

Zur Geschichte der chemischen Waffen, Teil 1

31

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund

38

Deutsche

Lebens-Rettungs-Gesellschaft

40

Deutscher Feuerwehrverband

42

Deutsches Rotes Kreuz

44

Johanniter-Unfall-Hilfe

46

Malteser Hilfsdienst

48

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V

50

Technisches Hilfswerk

51

Rubriken

Rundblick

54

Für Sie gelesen

55

Termine

56

Kulturgutschutz in Deutschland

57

Bundesminister a.D. Rudolf Seiters neuer DRK-Präsident

Der frühere Bundesinnenminister Dr. Rudolf Seiters ist neuer Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Die Delegierten aus den 20 DRK-Mitgliedsverbänden wählten ihn am 21. November 2003 auf der 53. Bundesversammlung in Berlin in das höchste Amt des

Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von April 1989 bis November 1991 war Rudolf Seiters Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, wobei er eine besondere Rolle im Prozess der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten spielte. Von November 1991 bis Juli 1993 bekleidete er dann das Amt des Bundesministers des Innern. Am 22. November 1994 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Arbeitsbereich Auswärtiges, Verteidigung, wirtschaftliche Zu-

spendenbereitschaft nicht nachlassen“, sagte Rudolf Seiters nach der Wahl.

Neben dem Präsidenten wurde auch das DRK Präsidium für die kommenden drei Jahre gewählt. Die neuen Präsidiumsmitglieder sind:

- Präsident: Dr. Rudolf Seiters, Papenburg
- Vize-Präsidentin: Soscha Gräfin zu Eulenburg, Berlin
- Vize-Präsident: Dr. Bodo Richter, Schleswig
- Bundesschatzmeister: Prof. Dr. Manfred Willms, Kiel
- Bundesarzt: Dr. Karl-Wilhelm Demmer, Bonn

DRK



Das neue Präsidium des DRK, von links nach rechts: Clemens Graf von Waldburg-Zeil, Generalsekretär; Heinz Bolz, Bundesvorsitzender Bergwacht; Ulrike Würth, Bundesleiterin Jugendrotkreuz; Dr. Bodo Richter, Vizepräsident; Soscha Gräfin zu Eulenburg, Vizepräsidentin; Dr. Karl-Wilhelm Demmer, Bundesarzt; Dr. Rudolf Seiters, Präsident; Sabine Schipplick, Präsidentin des Verbandes der Schwesternschaften vom DRK e.V.; Prof. Dr. Manfred Wilms, Bundesschatzmeister; Dr. Volkmar Schön, Vorsitzender des Bundesausschusses Ehrenamt; Klaus-Dieter Uelhoff, Vorsitzender des Präsidialrates (gehört nicht zum Präsidium). (Foto: DRK)

Empfang für 800 ehrenamtliche Helfer

Am 5. Dezember 2003 hat der Erste Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust, 800 ehrenamtliche Helfer und Helferinnen im großen Festsaal des Rathauses empfangen.

Bei den Angehörigen von Hilfs- und Rettungsorganisationen, Feuerwehren, gemeinnützigen und wohltätigen Vereinen und Stiftungen sowie von Sportverbänden, die stellvertretend für viele andere zu der Veranstaltung geladen waren, bedankte sich von Beust im Namen der Stadt Hamburg und würdigte die Leistungen der ehrenamtlichen Helfer als „Ausdruck von Zivilisiertheit und Nächstenliebe“. Der Erste Bürgermeister bezeichnete seine Gäste als „wahre Helden, die still sind und einfach machen“.

In Hamburg sind etwa 460.000 Menschen ehrenamtlich tätig.

Verbandes. Seiters übernimmt den ehrenamtlichen Posten von dem Völkerrechtler Professor Knut Ipsen, der neun Jahre DRK-Präsident war.

Rudolf Seiters wurde am 13. Oktober 1937 in Osnabrück geboren, ist verheiratet und hat drei Töchter. Nach seinem Abitur studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Münster, wo er 1963 und 1967 auch seine beiden juristischen Staatsprüfungen ablegte. In den Jahren 1971 bis 1976 sowie ab 1982 war er Parlamentarischer Geschäftsführer, ab 1984 bis 1989 1. Parlamentarischer

sammenarbeit und Europäische Union gewählt. Der Deutsche Bundestag wählte Seiters am 26. Oktober 1998 zu seinem Vizepräsidenten; dieses Amt hatte er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Parlament mit Ablauf der 14. Wahlperiode inne.

„Ich werde meinen Beitrag leisten zur Stärkung des Ehrenamtes, zur qualitativen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung der einzelnen Geschäftsfelder, zur Werbung für das humanitäre Anliegen des Roten Kreuzes und dafür, dass unsere Mitbürger in ihrer

50 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz

Festakt und internationaler Fachkongress zum Jubiläum der AKNZ

Von Nikolaus Stein

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) hatte der Präsident des Bundesverwaltungsamtes (BVA), Dr. Jürgen Hensen, zu Festakt und Kongress am 8. und 9. Dezember 2003 eingeladen.

In seiner Eröffnungsrede konnte Hensen zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung, Hilfsorganisationen, Feuerwehren, THW, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei und Wissenschaft begrüßen, darunter den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper, der den kurzfristig verhinderten Minister Otto Schily vertrat und später die Festansprache hielt, sowie Michael Brown aus den USA, Under Secretary in dem nach den Ereignissen des 11. September 2001 neu geschaffenen Department of Homeland Security.

Rückblick und Ausblick

Der Präsident des BVA ging in seiner Rede auf die Geschichte der Akademie und ihrer Vorläufer ein und stellte die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Hintergründe dar. Für die Zukunft strich er vier Punkte als besonders wichtig heraus:

„Ich meine zum Ersten die in den Anfängen befindlichen, aber unbedingt auszubauen den Dialoge auf hoher administrativer und politischer Ebene, die an und im Umfeld der Akademie stattfinden. Diese Angebote für Eliten rund

um die zivile Sicherheitsvorsorge sollten noch konsequenter umgesetzt werden, um den für den Zivil- und Katastrophenschutz verantwortlichen Funktionsträgern zu helfen, Entscheidungsprozesse in Krisensituationen zu optimieren.

Zum Zweiten messe ich der Aus- und Fortbildung in der

sche Lage wird dazu führen, dass diese Aufgaben noch größere Bedeutung erlangen. An Sie, Herr Admiral Heise, nochmals ausdrücklichen Dank für die ausgezeichnete Kooperation bei diesem Projekt. Ich freue mich sehr, dass Sie an unserem Festakt teilnehmen.



Der
Parlamentarische
Staatssekretär
beim
Bundesminister
des Innern,
Fritz Rudolf Körper,
hielt die Festrede.

Zivil-Militärischen Zusammenarbeit für das In- und Ausland besondere Bedeutung bei. Dank der Vereinbarungen mit dem Bundesministerium der Verteidigung konnten in diesem Jahr an der AKNZ gemeinsame Veranstaltungen von Zivilisten und Soldaten gestartet werden, die künftig für die Soldaten offiziellen Ausbildungscharakter haben. Die globale sicherheitspoliti-

Drittens hoffe ich auf eine Bildungsoffensive im Bevölkerungsschutz mit neuem Qualitätsniveau. Die Komplexität von Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement erfordert verstärkt die Einbeziehung und Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse mit der Möglichkeit der akademischen Qualifizierung. Hier sehe ich für die Zukunft weite Betätigungsfel-

der in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung, so wie sie bereits zwischen der Universität Bonn und der AKNZ im vergangenen Jahr begonnen hat.

**Michael Brown,
Under Secretary
im US Department
of Homeland
Security.**



läufereinrichtungen sowie ihre Bedeutung bei der Umsetzung der „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“. Remmele verwies in diesem Zusammen-

gen jährlich auch die nicht unerhebliche wirtschaftliche Bedeutung der Akademie für den Landkreis Ahrweiler angesprochen.

Professionelles Krisenmanagement

Fritz Rudolf Körper, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, hob in der Festrede den menschlichen Faktor hervor; neben einer hochwertigen Ausbildung komme der Ausbildung entscheidendes Gewicht zu. Die AKNZ habe auf diesem Gebiet bisher schon Beachtliches geleistet und sich bei der dringend notwendigen Vereinheitlichung der Ausbildung der Führungsstäbe hervor getan. Nur ein professionelles Gefahren- und Krisenmanagement der Entscheidungsträger ermögliche den intelligenten Einsatz und die effiziente Nutzung der in Deutschland vorhandenen Ressourcen; ohne einheitliche Ausbildung und ständiges Üben sei dies jedoch nicht realisierbar. Der Akademie komme somit für die in der „Neuen Strategie“ dargelegte gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern eine besondere Bedeutung zu. „Unser Ziel ist es, diese Akademie zu einem Kompetenzzentrum für das gemeinsame Krisenmanagement von Bund und Ländern, zu einem Forum auch für den wissenschaftlichen Austausch, zu einer Begegnungsstätte und Ideenbörse für Experten aus dem In- und Ausland zu machen.“

Viertens sollte die AKNZ ihre Funktion als internationale Begegnungsstätte weiter ausbauen. Schon heute treffen sich hier gerne Vertreter der Europäischen Kommission, der Mitgliedsländer der EU und der NATO zu Workshops, Tagungen und Konferenzen. Die internationale Zusammenarbeit wird jedoch immer bedeutsamer. Entsprechend muss auch die AKNZ ihr Engagement auf dem internationalen Parkett verstärken.“

Grußworte

In seinem Grußwort würdigte MinDirig Dr. Wolf-Dieter Remmele aus dem Bayerischen Staatsministerium des Innern in seiner Funktion als Vorsitzender des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz stellvertretend für die Bundesländer die bereits in der Vergangenheit gute Zusammenarbeit mit der Akademie und ihren Vor-

hang allerdings auch auf die bisher fehlenden gesetzlichen Regelungen der Zuständigkeiten des Bundes im Katastrophenschutz und mahnte eine baldige Klärung der Rolle der Bundeswehr an.

General a.D. Hans-Peter von Kirchbach, Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, betonte für die Hilfsorganisationen und Feuerwehren ebenfalls die Bedeutung der AKNZ bei der Umsetzung der neuen Strategie. Das Angebot sei ein zentraler und wichtiger Beitrag zur Entwicklung, Modernisierung und Qualitätssteigerung, das von den Organisationen gerne angenommen werde. „Nur gut ausgebildete und qualifizierte Helfer sind auch in der Lage, professionelle Hilfe zu leisten.“

Zuvor bereits hatte der Kreisbeigeordnete Werner Schüller unter Hinweis auf rund 10.000 Lehrgangsteilnehmer und 30.000 Übernachtun-

Unter dem Motto „Zivile Sicherheitsvorsorge in Deutschland – Strategien und Umsetzung“ fand im Anschluss an den Festakt ein zweitägiger internationaler Fachkongress statt. Die Plenumsvorträge „Mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Katastrophen und Krisen“ von Prof. Dr. Lars Clausen, seit Mai 2003 Vorsitzender der Schutzkommission beim BMI, sowie „Gefährdungen und Risiken eines moder-

nen Industriestaates“ von Prof. Dr. Wolfgang Kroeger (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich) stimmten die Teilnehmer auf die Arbeit in den jeweiligen Foren ein.

Krisenmanagement

Das Forum „Krisenmanagement“ beschäftigte sich eingehend mit Risiken und Gefährdungen sowohl im Bereich der inneren Sicherheit als auch mit den durch Klimawandel und technologische Entwicklungen bedingten. Hinterfragt wurden auch die Voraussetzungen eines professionellen Krisenmanagements.

Die Ergebnisse, kurz zusammengefasst:

- Zivile Sicherheitsvorsorge bedingt ein ganzheitliches, gesamtgesellschaftliches Konzept
- Alle Gefährdungsfelder des erweiterten Sicherheitsbegriffes müssen ihren Niederschlag finden
- Die gesamte Sicherheitsarchitektur ist gefordert
- Länder- und staatenübergreifende Aspekte und Strukturen sind zu berücksichtigen

ons- und Kommunikationstechnik sowie der Gesundheitsversorgung und kamen zu folgenden Ergebnissen:

lichen Blickwinkel auf gemeinsame operativ-taktische Führungsstäbe und mobile Führungsunterstützungsstäbe so-



Dr. Jürgen Hensen, Präsident des Bundesverwaltungsamtes.

- Die Angreifbarkeit und Verletzlichkeit hochtechnologischer Gesellschaften wird offenbar
- Ressortübergreifende kompatible Risiko- und Gefährdungsanalysen sind zu erstellen

wie eine Beschäftigung mit dem „Incident Command System“ der USA im Vordergrund. Dabei kristallisierten sich die nachfolgenden Forderungen heraus:

- Koordination der Akteure muss verbessert werden
- Strukturen und Prozesse sind zu vereinheitlichen
- Aus- und Fortbildung muss auf einheitlichen Standards beruhen
- Orientierung muss am gemeinsamen Auftrag erfolgen.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in den USA

Der erwartete Höhepunkt des zweiten Kongresstages war der Vortrag des aus den USA angereisten Michael Brown, Under Secretary for Emergency Preparedness and Response im neugegründeten US Department of Homeland Security.

Brown betonte das gemeinsame Interesse an Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit und hob die Ähnlichkeit der Probleme und der Ansätze zu ihrer Lösung auf beiden Seiten des Atlantiks hervor.



Aufmerksame Zuhörer während des Festaktes.

Notfallplanung

Die Teilnehmer des Forums „Notfallplanung“ diskutierten über kritische Infrastrukturen, Schutzkonzepte und ausgewählte Problemfelder der Energieversorgung, der Informati-

- Die „Neue Strategie“ muss auch umgesetzt werden

Zivil- und Katastrophenschutz

Bei der Arbeit dieses Forums standen die unterschied-

Der 11. September 2001, so Brown weiter, hat in der Notfallplanung der Vereinigten Staaten zu einem grundlegen-

- der Steuerung der Zusammenarbeit von Bundes-, Landes- und lokalen Kräften.

ten. Außerdem hat man mehr als 400 Übungen durchgeführt, in denen neue Vorgehensweisen erprobt oder bereits erprobte weiter verbessert wurden.

Das Krisenmanagement des DHS hat bereits bei einigen Ereignissen, wie dem großen Blackout im Nordosten der USA, den Waldbränden in Kalifornien oder dem Hurrikan „Isabel“, seine ersten Bewährungsproben bestanden.

Unter Hinweis auf die weitgehend identische Bedrohungs- und Problemlage sprach sich Michael Brown für die Durchführung von Übungen mit internationaler Beteiligung aus und zeigte sich zum Abschluss seines Vortrages zuversichtlich, dass trotz gelegentlicher politischer Meinungsverschiedenheiten die gemeinsamen Interessen an der Weiterentwicklung im Zivil- und Katastrophenschutz überwiegen und letztendlich auch nur gemeinsame Anstrengungen zum Erfolg führen können.



v.l. Michael Brown, Under Secretary im Department of Homeland Security, Fritz Rudolf Körper, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dietrich Lämpke, Leiter der AKNZ, Dr. Jürgen Hensen, Präsident des BVA, Prof. Dr. Lars Clausen, Vorsitzender der Schutzkommission beim BMI, MinDirig Dr. Wolf-Dieter Remmele, Vorsitzender des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz.

den Umdenken, ganz besonders im Hinblick auf terroristische Bedrohungen, geführt. Sichtbarer Ausdruck dieses Umdenkens ist die Schaffung eines neuen Ministeriums, das als „Department for Homeland Security“ (DHS) bereits im Herbst 2002 seine Arbeit aufnehmen konnte. Dank der tatkräftigen Unterstützung durch Präsident Bush und den Kongress wurden die entsprechenden Gesetzesänderungen zügig durchgeführt und 22 verschiedene Bundeseinrichtungen mit rund 180.000 Mitarbeitern zu einer Behörde zusammengefasst. Die wesentlichen Aufgaben des Ministeriums sieht Brown in der

- Sicherung der Landesgrenzen, einschließlich Flug- und Seehäfen, der Transportsysteme und kritischer Infrastrukturen allgemein,
- der Analyse der Informationen aller verfügbaren Geheimdienste statt eines einzigen,
- der Information der Bevölkerung
- der Ausbildung und Ausrüstung von Reaktionskräften und Sicherstellung der Einsatzbereitschaft sowie

Seit März 2003 wurden mehr als 4 Milliarden Dollar ausgegeben um lokale Reaktionsgruppen weiter auszubilden und moderner auszurü-



Am Rande der Veranstaltung hatten Mitarbeiter der ZfZ eine Ausstellung zum Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland aufgebaut. (Fotos: ZfZ)

Verlauf und Inhalte der Veranstaltung konnten hier nur skizzenhaft beleuchtet werden. Weitere Informationen, insbesondere über den internationalen Kongress, können im Internet abgerufen werden unter:

<http://www.zivilschutz-online.de>

Als besonderen Service für unsere Leser haben wir die Redebeiträge des Festaktes als Audio-Dateien im Internet platziert.

Von der Lufthoheit des Bundesadlers

Hat der deutsche Katastrophenschutz ein Vernetzungsproblem?

von Sozialdirektor a.D. Michael Hütte, Berlin

Öffentliche und private „Drehflügler“ sind weltweit gemeinsam im Einsatz

Weltweit gelten Luftfahrzeuge – und hier insbesondere Helikopter – wegen ihrer besonderen Manövrierfähigkeit und Einsatztauglichkeit als anerkannte und unentbehrliche Einsatzmittel im Katastrophenschutz.

Bedingt durch größere Entfernungen, verkehrsinfrastriktuelle Gegebenheiten, aber auch durch die Topographie, ist der routinierte und regelmäßige Einsatz von Hubschraubern in den meisten großen Flächenstaaten bereits seit langem integrierter Bestandteil der Katastrophenvorsorge. Er umfasst jeweils staatliche sowie, im Bedarfsfälle, private Fluggerätebetreiber, wenn die Bündelung der Ressourcen wegen der Einsatzdimensionen erforderlich ist. Die Einbeziehung privater Lufttransportunternehmen ist in vielen Ländern einfach deshalb unabweisbar, weil die staatlich vorgehaltenen Fluggeräte aus Budgetgründen nur begrenzt verfügbar bzw. auch durch andere originäre Sicherheitsaufgaben gebunden sind.

In Deutschland ist bisher nur der gemeinsame Luftrettungsdienst geregelt

Demgegenüber hat sich der vernetzte Einsatz privater und öffentlicher Fluggeräte im Katastrophenschutz in den mitteleuropäischen Ländern mit jeweils landesweit hoch entwickelter Verkehrsinfrastruktur

nur dort nennenswert entwickelt, wo die landestypische Topographie mit zumeist schwer zugänglichen Bergregionen oder unerschlossenen weitläufigen Flächen häufigen Helikoptereinsatz erfordert. Das gilt prinzipiell auch für Deutschland, allerdings mit der Ausnahme, dass der Luftrettungsdienst hier seit vielen Jahren, und weltweit vorbildlich, in Kooperation zwischen

Für andere K-Schutzaufgaben fliegt (fast) nur der Bundesadler

Es handelt sich dabei um eine Vielzahl von Aufgaben, die aus zeitkritischen und/oder topographischen Gründen auch in Deutschland den womöglich massierten Einsatz von Helikoptern in bestimmten Katastrophenlagen als unabwiesbare „ultima ratio“ er-



Besonders in unzugänglichen Bergregionen oder unerschlossenen weitläufigen Flächen können Hubschrauber ihre Qualitäten ausspielen.

(Foto: Agrarflug Helilift)

staatlichen Diensten und privaten Anbietern geregelt ist und durchgeführt wird.

Zwar steht dieses Luftrettungsnetz auch im Katastrophenfall zur Verfügung, und hat sich hier bereits vielfältig bewährt, jedoch fehlen bisher die Voraussetzungen für den vernetzten Einsatz privater und öffentlicher Helikopter außerhalb von Rettungs- und Verlegungsflügen bzw. für Einsätze, die von Rettungsfliegern nicht wahrgenommen werden können.

scheinen lassen. Nur beispielhaft seien hier benannt:

- Rettung und Bergung von Personen und Sachgütern aus anderweitig unzugänglichen Standorten oder in Eilfällen;
- Löscheinsätze bei Bränden (z.B. Waldbrände oder Brände/Explosionen in technischen oder anderweitig gefährdenden Anlagen mit Zugangsproblemen);
- Last- und Transportflüge zur technischen Hilfeleistung;

- Sicherungstechnische Hilfeleistungen, die nur aus der Luft erbracht werden können;
- Messen und Spüren von toxischen oder anderweitig schädigenden Substanzen, soweit großflächig aus der Luft erforderlich;

Einsatz eines privaten Hubschraubers bei der Waldbrandbekämpfung.

(Foto: HELOG)



- Lagebeobachtung und Aufklärung, Unterstützung der Einsatzleitung;
- Lenkung von großflächigen Bevölkerungsbewegungen;
- Überwachung von Verkehrs- und Infrastruktureinrichtungen;
- Transport von zeitkritisch benötigten Einsatzmitteln.

Nach dem derzeitigen Stand der Einsatzplanungen bei Bund und Ländern werden für die Wahrnehmung dieser Aufgaben bisher fast ausschließlich Fluggeräte der Bundeswehr und des BGS bzw. vereinzelt auch der Länderpolizeien eingesetzt; Vorbereitungen für den gemeinsamen Einsatz öffentlicher und privater Fluggerätebetreiber sind nicht getroffen worden, wenn wir von den Möglichkeiten einer Beor-

derung privaten Fluggerätes nach den Leistungsgesetzen ausschließlich im festgestellten Verteidigungsfall einmal absehen.

Auch der „Paradigmenwechsel“ in der deutschen Katastrophenschutzpolitik nach den Ereignissen vom September

2001 in den USA und dem Elbehochwasser im Sommer 2002 führte zunächst nicht zu entscheidenden Veränderungen bei der Bündelung und Vernetzung des Einsatzmittels Luftfahrzeuge unterschiedlicher Träger.

Vernetzung öffentlicher und privater Betreiber wünschenswert

Gerade das Elbehochwasser im Sommer 2002 ließ aber die Probleme der derzeitigen Einsatzgestaltung wiederholt mehr als deutlich werden:

- Da wurde von eigentlich nicht zuständigen Landesbehörden ein Flugbeschränkungsgebiet eingerichtet und die Lufthoheit für Fluggenehmigungen kurzerhand

der Bundeswehr übertragen, obgleich eindeutige Aufgaben der Flugsicherung;

- da sind weiterhin Fragen einer gemeinsamen und bundesweit nutzbaren Funkfrequenz für die notwendige Kommunikation im Stadium von Erwägungen;¹
- da wurde durch den die Lufthoheitsbefugnisse wahrnehmenden Bundeswehroffizier schon mal eben ein generelles Flugverbot für zivile Hubschrauber angeordnet, unter anderem mit der Folge, dass ein ziviler Betreiber mit katastrophenrelevanten Aufgaben der Gasleistungsprüfung in Sachsen seinen Aufgaben zeitweise nicht mehr nachgehen konnte;²
- da haben die öffentlich-rechtlichen Fluggerätebetreiber von Bund und Ländern die eingehenden Einsatzanforderungen für Helikopter jeweils in eigener Zuständigkeit bewertet und nach eigenen Prioritäten abgearbeitet, unter anderem mit der Folge, dass ein flächendeckend bedarfsorientiert gesteuert Fluggeräteinsatz im gesamten Katastrophengebiet nicht zustande kam: teilweise blieben entsprechende Hilfesuchen erfolglos, weil Fluggerät fehlte bzw. das vorhandene nicht hinreichend koordiniert eingesetzt wurde.³

Unter diesen Bedingungen konnte eine wirksame Unterstützung der Notstandsbeekämpfung aus der Luft durch den Einsatz ziviler Betreiber nur bedingt zustande kommen, obgleich eindeutig nicht abgedeckter Bedarf an Hubschraubern vorhanden war.

Der Helikoptereinsatz ist kostenintensiv, weil er neben dem hohen Beschaffungswert

¹ vgl. Protokoll einer Sitzung vom 15.04.2003 zwischen Vertretern des DHV (Deutscher Hubschrauberverband) und des BMBV/BW (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen).

² vgl. Artikel und Leserzuschriften in „Rotorblatt 4/2002“

³ vgl. z.B. „Kirchbach-Bericht“, aber auch Berichte aus Sachsen-Anhalt.

der Fluggeräte auch erheblichen Aufwand bei der Betriebswartung, eine entsprechende technische Betriebsinfrastruktur sowie hohen Ausbildungsaufwand bei Piloten und Bordwarten erfordert.

Er wird allein deshalb im Katastrophenschutz immer „ultima ratio“ in einem relativ eng begrenzten Bereich von Aufgaben der Schadensabwehr bleiben, die durch zeitkritische und/oder topographische bzw. anderweitige Erreichbarkeitskriterien definiert sind.

Gleichwohl zwingt eine veränderte Risiko- und Bedrohungsanalyse, wie sie nicht nur unter dem Eindruck der New Yorker Ereignisse, sondern auch in Kenntnis der neuen Dimensionen klimatisch und anderweitig bedingter Naturkatastrophen sowie möglicher Dimensionen technischer Katastrophen auch in Mitteleuropa gedacht werden muss, zu neuem Nachdenken über erforderliche Potenziale in der Notstandsbekämpfung.

Überlegungen zur Bedarfsdeckung für Fluggeräte als Einsatzmittel der zivilen Notstandsbekämpfung haben dabei in Rechnung zu stellen, dass die Verfügbarkeit von Hubschraubern der Bundeswehr, des BGS und der Länderpolizeien durch eine Reihe von Faktoren zukünftig eher eingeschränkt sein wird:

Wachsende Aufgaben der Bundeswehr im Rahmen von Auslandseinsätzen binden höhere Kapazitäten bei gleichzeitig eingeschränkt verfügbaren Haushaltsmitteln; BGS und Länderpolizeien sind ebenfalls von Haushaltsrestriktionen betroffen und werden nur noch bedarfsgerecht für eigene Aufgaben vorgehaltenes Fluggerät bei Grosslagen überwiegend für polizeiliche Kernaufgaben benötigen.

Aber selbst unter der Voraussetzung einer auch zukünftig möglichen teilweisen Bedarfsdeckung durch die öffentlichen Betreiber in der Gefahrenabwehr macht die daneben anzustrebende vernetzte Einsatzfähigkeit privater Betreiber

unter Kapazitätsgesichtspunkten jedenfalls dann Sinn, wenn rechtzeitig die einsatzvorbereitenden Voraussetzungen einer Inanspruchnahme geschaffen werden, da das moderne Katastrophengeschehen mit neuen Risikodimensionen in der Planung der Notstandsvorsorge zu grundsätzlich offenen und erweiterten Bedarfsdeckungsgrenzen führen muss.

Dabei kommt allerdings den Fragen der Leistungsfähigkeit

und Überwachung aus der Luft einschließlich des Einsatzes bildgebender Verfahren. Die vorgeschriebene Kommunikationsausstattung sowie die Verfügbarkeit von Transpondern gestattet grundsätzlich die gemeinsame Tätigkeit mit öffentlichen Hubschraubern in allen Flughöhen, sofern die Zusammenarbeit geregelt ist (wie beispielsweise derzeit bereits mit der bayerischen Landespolizei).



Einsatz in unwegsamem Gelände.

(Foto: HELOG)

und der Wirtschaftlichkeit des Einsatzes zentrale Bedeutung zu. Ohne Frage verfügen viele der im Deutschen Hubschrauberverband (DHV) zusammengeschlossenen privaten und gemeinnützigen 35 Fluggerätebetreiber mit 271 Hubschraubern (Stand: Mai 2003) über umfangreiche Erfahrungen im Spezialflugbereich, z.B. bei der Feuerbekämpfung, bei Außenlasttransporten mit hohen Transportleistungen auch unter schwierigsten Geländebedingungen durch umfangreiche Erfahrungen aus der Forstwirtschaft und dem Industrie- und Hochwasser- und Rettungs- sowie Höhenrettungsmaßnahmen, auch mit Rettungskorb für größere Gruppen Betroffener, schließlich auch unter Einsatz von Sonderausstattungen bei Aufgaben des Messens und Spürens von Luftbelastungen, der Beobach-

Gegenüber den relativ klar zu beantwortenden Fragen der Leistungsfähigkeit, die auch über Leistungs- und Ausstattungspflichtenhefte regelbar sind, sind alle Fragen hinsichtlich einer vergleichbaren Wirtschaftlichkeit gegenwärtig nur ungenau zu beantworten, weil im öffentlichen Bereich trotz Verwaltungsreformen umfassende Kosten-Leistungsrechnungen immer noch fehlen. Darüber hinaus behindert eine von Behörde zu Behörde unterschiedliche Regelung für Flugkostenerstattungen direkte und stimmige Kostenvergleiche. Anhand vorgenommener Vergleichsrechnungen für Flugstundenpreise verschiedener Helikoptertypen auf der Grundlage der gegenwärtig verfügbaren Zahlen ist aber die Aussage zulässig, dass der Einsatz privater Betreiber zumindest nicht teurer ist als Missionen

der öffentlichen Fluggerätebetreiber. Werden die entstehenden Kosten zusätzlich im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung mit den erbrachten Transportleistungen nach Menge (z.B. transportierte Güter) und/oder Flugbetriebsstunden/Gesamtzeit in Relation gesetzt, so können versierte private Spezialflieger aufgrund der gewohnten Leistungsverhältnisse im Industrie- und Wirtschaftsflug deutliche Kostenvorteile erzielen.

Die Initiative des DHV und der Beschluss des AK V vom 21./22.10.2003

Vor dem Hintergrund der bei vereinzelt Einsätzen privater Betreiber in der Notstandsbekämpfung im In- und

Private Anbieter verfügen häufig über spezielle Ausrüstung und Erfahrung.

(Foto: HELOG)



Ausland gesammelten Erfahrungen hat sich der DHV gemeinsam mit einem leistungsfähigen Spezialfluganbieter, der HELOG-Lufttransport AG, bereits seit längerer Zeit mit der Thematik beschäftigt.⁴

Im Rahmen einer durch den Verfasser fachlich beratenen Initiative des DHV und der HELOG wurden in der Folge Verhandlungen mit dem BMI und dem AK V (Arbeitskreis V der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder) aufgenommen.

Insbesondere durch die problembewusste und kompetente Unterstützung des für den AK V federführenden Bayerischen Staatsministeriums des Innern wurde auf der 61. Sitzung des Arbeitskreises am

21./22.10.2003 auf der Grundlage einer Beschlussvorlage Bayerns vom 01.10.03 zum Einsatz privater Helikopter im nationalen Katastrophenschutz (TOP 6) folgender Beschluss gefasst :

„1. Der AK V nimmt die im Schreiben des Deutschen Hubschrauberverbandes an den Vorsitzenden des AK V vom 21.05.2003 enthaltenen Anregungen zur Kenntnis.

2. Der AK V empfiehlt den Ländern, den Einsatz von privaten Hubschraubern in ihrer jeweiligen Katastrophenschutzplanung zu prüfen.“

Damit sind zwar immer noch keine konkreten Einsatz- und Ablaufplanungen für die Inanspruchnahme privater Betreiber neben den öffentlichen Fluggerätebetreibern vorhan-

lichen und koordinatorischen Voraussetzungen entsprechende Vorbereitungen bei allen Beteiligten:

- Die Kapazitäten und Ansprechpartner der privaten Betreiber, die zu einer Mitwirkung geeignet und in der Lage sind, müssen für einen schnellen und direkten Zugriff durch alle zuständigen Behörden der Katastrophenschutz abwehr katastermäßig erfasst und im deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem deNIS 2 vermerkt werden.
- Es müssen Regelungen zu einem beschleunigten Auftragsvergabeverfahren für kostenpflichtige Flüge in der Notstandsbekämpfung entwickelt werden, die, unter Beachtung der allgemeinen vergaberechtlichen Bestimmungen, aber auch des zeitkritischen Charakters der Aufträge, im Bedarfsfälle den Zugriff auf geeignete Betreiber ermöglichen. Dabei bietet sich eine Rahmenvertragsregelung an.
- Es müssen einsatzlenkende Ablaufverfahren für Einsätze bei Einrichtung von Flugbeschränkungszonen sowie hinsichtlich einer Kommunikationsfrequenz entwickelt werden.
- Schließlich erfordert die Einbeziehung privater Betreiber auch einsatzvorbereitende Maßnahmen zwischen dem Fluggerätebetreiber und der auftraggebenden Behörde der Gefahrenabwehr, z.B. hinsichtlich der Normierung von Transportverfahren und Behältern, der Ausstattungen für Aufklärungs- und Überwachungsaufgaben sowie erwünschter weiterer spezieller technischer Ausrüstungen, aber womöglich auch gemeinsame Übungen mit Einsatzkräften anderer Dienste. Interessierte örtli-

Notwendige Vorbereitungen

Die hier beabsichtigte Einbeziehung privater Fluggerätebetreiber in die allgemeinen Aufgaben der Schadensabwehr im Katastrophenfall erfordert sowohl wegen der zeitkritischen als auch wegen der fach-

⁴ vgl. z.B. Heli-Conference-Center von „Rotorblatt“ im Rahmen der ILA 2002 und hierzu Statement HELOG für die Podiumsdiskussion.
⁵ Beschlussniederschrift, Az.: X D 11 4)

che und überörtliche Behörden der Gefahrenabwehr sollten daher die Möglichkeit erhalten, mit ausgewählten Unternehmen entsprechende Vorabsprachen und Vorbereitungen zu treffen.

Private Betreiber in der Katastrophenhilfe Deutschlands im Ausland

Die hier getroffenen Feststellungen für Einsätze privater Betreiber im Inland gelten grundsätzlich auch für Einsätze im Rahmen der deutschen humanitären Hilfe im Ausland bzw. von international angeforderten Einsätzen der technischen Katastrophenhilfe, bei denen ein Helikoptereinsatz geboten ist.

Obgleich einige der DHV-Unternehmen bereits über entsprechende Einsatzerfahrungen, z.B. im UN-Bereich, beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, aber auch über Direktanforderungen durch ausländische Regierungsstellen verfügen, werden private Betreiber bisher in der deutschen öffentlichen Vergabepaxis nicht berücksichtigt.

Einer Initiative des DHV folgend hat die Fraktion der FDP im Deutschen Bundestag eine entsprechende „Kleine Anfrage“ eingebracht, die am 17.10.2003 von der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, beantwortet wurde.

Demnach fanden in den Jahren 1999 bis 2003 insgesamt sieben entsprechende Auslandseinsätze statt, von denen jedoch nur ein einziger (Hochwasserkatastrophe in Mozambique 2000) die humanitäre Auslandshilfe betraf, während es sich bei den übrigen sechs Einsätzen um technische Katastrophenhilfe im EU-Ausland handelte. Gleichwohl wurden ausschließlich Fluggeräte des BGS und der Bundeswehr eingesetzt.

Zwar bestehen – wieder nach dem Text der Antwort – weder fachliche noch sonstige Hinderungsgründe für die Beteiligung privater Anbieter,

dennoch wurden alle Aufträge von den zuständigen Stellen der Bundesregierung direkt an Bundeswehr und Bundesgrenzschutz vergeben.

Der in der Antwort auch enthaltene Hinweis auf die Beteiligungsmöglichkeit privater

Deutschland immer noch als „exotisch“ geltenden Einsatzmittels abgehandelt worden. Auf der Grundlage des Paradigmenwechsels zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff und in zustimmender Kenntnisnahme zum Beschluss des



Einsatz eines Super Puma für das IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) 1999 im Kosovo. (Foto: HELOG)

Betreiber an entsprechenden Ausschreibungen der zuwendungsempfangenden Organisationen des Auswärtigen Amtes trifft nicht zu, da diese Organisationen mit den Helikoptern zusammenarbeiten, die der Bund beauftragt hat.

Es wird abzuwarten bleiben, ob und wie lange die Bundesregierung unter den Voraussetzungen anhaltender Ressourcenverknappung in den öffentlichen Haushalten bei gleichzeitig steigenden Anforderungen im originären Aufgabenbereich der öffentlichen Betreiber, auch vor dem Hintergrund neuer EU-Verpflichtungen,⁵ die bisherige Praxis beibehalten kann.

Wie geht es weiter ?

Der Leiter einer der größten Berufsfeuerwehren Europas äußerte unlängst in einem Experten-Hearing, der deutsche Katastrophenschutz habe kein Ressourcen- sondern ein Vernetzungsproblem.

Diese Analyse ist hier exemplarisch am Beispiel eines in

AK V, wird der DHV in den kommenden Monaten seine Verhandlungsbemühungen auf allen Ebenen – nunmehr aber auch unter Einbeziehung der Länder – fortsetzen und hoffentlich zu sachgerechten Ergebnissen führen.

Michael Hütte ist in der zur Diskussion gestellten Angelegenheit als Berater des Deutschen Hubschrauberverbandes e.V. (DHV) und der Firma HELOG tätig. Durchaus erwünschte Anregungen oder Kritik an: Michael Hütte
Zwinglstr. 33
10555 Berlin
Tel: (030) 3 93 80 99
E-Mail: soz-con@snafu.de

⁵ Entscheidung des Rates vom 23.10.2001 über ein Gemeinschaftsverfahren zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzleistungen

Der Berg der Deutschen

50 Jahre Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut
bei bewaffneten Konflikten

von Nikolaus Stein

Schwarzwald, Postkartenidylle. Nichts deutet in dem Örtchen Oberried darauf hin, dass sich ganz in der Nähe der Zentrale Bergungsort (ZBO) der Bundesrepublik befindet. Und dennoch, im Barbarastol-

behältern luftdicht verpackt und im Barbarastollen eingelagert. Die Tiefe des alten Bergwerkes und die geologische Struktur (Gneis, Granit) gewährleisten eine konstante Temperatur von 8-12° C und

Haager Konvention

Gesetzliche Grundlage dieser Aktivitäten ist die „Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“.



Tief im Berg lagert, was der Nachwelt überliefert werden soll.

len, einem tief in den Berg führenden Untersuchungsstollen eines ehemaligen Silberbergwerkes, lagert das kulturelle Erbe der Deutschen.

Seit 1961 wird die Sicherungsverfilmung von Archivalien auf Mikrofilm durchgeführt; dabei handelt es sich ausnahmslos um Archivgut mit Unikatswert und mit besonderer Aussagekraft zur deutschen Geschichte und Kultur. Diese Mikrofilme werden in speziellen Edelstahl-

eine durchschnittliche relative Luftfeuchtigkeit von 75%.

Mittlerweile wurden 15.500 Behälter mit zusammen etwa 25.000 Kilometern Mikrofilm eingelagert. Im Verlauf des Jahres 2004 beginnt die Sicherungsverfilmung von Bibliotheksgut. Wegen des dann zu erwartenden beträchtlichen Mengenzuwachses wird der Zentrale Bergungsort derzeit umfangreich ausgebaut und für eine zweigeschossige Lagerung vorbereitet.

Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) hatte in Erfüllung ihrer Aufgaben, die kulturelle Zusammenarbeit der Nationen zu fördern, und wohl auch unter dem Eindruck der ungeheuerlichen Zerstörungen des vorangegangenen Weltkrieges, vom 21. April bis 14. Mai 1954 in Den Haag eine Konferenz zur Ausarbeitung eines Kulturschutzabkommens einberufen. Als Ergebnis dieser

Konferenz wurde die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten am 14. Mai 1954 von den meisten der 56 Teilnehmerstaaten unterzeichnet. Die Bundesrepublik hat diese Konvention durch Gesetz vom 11. April 1967 ratifiziert. Inzwischen sind schon mehr als 90 Staaten der Haager Konvention beigetreten.

Bezüglich des Schutzes trennt die Konvention zwischen der Respektierung und Sicherung von Kulturgut.

Die Respektierungspflichten haben grundsätzlich ein Unterlassen zum Inhalt, bei den Sicherungspflichten handelt es sich in der Regel um Schutzmaßnahmen, die bereits im Frieden durchgeführt werden sollen. Objekt der Sicherungspflicht ist das Kulturgut. Dieses wird in Art. 1 der Konvention wie folgt definiert:

- Bewegliches oder unbewegliches Gut, das für das kulturelle Erbe aller Völker von großer Bedeutung ist, z.B. Bau-, Kunst- oder geschichtliche Denkmäler, archäologische Stätten, Gebäudegruppen, die als Ganzes von historischem oder künstlerischem Interesse sind, Kunstwerke, Manuskripte, Bücher und andere Gegenstände von künstlerischem, historischem oder archäologischem Interesse sowie
- wissenschaftliche Sammlungen und bedeutende Sammlungen von Büchern, Archivalien oder Reproduktionen des oben bezeichneten Kulturgutes;
- Gebäude, die in der Hauptsache und tatsächlich der Erhaltung oder Ausstellung des bezeichneten beweglichen Gutes dienen, wie Museen, größere Bibliotheken, Archive und Bergungsorte;
- Orte, die in beträchtlichem Umfang Kulturgut aufweisen und als „Denkmalorte“ bezeichnet sind.

Mit Wirkung vom 22. April 1978 ist der Oberrieder Stollen, als einziges Objekt in Deutschland, in das Interna-

tionale Register der Objekte unter Sonderschutz bei der UNESCO in Paris eingetragen worden.

einige Veranstaltungen vorgesehen, die die Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut aus verschiedenen Blickwinkeln



In derzeit 1550 luftdichten Edelstahlbehältern (oben) lagern auf Spezialhalterungen (unten) insgesamt etwa 25.000 Kilometer Mikrofilm. (Fotos: ZfZ)



In diesem Jahr wird die Konvention 50 Jahre alt. Aus diesem Anlass sind zwischen dem 29. März und dem 21. Juli

beleuchtet sollen. Ausführlichere Informationen hierzu unter: www.verschluckung.de

Floriansdorf

Stadt Iserlohn geht neue Wege in der Brandschutzerziehung

von Jochen Maas

„Hilfe, Hilfe, bei uns brennt es“, klingen die hellen Kinderstimmen aus einem Fenster im ersten Obergeschoss. Rauch quillt heraus. An die 20 Kinder stehen auf dem Gehweg auf der anderen Straßenseite. „Wie viele Kinder seid ihr?“, rufen einige von ihnen zurück. „Vier“. Ein Junge rennt zur Telefonzelle vor dem Rathaus, wählt den Notruf 112: „Hier Notruf Feuerwehr – was ist passiert?“. „Am Wilhelm-We-

Frank-Schule aus Menden im Sauerland. Diese sehr realistischen Szenen passieren beinahe täglich in der Miniaturstadt „Floriansdorf“ hinter der Wache der Berufsfeuerwehr in Iserlohn, einer 100.000-Einwohner-Stadt am Rande des Sauerlandes in Nordrhein-Westfalen. Auf einer Fläche etwas kleiner als ein Fußballplatz wurden 15 Häuser in kindgerechter Größe nachgebaut: Rathaus, Sparkasse,

meister Ralf Schulte von der Berufsfeuerwehr Iserlohn immer wieder gestellt. Er ist Initiator der Einrichtung und Vorsitzender des Fördervereins. „Schon kleine Kinder sind vom Feuer fasziniert. Sie wollen es kennen lernen und ausprobieren. Das bringt Kinder in Grenzbereiche, wenn sie ihre eigenen Kräfte überschätzen und Gefahren unterschätzen. Bei einem Drittel der Haus- und Wohnungsbrände sind Kinder die unfreiwilligen Verursacher, schätzen die Versicherer. Viele hundert Kinder werden dabei jedes Jahr verletzt, manche sterben dabei“, erklärt er den Hintergrund zu seiner Idee, und: „Früher gehörte der Ofen in jeden Haushalt und der Umgang mit dem Feuer konnte im Alltag erlernt werden. Diese Möglichkeit haben Kinder heute wenig. Heute ist das Feuer weitgehend unsichtbar geworden – es ist in Heizungen, Elektroöfen und in elektrischen Leitungen verschwunden. Jetzt wird oft mit einer Droh- und Bewahr-Pädagogik versucht, Kinder vom Feuer gänzlich fern zu halten. Aus der Erfahrung wissen wir aber, dass durch den Reiz des Verbotenen die Gefahr zunimmt. Sie drängt kindliche Feuerspiele in einen heimlichen Bereich ab, der nicht von Erwachsenen beaufsichtigt werden kann.“

Die Idee des Floriansdorfes setzt auf das Gegenteil. Sie nutzt die kindliche Neugier und ihren Entdeckungsdrang. „Wir setzen auf helfende Anleitung und schaffen wieder Anlässe, in denen Kinder altersgemäß mit Feuer umgehen lernen. Bei uns zünden sie Kerzen an, errichten und nutzen



Übersicht über das Floriansdorf. Die Gebäude am unteren Rand gehören zur Iserlohner Feuerwehr.

ber-Platz 5 in Floriansdorf brennt es, vier Kinder rufen am Fenster um Hilfe, Rauch kommt aus dem Fenster“, meldet der Neunjährige. „Die Feuerwehr kommt“, sagt eine Stimme aus dem Hörer, die sich auch nicht älter anhört. Tatsächlich gehören alle Akteure zur Klasse 3b der Anne-

Tankstelle, Kirche und sogar Rundfunkstudio, Krankenhaus, Polizeistation und Feuerwehr. Doch auch Erwachsene passen hinein, solange es nicht zu viele sind.

Was ist das Floriansdorf? Wer steckt dahinter? Was kann damit erreicht werden? Diese Fragen werden Hauptbrand-

eine offene Feuerstelle, kochen, backen und experimentieren oder basteln Lichter zu festlichen Anlässen. Und sie können erproben, wie sie sich im Gefahrenfall verhalten und Hilfe herbeirufen. Sie lernen gleichzeitig, Verantwortung zu übernehmen, achtsam mit Feuer umzugehen, so dass sie sich selbst und andere nicht verletzen und keinen Schaden an Sachen anrichten.“

Erziehung zu Selbstständigkeit und Verantwortung für die Gemeinschaft ist das große Ziel im Iserlohner Floriansdorf. Erreicht werden kann es nur durch die enge Zusammenarbeit von Pädagogen und Sozialarbeitern, Eltern und den Fachleuten der Feuerwehr, der Polizei und der Hilfsorganisationen.

Möglich wird das, weil das Floriansdorf weitaus mehr Angebote für Kinder und Jugendliche macht als der Name zunächst erkennen lässt. Mit dabei sind unter anderem auch die Polizei und die Jugendförderung Iserlohn mit ihrem Programm „Wollt ihr was erleben? – au ja!“.

Mehr als vier Dutzend Themen, darunter das Erkennen von Giftpflanzen, Erste-Hilfe, Drogen- und Gewaltprävention, Verkehrserziehung, Umweltschutz, Medienerziehung und natürlich Brandschutzerziehung und Information über die Feuerwehr lassen sich im Dorf vermitteln. Rund 20 Feuerwehrleute sind als Ausbilder aktiv, informieren über Sofortmaßnahmen und eigenes Verhalten bei Bränden, Unfällen auf der Straße oder im Wasser. Denkbar sind sogar kombinierte Veranstaltungen mit der Polizei und dem Lokalfunk. Wenn für jedes Thema eine Gruppe im Dorf ist, können gemeinsame Szenarien durchgespielt werden: Zum Beispiel ein Brand, bei dem einige Kinder als Betroffene und Feuerwehrleute agieren, andere als Polizisten die Einsatzstelle absperren und den Verkehr umleiten und die dritte Gruppe als Reporter und Moderatoren darüber berichtet.

Heute hat das Floriansdorf einen Wert von zwei Millionen Euro. Als 1998 der Grundstein gelegt wurde, gingen die Initiatoren von einem Finanzbedarf von 400.000 Mark aus; um alles wirklich perfekt nachzubauen war schliesslich mehr als das Doppelte nötig. Das Grundstück kam von der Stadt, das Geld für die Gebäude wurde von mehreren Dut-

Stadtverwaltung. Hauptbrandmeister Schulte ist in der Abteilung „Vorbeugender Brandschutz“ der Berufsfeuerwehr Iserlohn für das Floriansdorf und die Brandschutzerziehung verantwortlich. Die Stelle ist erst einmal bis 2004 befristet. Die Sozialpädagogin ist für das „au ja!“-Projekt verantwortlich, dessen Teil das Floriansdorf ist. Ihre Arbeit erledigt sie im



Der Notruf läuft in der Leitstelle Floriansdorf ein und wird von einem Kind abgefragt. Ein klein wenig Hilfe ist am Anfang schon nötig. Je mehr Kinder aber am Telefon waren, umso besser haben es die anderen gelernt.

zend Sponsoren aufgebracht. Im Gegenzug hängen ihre Firmenschilder an den Häusern, für die sie die Patenschaft für Bau und anfallende Erhaltungskosten, wie Anstrichmaterial, übernommen haben. Darunter eben die Sparkasse und ein bekannter amerikanischer Schnellimbiss, der sein Gebäude allerdings nicht in Betrieb hat. Das Regionalradio spendierte das Funkhaus. Sehr viele Ehrenamtliche erbrachten dann eine kaum vorstellbare Eigenleistung durch den Bau und den Ausbau der Gebäude und der Straßen. Zwei Jahre wurde gebaut, dann konnte eröffnet werden.

In den ersten sechs Monaten kommen Anfragen von mehr als 2500 Gruppen. Das kann durch ehrenamtliche Arbeit nicht mehr bewältigt werden. Inzwischen gibt es drei feste Mitarbeiter: Initiator und „Bürgermeister“ Ralf Schulte, eine Sozialpädagogin und eine Verwaltungskraft von der

Floriansdorf, wo sie mit ihrer Kollegin momentan ein gemeinsames Büro in der „Sparkasse“ hat. Das war zunächst nicht geplant, deshalb ist es eng. Zurzeit wird noch nach einer anderen Möglichkeit gesucht.

Begonnen hat alles 1993 mit der sich damals verbreitenden Brandschutzerziehung durch die Feuerwehren. Oft erhielten die Kinder beim Besuch der Wachen leider nur „Feuerwehrkunde“ mit der Vorstellung vieler ähnlicher Fahrzeuge und einem Blick in die Leitstelle. Häufig fand nach einer Stunde nur noch ein Zwiegespräch zwischen Erziehern und Feuerwehrleuten statt, während die Kinder immer unruhiger wurden. Erzählen wir den Kindern eigentlich das Richtige und erzählen wir es ihnen richtig? Diese Fragen kamen damals von Günter Julga, der sich in der Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes vfdB mit dem



Thema Brandschutzerziehung intensiv befasste. Warum sollen Schulkinder die verschiedenen Typen von Feuerwehrfahrzeugen kennen? Was lernen sie daraus für den Notfall?

Ralf Schulte und seine Mitstreiter waren sich sicher, dass den Kindern andere Inhalte vermittelt werden müssen: Der richtige Umgang mit Zündmitteln, richtiges Anzünden einer Kerze mit Zündholz und Feuerzeug. Das Erkennen und Verhüten von Brandgefahren, das richtige Verhalten bei einem Brand in geschlossenen Räumen und in verrauchten

absetzt. Aha, das ist im Rauch, und deshalb ist der so gefährlich. Ersticken, Abkühlen, Brennstoffzug sind die Möglichkeiten zum Löschen. Ein Teelicht verlischt, wenn man ein Glas darüber stülpt. Ein Kinderfilm zeigt, wie die Feuerwehr alarmiert und eingewiesen wird.

Jetzt wird die Klasse in zwei Gruppen aufgeteilt, eine geht mit dem Feuerwehrmann in die Kinderleitstelle und eine Gruppe steht mit der Sozialpädagogin an der Telefonzelle. Jedes Kind wird einmal zum Leitstellendisponenten und je-

der Kinderdrehleiter oder dem Kinderrettungswagen. Die Fahrzeuge wurden in der Größe von Kirkeskarussellwagen nachgebaut. Angetrieben werden sie bis Schrittgeschwindigkeit durch Motoren, wie sie in Arbeitsmaschinen zu finden sind. Sicherheit ist dabei besonders wichtig. Im Rettungswagen fährt immer ein Betreuer mit und kann beim Fahren eingreifen. Die Drehleiterkabine ist für Erwachsene zu klein. Deshalb geht ein Betreuer nebenher. An beiden Seiten der Kabinenrückwand ist ein Not-Aus-Schalter, der das Fahrzeug sofort abstellt und stoppt.

Für ältere Schüler gibt es ein erweitertes Programm. Sie können auch kompliziertere Zusammenhänge verstehen: Grundzüge des vorbeugenden Brandschutzes, Rettungswege, Brandmelde- und Löscheinrichtungen, Brandbekämpfungsabschnitte. Die Feuerwehr - Aufgaben, Mitglieder und Organisation, Ausbildung und Berufsbild eines Feuerwehrbeamten stehen dann auf dem Lehrplan. Dazu die praktische Anwendung von Brandmeldeanlagen und Löscheinrichtungen sowie eine Räumungsübung mit einem Sicherheitslichtleitsystem aus verrauchten Räumen.

Damit auch auswärtige Schulen und Jugendgruppen das Angebot nutzen können, beteiligen sie sich mit zwei Euro pro Kind an den laufenden Kosten. Die Idee „Floriansdorf“ verbreitet sich jetzt. In Aachen und in Sachsen-Anhalt gibt es schon konkrete Überlegungen, auch ein solches Dorf zu bauen. Über die deutschen Grenzen hinaus kam jetzt eine Anfrage aus Wien und, ganz aktuell, eine aus den USA. Ralf Schulte will allen Nachahmern gerne helfen, wenn die Projekte ebenfalls gemeinnützig durchgeführt werden.

Erste Information und Kontakt gibt es unter: www.floriansdorf.de



Auf feuerfesten Tischdecken können die Kinder unter Aufsicht ihres Betreuers und ihrer Lehrer viele Versuche mit Feuer und brennbaren Stoffen machen. (Fotos: PJM)

Räumen und die Alarmierung der Feuerwehr. „Am besten lernt man in der Praxis“ war ihre Feststellung, die zur Idee des Floriansdorfes führte.

Die Grundschulklasse 3b aus der Anne-Frank-Schule in Menden begann den Vormittag mit dem kurzweilig und kindgerecht gestalteten Unterricht. Die Ausbilder kommen zumeist von der Berufsfeuerwehr. Weil jeden Tag eine Gruppe da ist, haben sie inzwischen viel Gespür für die Einbindung der Kinder in ein Lehrgespräch. Dabei dürfen die Schüler Schritt für Schritt auf feuerfesten Tischdecken alles probieren. Sie testen die Brennbarkeit unterschiedlicher Materialien, Stoff und Stroh, halten einen Stein über eine Kerze und sehen wie sich Ruß

des Kind gibt einmal einen Notruf durch. Das ergibt einen doppelten Lerneffekt bei den „Fünf W“ (Wo und was ist passiert? Wie viele Menschen sind in Gefahr? Welche Besonderheiten sind passiert? Warten auf Rückfragen). Als Höhepunkt der dreistündigen Veranstaltung gibt es dann noch eine heiße Übung. Immer vier Kinder spielen im „Kinderzimmer“ eines Hauses, plötzlich dringt Rauch ein. Der Betreuer ist natürlich bei ihnen und hilft. Am Boden ist die Luft am besten, auf kleinere Kinder aufpassen und sie an die Hand nehmen, Türspalt zustopfen und dann am Fenster nach Hilfe rufen. In der Klasse 3 b schafft das jede Gruppe. Zur Belohnung gibt es dann noch für jedes Kind eine Fahrt mit

„Bitte folgen“ mit Folgen

Bundesamt für Güterverkehr im Dienste der Verkehrssicherheit - Mehr als 20 Prozent der kontrollierten Fahrzeuge beanstandet

Von Paul Claes

„Die Typen vom Zoll oder die Bullen können mich nicht jucken, aber die Jungs vom BAG haben echt den Durchblick“, meint ein Trucker am Nebentisch. Und bekommt zur Antwort: „Kannste glauben, dass mir die Schnüffelei auch auf den Senkel geht, aber ohne die wär ja wohl das Chaos komplett. Oder möchteste noch mehr Schrott auf der Bahn haben?“

Der unfreiwillig aufgeschnappte Dialog in der Autobahnraststätte lässt aufhorchen. Wer sind denn die „Jungs vom BAG“? Und was hat es mit Chaos und Schrott auf sich? Fragen, bei denen es sich lohnt, nachzuhaken.

Ein Amt mit vielfältigen Aufgaben

Schnell stellt sich bei den Recherchen heraus, dass hinter dem Kürzel BAG das Bundesamt für Güterverkehr mit Sitz in Köln steht. Das Amt mit seinen insgesamt über 1.600 Bediensteten wird von Präsident Ernst Vorrath geleitet, Vizepräsident ist Rolf Kreienhop. Die selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen übernimmt mit ihren elf Außenstellen vielfältige Verwaltungsaufgaben des Bundes auf dem Gebiet des Verkehrs.

Die Aufgaben gliedern sich im Einzelnen in die Bereiche

- Rechtsentwicklung,
- Planung, Koordinierung und Steuerung der Straßenkontrollen, der Marktzugangs- und Ordnungswidrigkeitenverfahren sowie der zivilen Notfallvorsorge,
- Verkehrsfachstatistik,

Verkehrsträgerübergreifende Marktbeobachtung,

- Erhebung und Verwaltung der Konzessionsabgabe für das Betreiben von Autobahnnebenbetrieben,
- Genehmigung und Überwachung der Beförderungsentgelte im Fluglinienverkehr,
- Allgemeine zentrale Verwaltungsaufgaben sowie Disposition und Aufsicht über den Shuttle- und Pendlerverkehr Bonn-Berlin,
- Erhebung und Verwaltung der Lkw-Maut, Kontroll-, Prüfungs- und Überwachungsfunktionen.

Vorgestellt: Der Straßenkontrolldienst

Da dem Straßenkontrolldienst des Bundesamtes hinsichtlich der Aspekte Verkehrssicherheit und Umweltschutz eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für alle Verkehrsteilnehmer zukommt, soll diese Einheit hier im Vordergrund der Betrachtung stehen.

Der rund 250 Dienstkräfte starke Kontrolldienst ist in seiner Struktur sehr flexibel gestaltet. So bilden zwei Kontrolleure eine Kontrollgruppe, jeweils zehn Gruppen sind zu einer Kontrolleinheit zusammengefasst. Diese Organisationsform ermöglicht eine Kontrolltätigkeit sowohl durch einzelne oder - angepasst an das Verkehrsaufkommen - durch mehrere Gruppen.

Je nach Verkehrslage wird über geraume Zeit an einem Ort (Standkontrolle), in kurzen Abständen an verschiedenen Orten (mobile Kontrolle) oder in ausgesuchten Verkehrsgebieten oder Grenzabschnitten kontrolliert.

Umfassende Überprüfung

Bei den Kontrollen, die sich ausschließlich auf Lastkraftwagen, Anhänger und Busse erstrecken, wird die Einhaltung aller relevanten Vorschriften überprüft, wobei auf die Bereiche Lenk- und Ruhezeiten, Beförderung gefährlicher Güter, zulässige Abgas- und Geräuschwerte sowie Abmessun-



Dem geübten Blick entgeht so schnell nichts.

gen und Gewichte ein besonderes Augenmerk gelegt wird.

Die Aufmerksamkeit der BAG-Kontrolleure gilt darüber hinaus auch Verkehrsstraftatbeständen oder Verstößen gegen das Straßenverkehrsgesetz wie Geschwindigkeitsüberschreitungen, erhebliche technische Mängel an Kraftfahrzeugen, ungesicherte Ladung, Fahren ohne gültige Fahrerlaubnis oder unter Alkoholeinfluss sowie Kennzeichenmissbrauch.

Darüber hinaus erfolgt eine große Zahl von Kontrollen auf speziellen Rechtsgebieten, insbesondere bei Gefahrgut- und Abfalltransporten.

Ergänzend zu dem Artikel sei an dieser Stelle auf zwei Pressemeldungen des BAG verwiesen, die insbesondere die Problematik der Gefahrguttransporte verdeutlichen.

Pressemeldung des BAG v. 15. Oktober 2003:

Gravierende Mängel bei Gefahrgutsonderkontrolle

Bei einer Gefahrgutsonderkontrolle, die vom 16. bis 18. September 2003 auf der Bundesautobahn A 5 bzw. auf der Bundesstraße B 27 stattfand, wurden durch Kontrolleinheiten der Außenstellen Stuttgart und Mainz des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) insgesamt 556 Kraftfahrzeuge kontrolliert. Hierbei handelte es sich um 292 deutsche und 264 gebietsfremde Fahrzeuge. Insgesamt mussten 159 Fahrzeuge beanstandet werden; dies bedeutet eine Beanstandungsquote von 28,6 %.

Von den kontrollierten Fahrzeugen beförderten 252 Gefahrgut. Bei 49 Gefahrgutfahrzeugen (mit 76 Einzelverstößen), also bei circa jedem fünften Transport, wurden Beanstandungen gefahrgutrechtlicher Art festgestellt. Aufgrund schwerwiegender Mängel musste jedem zweiten der beanstandeten Fahrzeuge die Weiterfahrt untersagt werden.

Bei den Gefahrgutfahrzeugen mussten am häufigsten fehlende Ausrüstungsgegenstände moniert werden, gefolgt von fehlenden oder unvollständig ausgefüllten Begleitpapieren und mangelnder Ladungssicherung. Fehlerhafte bzw. nicht gekennzeichnete Verpackungen und fehlende orangefarbene Tafeln waren weitere, häufig festzustellende Beanstandungsgründe.

Mehrfach wurde Fahrzeugführern die Weiterfahrt wegen erheblicher Lenkzeitverstöße untersagt. Ein Unternehmer schickte sodann einen Ersatzfahrer, der das Gefahrgutfahrzeug mangels Schulungsbescheinigung ebenfalls nicht weiterfahren durfte. Erst der zweite Ersatzfahrer erfüllte alle erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen. Jeweils ein Fall wurde wegen Verdachtes auf Abgabenhinterziehung und auf Fälschung technischer Aufzeichnungen an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden abgegeben.

Pressemeldung des BAG v. 30. Januar 2004:

BAG kontrolliert über 40.000 Gefahrgutfahrzeuge

Kontrollzahlen um 42 % erhöht

Das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) hat im Jahr 2003 insgesamt 40.310 Gefahrgutfahrzeuge kontrolliert. Das sind 12.000 Fahrzeuge mehr als im Jahr 2002 und entspricht einem Zuwachs von 42 Prozent.

Von den 40.310 kontrollierten Fahrzeugen mussten insgesamt 5.215 (13 Prozent) wegen Verstößen gegen die Gefahrgutvorschriften beanstandet werden. Im Vorjahr lag die Beanstandungsquote noch bei 8,5 Prozent. Ebenso wie im Jahr 2002 mussten Gefahrguttransporte insbesondere wegen Nichtbeachten der Vorschriften über die Ausrüstung (2.118 Verstöße), über die Kennzeichnung und Bezeichnung (1.730 Verstöße), über das Beförderungspapier und die schriftlichen Weisungen (1.245 Verstöße) sowie über die Ladungssicherung (869 Verstöße) beanstandet werden.

1.564 Fahrzeugen - das heißt beinahe jedem dritten beanstandeten Fahrzeug - musste die Weiterfahrt untersagt werden. Im Jahr 2002 waren dies noch 680 Fahrzeuge.

Die Überwachung der Rechtsvorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße zählt zu einer der gesetzlichen Aufgaben des Bundesamtes für Güterverkehr.

Kontrollzahlen im Überblick:	2003	2002
Anzahl der kontrollierten Fahrzeuge	40.310	28.217
Anzahl der beanstandeten Fahrzeuge	5.215	2.391
Beanstandungsquote in %	12,9	8,5
Anzahl der Untersagungen der Weiterfahrt	1.564	680
Anzahl der Zurückweisungen an der Grenze	27	13

Intensive Kontrolltätigkeit

Die Gesamtzahl der kontrollierten Fahrzeuge lag im Zeitraum 1998 bis 2002 stets über 600.000. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf den Bereich der Standkontrollen.

Grundsätzlich werden deutsche und ausländische Fahrzeuge gleichermaßen kontrolliert. Die Kontrollmaßnahmen richten sich jeweils nach dem Einzelfall. Durchschnittlich

Die Dienstfahrzeuge sichern die Flexibilität der BAG-Kontrollen.



werden ca. 54 Prozent ausländische und 46 Prozent deutsche Fahrzeuge kontrolliert.

Zweckmäßige Ausstattung

Für die Erfüllung seiner vielfältigen Aufgaben stehen dem Kontrolldienst etwa 140 Dienstfahrzeuge zur Verfügung, deren Ausstattung den zunehmenden technischen Kontrollen entsprechend ständig aktualisiert wird.

An den beiden Arbeitsplätzen der einheitlich weiß-blau lackierten Fahrzeuge stehen Telefon und Betriebsfunk ebenso zur Verfügung wie Kopierer, Notebook und Drucker. Auf dem Fahrzeugdach sind Blaulicht und Anhaltesignalgeber („Bitte folgen“) zu finden. Mess- und Kontrollgeräte für Achslast, Abgas, Schallpegel und Fahrzeugabmessungen sowie zur Feststellung von Tachomanipulationen runden die Ausstattung ab.

Eindrücke aus der Praxis

Die Redaktion konnte sich von der Umsetzung der Kontrollmaßnahmen ein Bild ma-

chen und war vor Ort dabei, genauer: Werktags, früher Nachmittag, BAB 61, Kilometer 154,6, Parkplatz „Am blauen Stein“ in Höhe Erftstadt-Weilerswist.

Die Schilderbrücken und klappbaren Verkehrszeichen am Fahrbahnrand signalisieren schon weit vor dem Parkplatz ein Lkw-Überholverbot und eine stufenweise Geschwindigkeitsbeschränkung für Lkw bis auf 60 km/h. Vielfahrer wissen

Bescheid und können den Hintergrund der Beschränkungen schon deuten, bevor das Schild „Lkw-Kontrolle“ auftaucht.

Der an der Parkplatzeinfahrt postierte, in seiner Warnkleidung nicht zu übersehende BAG-Bedienstete hat die Aufgabe, nach dem Zufallsprinzip einzelne Fahrzeuge aus dem fließenden Verkehr herauszuwinken. Da heute eine Gefahrgutsonderkontrolle durchgeführt wird, richtet er sein Augenmerk auf die entsprechenden Fahrzeuge.

Denn gerade Transporte gefährlicher Güter bergen besondere Risiken. Für sie gelten umfangreiche Vorschriften, deren Einhaltung das BAG verstärkt im Rahmen von Sonderkontrollen wie der heutigen überprüft.

Zügige Abfertigung dank Kooperation

Gerade rollt ein Gefahrguttransporter, diesmal ein Tanklastfahrzeug, auf den Parkplatz und wird in den Kontrollbereich eingewiesen. Routiniert gehen die beiden BAG-Kon-

trolleure ihre Aufgabe an. Der Fahrer hat alle erforderlichen Belege, fein säuberlich in einer Tasche geordnet, schon griffbereit. Obwohl dabei von der Tachoscheibe über Führerschein und Ausbildungsnachweis bis zu Fahrzeug- und Ladungsunterlagen eine Menge Papier zusammenkommt, ist die Überprüfung hinsichtlich Korrektheit und Vollständigkeit schnell erledigt.

„Ordnung ist eben doch das halbe Leben. Jedenfalls verzögert es das Verfahren allemal, wenn wir uns mit verdreckten und zerknitterten Papieren, die aus den letzten Ecken hervorgekramt werden, abmühen müssen“, stellen die beiden fest.

Ebenso reibungslos läuft die nun folgende Kontrolle des Fahrzeugs ab. Mit geschultem Auge inspizieren die Kontrolleure sowohl den Aufliebertank mit den Befüllarmaturen, das Fahrwerk mit Reifen und Felgen sowie die Beleuchtungsanlage. Ein abschließender Blick gilt der Gefahrgutkennzeichnung und der mitzuführenden Sicherheitsausrüstung wie Feuerlöscher und Warnlampen, bevor es heißt „Gute Fahrt!“.

Auf unsere Frage räumt der Fahrer die Notwendigkeit solcher Kontrollen zwar ein, bemerkt aber, dass es für jeden Trucker lästig sei, deswegen anhalten zu müssen – „und das meistens, wenn es gerade mal gut läuft“. „Man muss also das Beste daraus machen und dafür sorgen, dass die Papiere und das Fahrzeug top in Ordnung sind. Dann hat man es schnell hinter sich“, fasst er zusammen und ist schon unterwegs, die versäumte Zeit aufzuholen.

Problemfall Stückgut

Eine Erkenntnis, die der Fahrer eines einige Fahrzeuge später kontrollierten Stückguttransporters nicht ganz beherzigt hat. Die Papiere und das Fahrzeug geben keinen Grund zur Beanstandung, auch die Kennzeichnung mit den vor-



geschriebenen Warntafeln ist ordnungsgemäß.

Doch der Blick auf die Ladefläche lässt die Mienen der Kontrolleure sorgenvoller werden. Zwar ist der Großteil der Ladung gut gesichert, doch ein Fass ist es eben nicht. Und bei einem ungesicherten Fass mit Gefahrgut ist an eine Weiterfahrt nicht zu denken. Der Fahrer muss sich also etwas einfallen lassen und es gelingt ihm schließlich, mittels Verzurrgurten eine Lösung zu finden, die den Ansprüchen genügt.

Der Sicherung des Ladeguts kommt gerade im Bereich der Stückguttransporte eine unverzichtbare Bedeutung zu. Nicht umsonst wird von seiten der Feuerwehr aufgrund einschlägiger Einsatzerfahrungen stets auf die Gefährlichkeit derartiger Transporte hingewiesen. Denn auch ein Chemiker kann die Reaktion eines „Gefahrstoff-Cocktails“ nicht vorhersagen, der sich bei einem Unfall mit mehreren freiwerdenden Stoffen ergibt. Ladungssicherung ist hier also eines der obersten Gebote.

„Für den Fahrer mag es zwar nach Pingeligkeit aussehen, aber in einem solchen Fall gibt es für uns keinen Ermessensspielraum“, wird von den Kontrolleuren unmissverständlich festgestellt.

Nützliche Hinweise

Für den Rest des Kontrollzeitraums bleibt es bei der Kontrollgruppe ruhig, die kontrollierten Fahrzeuge bieten diesmal keinen gravierenden Grund zur Beanstandung. Hier und da ist einmal ein Hinweis fällig, dieses oder jenes Teil im Auge zu behalten. Oder es wird auf die nächste Tankstelle verwiesen, wenn das Birnchen der Begrenzungsleuchte oder die Batterien der Warnlampe ihren Geist aufgegeben haben.

Man hat nicht den Eindruck, als ob die Fahrer die Hinweise in den Wind schlagen würden. Vielmehr scheinen sie dankbar für die Mög-

lichkeit, einen Defekt schnell und unkompliziert beheben zu können.

Doch ist es im Kontrollbetrieb beileibe nicht immer so ruhig wie bei unserem Besuch. So wurden beispielsweise in zwei Monaten des vergangenen Jahres bei vier Gefahrgutsonderkontrollen an unterschiedlichen Orten insgesamt 740 Fahrzeuge überprüft. Dabei mussten 141 Transporte be-



anstandet werden. Die Erkenntnis, dass damit etwa jeder fünfte Gefahrguttransport nicht den Vorschriften entsprechend unterwegs war, lässt die Kontrollen in einem anderen Licht erscheinen.

Schmerzliche Erkenntnisse

Teils war es das blinkende „Bitte folgen“ und teils die Anhaltekeule – in jedem Falle blieb die dann folgende Kontrolle für manchen Fahrer nicht ohne Folgen. Denn die Bilanz des Jahres 2002 weist 609.078 kontrollierte Fahrzeuge auf, von denen 131.000 oder 21,5 Prozent beanstandet wurden.

Insgesamt wurden dabei 191.783 Verstöße gegen die unterschiedlichen Rechtsgebiete im Güterverkehr festgestellt. Mit 121.033 Zuwiderhandlungen entfiel der weitaus größte Anteil auf Verstöße gegen Fahrpersonalvorschriften. Hier lag der Schwerpunkt bei Lenkzeitenüberschreitungen, Nichteinhaltung von Ruhezeiten und dem nicht ordnungsgemäßen Betreiben des Kontrollgerätes.

Wegen akuter Gefährdung des Straßenverkehrs und der Umwelt untersagte das BAG in 10.965 Fällen die Weiterfahrt. 365 ausländische Fahrzeuge wurden wegen schwerwiegender Mängel bereits an der Grenze zurückgewiesen.

Es wurden 59.518 Verwarungen mit einem Bußgeld von 1.497.085 Euro ausgesprochen. In 11.749 Fällen hatten ausländische Fahrer Sicher-

**Sind die
Armaturen dicht?
Auch der
Fahrzeugtechnik
gilt ungeteilte
Aufmerksamkeit.**

(Fotos: Paul Claes)

heitsleistungen auf zu erwartende Bußgelder in einer Gesamthöhe von 1.512.867 Euro zu zahlen.

Erfüllung unverzichtbarer Aufgaben

Obwohl im Rahmen einer Kurzbetrachtung nicht alle Facetten der Tätigkeit des BAG-Kontrolldienstes aufgezeigt werden können, so ist doch ein Fazit erlaubt. Zwar von den Betroffenen nicht immer gerne gesehen, erfüllt der Kontrolldienst dennoch unverzichtbare Aufgaben im Sinne der Verkehrssicherheit und zum Schutz der Umwelt. Und damit ist schließlich nicht nur dem Verkehrsteilnehmer, sondern auch dem Bürger gedient.

Und wenn beim eingangs erwähnten Gespräch unter Truckern auch vereinfacht von den „Jungs mit Durchblick, die Chaos und Schrott verhindern“ die Rede war, so steht nach näherer Betrachtung des Themas doch eines unzweifelhaft fest: Unrecht hatten sie mit ihrer Feststellung im Grunde nicht.

RTH-unterstützte Wasserrettung

Ulmer Projekt hat sich bewährt

von Guido Becht, Köln und Andreas Burst, Ulm

Freizeitsportarten am und im Wasser liegen derzeit im Trend; hinzu kommt der besonders heiße Sommer 2003, wodurch auch eher Ungeübte sich den diversen Wassersportarten zuwandten oder im kühlenden Nass Erfrischung suchten. Aktivitäten wie Flusssurfen und Schwimmen, besonders aber auch Tauchen, Kanu- und Floßfahren haben stark zugenommen.

sondern das besondere Erlebnis, der „ultimate Kick“. Hierbei werden leider allzu oft sämtliche Sicherungsvorkehrungen außer Acht gelassen sowie besonders abgelegene oder gefährliche Gewässer aufgesucht. Entsprechend oft kommt es zu Unglücksfällen, bei denen schnelle Hilfe für das Überleben der in Not geratenen Menschen entscheidend ist.

immer, möglichst Menschenleben zu retten und nicht nur noch Tote zu bergen.

Seit dem 01.08.2002 gibt es nun schon im Bereich Ulm das Projekt RTH-unterstützte Wasserrettung. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Aktion der DLRG-Ortsgruppe Ulm (Baden-Württemberg), der Wasserwacht Neu-Ulm (Bayern) und des ADAC, der den Rettungstransporthubschrauber Christoph 22 betreibt. Die Feuerwehr in Neu-Ulm stellt den Hubschrauberlandeplatz für die Zwischenlandung und Lagerkapazitäten für die Tauchausrüstungen.

Ziel ist es, auch in den Gebieten, die nicht selbst vor Ort über eine SEG Wasserrettung mit Tauchern verfügen oder die davon weit entfernt liegen schnellstmöglich zu erreichen.

Der Einsatzradius beträgt dadurch für die in Ulm befindliche RTH-unterstützte Wasserrettung beachtliche 75 Kilometer. Dies entspricht in etwa auch dem normalen Einsatzradius des RTH, so dass die SEG Wasserrettung der DLRG Ortsgruppe Ulm oft auch von anderen Rettungsleitstellen angefordert wird, die innerhalb des Einsatzradius liegen.

Der Einsatz läuft folgendermaßen ab:

Der Notruf läuft bei der integrierten Feuerwehr- und Rettungsleitstelle in Ulm auf (entweder per Telefon oder von einer anderen Leitstelle). Von dort werden eine bestimmte Gruppe von Tauchern und der RTH alarmiert. Die Taucher, die das ganze Jahr über rund

Der RTH beim Anflug auf den Hubschrauberlandeplatz der Feuerwehr in Neu-Ulm.



Dabei dehnt sich der Aktionsradius der Wasserbegeisterten auf sämtliche in der näheren Umgebung befindlichen Gewässer aus.

Problematisch sind dabei besonders nicht gesicherte Binnengewässer. Zunehmend wird dort von immer mehr Personen nicht nur die übliche sportliche Aktivität gesucht,

Auf diese veränderten Bedingungen müssen sich besonders die Rettungstaucher der DLRG einstellen. Auch sie müssen ihren Einsatzradius vergrößern, ehrenamtliche Einsatzkräfte für die zunehmenden Alarmierungen rund um die Uhr bereithalten und besonders schnell am Unglücksort sein. Dabei gilt es



um die Uhr mittels Funkmeldeempfängern erreichbar sind, fahren daraufhin die Feuerwehr in Neu-Ulm an, bei der sich auch ein Hubschrauberlandeplatz befindet.

Bis zum Landen des RTH müssen sich die Taucher einsatzbereit gemacht haben, d.h. insbesondere ihre Tauchanzüge bereits angelegt haben. Spe-

ttet mit ihren derzeit 18 Einsatztauchern, 6 Bootsführern und 6 Helfern (Sanitäter, Bootspersonal usw.) einen großen Beitrag zur Wassersicherheit.

Auch die an diesem Projekt beteiligten Einsatztaucher leisten natürlich zusätzlich ihren „normalen“ Dienst bei Unglücksfällen am/auf/im/über

gigantische, zum Teil mit Luft angefüllte, Tropfsteinhöhle – den von ihm so benannten „Mörrike-Dom“ – entdeckt hat.

Zum Schutz dieses einmaligen Naturschauspieles, aber auch, weil Tauchgänge im Bereich des Höhlensystems besonders gefährlich sind und schon viele Tauchunfälle tödlich verlaufen sind, besteht für den Blautopf schon lange ein durch die Stadt Blaubeuren verfügtes Tauchverbot. Ausnahmegenehmigungen werden lediglich 2 Höhlenforscherteams und der DLRG-Einsatztauchergruppe erteilt. Anfragen von Tauchergruppen anderer Organisationen, wie THW, Wasserwacht oder ASB, die auch im Blautopf üben bzw. tauchen möchten, werden ausnahmslos abschlägig beschieden. Die Taucher der DLRG-Ortsgruppe Ulm erhalten diese Genehmigung auch nur, weil der Blautopf zu ihrem Einsatzgebiet gehört und Übungen zur Vorbereitung auf einen Einsatz, so vor allem um die dafür notwendige Orts- bzw. Gewässerkenntnis zu erlangen, unerlässlich sind.

Ganz nebenbei wird der Blautopf bei einigen dieser Übungen auch von Unrat und Gehölz befreit, welches sich über das Jahr angesammelt hat. Dabei werden als Transportmittel Unterwasserheballons eingesetzt, um auch den Umgang mit diesem Gerät zu üben.

Bei den Einsätzen mit dem RTH wird auf zusätzliches Gerät verzichtet, hier geht es um die Rettung von Menschenleben – bei Bergungseinsätzen spielt die Zeit meist keine Rolle. Es kommt also bei einem Luftrettungseinsatz besonders darauf an, dass die jeweiligen Einsatztaucher aufgrund der bei den Übungen und Einsätzen gewonnenen Erfahrungen auch ohne zusätzliches technisches Gerät sofortige Hilfe leisten können. Dies ist durch den hohen Ausbildungsstandard bei der DLRG jedoch jederzeit gewährleistet.



Beim Eintreffen des RTH sind die Rettungstaucher bereits einsatzbereit.

ziell zu diesem Zweck werden bei der Feuerwehr ständig zwei komplette Tauchausrüstungen vorgehalten, damit sich die Taucher direkt umziehen können.

Nach dem Landen des RTH wird die restliche Taucherausrüstung dann nur noch in den Hubschrauber verladen, zeitgleich steigen die Taucher zu und schon geht es los zur Einsatzstelle.

Seit Beginn des Projektes konnten bereits 18 Einsätze allein in der Form der RTH-unterstützten Wasserrettung gezählt werden, wodurch vielen Personen das Leben gerettet werden konnte. Das Zusammenwirken der verschiedenen Organisationen mit einem gemeinsamen Ziel hat sich also hervorragend bewährt.

Die DLRG-Ortsgruppe Ulm, die für den gesamten Alb-Donau Kreis für den Wasserrettungsdienst zuständig ist, leis-

oder unter Wasser, z. B. Ertrinkungsfälle, Fahrzeuge mit Personen auf dem Wasser, Eisrettung, Tauchunfälle oder Vermisstensuche in Wassernähe. Dazu müssen sich besonders die Einsatztaucher durch regelmäßige Übungen einsatzbereit halten.

Da der Blautopf in Blaubeuren im Einsatzbereich der DLRG Ortsgruppe Ulm liegt, besteht für die Einsatztauchergruppe die außergewöhnliche Möglichkeit auch dort Übungen zu absolvieren.

Der Blautopf (Quelle der Blau), gehört mit 21 Metern Wassertiefe zu den tiefsten, aber auch flächenmäßig größten Quellen in Deutschland.

Weltweit bekannt geworden ist der Blautopf durch die Entdeckung des Höhlenforschers Jochen Hasenmeier, der bei einem Tauchgang im Jahr 1985 nach einer Tauchstrecke von mehr als 1,2 Kilometern eine

„Das Ausmaß der letzten Flutkatastrophen erfordert ein intensives Nachdenken“

Fachmesse „Acqua alta“: Theorie und Praxis auf höchstem Niveau

Von Paul Claes

Rückblende: Im August des Jahres 2002 melden weite Teile Deutschlands „Land unter“. Allein in Sachsen verlieren im Katastrophenhochwasser 21 Menschen ihr Leben. Bundesweit sind vier Millionen Menschen in über 50 Kreisen und Städten direkt vom Hochwasser betroffen, mehr als 100.000 Bewohner müssen ihre Häuser verlassen. Die Sachschäden ge-

weite Landstriche gleichen Seenplatten.

Bei den Betroffenen führten die bisher in solcher Form nicht gekannten Ereignisse zu einem veränderten Bewusstsein für die mit dem Thema Hochwasser verbundenen Fragen. Schließlich sind nach aktuellen Schätzungen fast 20 Prozent der Siedlungsfläche der Bundesrepublik und damit

sentierte sich am 24. November 2003 mit der von einem Kongress begleiteten viertägigen Fachmesse „acqua alta“ das weltweit erste internationale Hochwasser-Forum.

Einmalig die Gemeinschaft der Institutionen, die die Veranstaltung in der Neuen Messe München mittrugen: Die Europäische Kommission, die Bundesregierung, die Landesregierungen, die kommunalen Spitzenverbände, die Hilfsorganisationen, zahlreiche Fachministerien und Institutionen aus den europäischen Nachbarländern und schließlich rund 50 Wirtschafts- und Fachverbände von den Architekten bis zur Versicherungswirtschaft.

In seinem Grußwort als Schirmherr der Messe stellte der Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber fest, dass sich die Anstrengungen zum Schutz vor Überschwemmungen in der Vergangenheit zwar bewährt hätten, doch bewiesen die außergewöhnlichen Hochwasser der letzten Jahre, dass auch das Gute kontinuierlich verbessert werden müsse.



Schnell installierte, befüllbare Kunststoffwülste helfen, Wasser zurückzuhalten.

hen in die Milliarden. Der Flut fallen über 1.000 Kilometer Straßen und Bahngleise sowie rund 300 Brücken zum Opfer. Zehntausende Helfer von Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen leisten in sieben Bundesländern Hilfe, daneben werden Einheiten der Bundeswehr eingesetzt. Obwohl riesige Mengen von Sandsäcken verbaut werden, versinken ganze Stadtteile in den Fluten und

rund 1,2 Millionen Gebäude und Industrieanlagen hochwassergefährdet.

„acqua alta“ betritt Neuland

Die Notwendigkeit der Schaffung einer länder- und fachübergreifenden Plattform zur Gesamthematik Hochwasser war und ist also gegeben. Vor diesem Hintergrund prä-

„Man braucht eine Plattform“

Messe-Geschäftsführer Norbert Bargmann betonte bei der Eröffnung: „Defizite im Katastrophenschutz, in der Kommunikation oder in Frühwarnsystemen zu diagnostizieren – damit war man nach jedem Hochwasser schnell zur Hand.

Was dann stets zu der Forderung führte: Man braucht eine Plattform, auf der sich alle treffen können, auf der alle Beteiligten miteinander ins Gespräch kommen können, wo Erfahrungen ausgetauscht und nach Lösungen gesucht werden kann. Mit der ‚acqua alta‘ haben wir das umgesetzt.“

Grüsse der Europäischen Kommission überbrachte Alfonso Gonzalez Finat, Direktor in der Generaldirektion Energie und Transport. Er ver-

einen wirksamen Hochwasserschutz verwies der Bayerische Minister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Werner Schnappauf. Mit dem bayerischen Hochwasseraktionsprogramm 2020 habe der Freistaat ein Instrument zur effektiven Risikovorsorge geschaffen.

Am Beispiel der Stadt München zeigte Stadtbaurätin Prof. Christiane Thalgot auf, dass ökologische und landschaftliche Belange im Rahmen von

und neuer Elemente des mobilen Hochwasserschutzes ins Auge. Der simpelste Hochwasserschutz ist und bleibt der Sandsack-Einsatz, wobei sich der hohe personelle und zeitliche Aufwand durch neuartige Füllsysteme verringern lässt.

Ein weiteres, bereits erprobtes mobiles Hochwasserschutzsystem kann mit Erde, Kies oder Wasser befüllt werden. Es besteht aus Polyestergerewebe, das in beliebiger Länge in eine Rohrkonstruktion eingehangen wird. Das System ist schnell montierbar und ermöglicht eine Stauhöhe bis zu drei Metern.

Im städtischen Bereich ermöglichen so genannte Winkelsysteme den schnellen Aufbau einer Wasserschutzmauer. Das bislang am häufigsten ausgeführte System besteht aus einzeln übereinander gestapelten Balken mit seitlichen Befestigungen in Mauernischen sowie an demontierbaren oder fest eingebauten Stützen. Sowohl die Stützen als auch die Balken müssen von geschulten Kräften, beispielsweise vom THW, montiert werden.

Mobil im weitesten Sinn sind auch Hochwasserschutzsysteme, die im Boden versenkt und erst im Bedarfsfall ausgefahren werden. Wegen der hohen Einbaukosten kommen sie jedoch nur für kurze Streckenabschnitte in Betracht.

Eine günstigere und ebenfalls das Stadtbild kaum beeinträchtigende Variante stellen aufklappbare Hochwasserschutzwände dar. Fensteröffnungen und Einfahrtstore von Altstadtmauern lassen sich mit vorab montierten Stahlklappen schnell und sicher verschließen.

Fazit: Der Einsatz vieler der heute gebräuchlichen mobilen Schutzsysteme muss in weiter Voraussicht geplant werden. Der Einbau fester Bestandteile, die erst im Bedarfsfall durch mobile und vor Ort bereit gehaltene Elemente ergänzt werden, ermöglicht den raschen und sicheren Einsatz, der bei der Hochwasserabwehr die entscheidende Rolle spielt.



Neuartige Alarmierungsmöglichkeiten - beispielsweise per Armband- oder Weckuhr - präsentierte die Zentralstelle für Zivilschutz.

wies darauf, dass Flüsse nicht nur Hochwasser bringen, sondern mit der Binnenschifffahrt auch dem Verkehr in Europa dienen. Im Rahmen flussbaulicher Maßnahmen sollten deshalb nicht zuletzt auch die Belange der Schifffahrt angemessene Berücksichtigung finden.

„Das Ausmaß der letzten Flutkatastrophen erfordert ein intensives Nachdenken,“ stellte Tilo Braune, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, fest. Beispielfhaft nannte er die Projekte „Elbe/Labe“ und „Oderregio“, an denen sich das Ministerium aktiv beteilige. Damit werde der Hochwasserschutz an Elbe und Oder wieder ein Stück verbessert.

Auf die gemeinsame Verantwortung von Staat, Kommunen und Gewässeranliegern für

Bauleitplanung und -genehmigungsverfahren gewahrt und so Überschwemmungsgebiete und Retentionsräume berücksichtigt werden können.

Modernste Technik und Taktik

Über hundert Aussteller aus elf Ländern, darunter international führende Firmen, boten dem Besucher auf 6.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche Informationen zu Technik und Taktik aus erster Hand. Daneben gaben in die Thematik eingebundene Organisationen wie DRK und THW und Einrichtungen wie der Deutsche Wetterdienst und die Zentralstelle für Zivilschutz Einblick in ihre Tätigkeitsbereiche.

Beim Gang durch die Messe fiel die Präsentation bewährter

Denn wie schnell die Flusspegel ansteigen können und wie kurz die Vorwarnzeit sein kann, hat die Elbeflut 2002 auf verheerende Weise gezeigt.

Sachkompetenz im Vordergrund

Der im unmittelbar benachbarten ICM, dem Internationalen Congress Center München, durchgeführte Kongress unterstrich den ganzheitlichen Ansatz der Messe. Das von einem Komitee aus Vertretern aller wichtigen Verbände, Organisationen und politischen Institutionen entwickelte Kongressprogramm spannte einen weiten Bogen von der Klimaforschung über den Fluss- und Deichbau bis hin zum Katastrophenschutz und zur Hochwasservorsorge.

Mit rund 90 vielseitigen und kompetenten Beiträgen namhafter Referenten konnte an den vier Kongresstagen jeder Themenbereich umfassend behandelt werden.

Der erste Tag war dem Thema „Klima und Wasser - Prognostik und Systeme“ gewidmet. Die Folgen der Klimaveränderung, effektive Warnsysteme und Möglichkeiten langfristiger Prognosen von extremen Wetterbedingungen beschäftigten hier die Experten.

Der zweite Tag stand unter dem Motto „Hochwasser und Natur - Vorsorge und Strategien“. Langfristiger Hochwasserschutz durch Raumordnung, Renaturierung von Flussauen, Fluss- und Deichbau und langfristige Hochwasserschutzbauten waren dort die Themen.

Dem Thema „Katastrophenmanagement - Schutz und Technik“ war der dritte Tag gewidmet. Technologien für den operationellen Hochwasserschutz, Hochwassereinsatzpläne und Katastrophenalarm hießen dabei die Schlagwörter.

Am vierten Tag drehte es sich beim Thema „Wasser - als Element und Ressource“ um Kreise, Städte und Gemeinden. Kommunale Hochwasservorsorge, technische Vorsorge

und Strategien und die Absicherung durch Versicherungen waren die Themenpunkte des letzten Kongresstages.

nem erweiterten Themenfeld stattfinden. Vom 18. bis 20. Januar stehen dann in der Neuen Messe München auch The-



Mit dem Bootsantrieb per Luftschraube ist die Feuerwehr auch bei Hochwasser ohne Angst vor Treibgut einsatzbereit. (Fotos: Paul Claes)

Das Kongressprogramm wurde durch zahlreiche Sonderveranstaltungen abgerundet. So führte das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV) am 26. November den Gefahrentag 2003 durch, der unter dem Leitmotiv „Das Udenkbare denken - neue Strategien im Hochwasserschutz“ stand.

Positives Fazit

Nach vier Tagen Messe und Kongress schlossen sich am 27. November die Tore der „acqua alta“. Die Fachmesse kann mit rund 4.000 Besuchern - von denen 80 Prozent die Veranstaltung als ausgezeichnet bis gut bewerteten, einem zufriedenen Ausstellerkreis und dem hochkarätig besetzten Kongress auf einen gelungenen Start blicken.

Die Folgeveranstaltung der „acqua alta“ wird 2005 mit ei-

men wie Folgen der Klimaveränderung, beispielsweise Dürre, Lawinen und Muren, im Brennpunkt des fachlichen Interesses.

Naturkatastrophen alarmierend gestiegen

Die Münchner Rück meldet: Heute ereignen sich weltweit dreimal so viele Naturkatastrophen wie in den 60er Jahren. Wobei sich die Schadenhöhe sogar versiebenfacht hat.

Die Schäden durch Naturkatastrophen sind allein von 35 Mrd. Dollar im Jahre 2001 auf 55 Mrd. Dollar im Jahre 2002 gewachsen. In den Entwicklungsländern übersteigt die Schadenhöhe die öffentliche Entwicklungshilfe weltweit.

Präklinische Traumaversorgung

30 Jahre Christoph 5 – Symposium zum Jubiläum

Von Daniel Redmer

Seit mittlerweile 30 Jahren stellt der an der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik (BGU) in Ludwigshafen stationierte Rettungshubschrauber „Christoph 5“ die notärztliche Versorgung des Umlandes sicher und ist zu einem unverzichtbaren Glied in der Rettungskette geworden. Anlässlich dieses Jubiläums fand am 21. November 2003 im Hörsaal der BGU ein Expertensymposium statt, in dessen Mittelpunkt Geschichte und Zukunft der Versorgung von Schwerstverletzten standen.

Einsätzen. Im Rahmen von ca. 32.500 Einsatzstunden wurden dabei über 30.000 Patienten versorgt und bei ca. 12.000 Flugstunden legte der Hubschrauber über 1,8 Millionen Flugkilometer zurück. Diese Zahlen belegten eindrucksvoll die Erfolgsgeschichte der Station. Zu betonen ist dabei auch die reibungslos funktionierende Zusammenarbeit von BGS, DRK und BGU.

Stellvertretend für Ministerpräsident Beck und Innenminister Zuber überbrachte Ministerialrat Gerd Gräff

Die Vorträge des nachfolgenden Expertensymposiums standen ganz im Zeichen der präklinischen Traumaversorgung, sowohl aus der Sicht des Wissenschaftlers wie auch aus der des Praktikers: „Entwicklung und Perspektive der Luftrettung“, „Aggressive versus moderate. Schockbekämpfung beim polytraumatisierten Patienten“, „Crew Resource Management (CRM) – Ein Konzept aus der Luftfahrt“, „Zukunft der präklinischen Notfallmedizin – SPLS (Systematic Prehospital Life Support)“, „Aktuelle Konzepte in der Traumaversorgung“, „ATLS – Safety Tool in Schockraumphase“, „Ausbildungsstandard von Notärzten auf Luftrettungsmitteln“, „Airwaymanagement“ und schließlich „Neue Techniken – Interaktionen der Crew“.

Rückblickend kann das Symposium als voller Erfolg gewertet werden: Sämtliche Vorträge wurden beim Publikum überaus positiv aufgenommen und führten im Anschluss zu einer sehr regen und produktiven Diskussion. In den Pausen bot sich zudem die Gelegenheit, eine kleine Industrieausstellung zu besuchen. An dieser Stelle sei deshalb schon der Hinweis auf eine im zweiten Quartal 2004 geplante Veranstaltung für die Öffentlichkeit gegeben. Neben dem nachträglichen Feiern des 30-jährigen Bestehens hofft man auch, die Einweihung einer neuen Tankanlage vornehmen zu können.



Die Jubiläumscrew mit Vertretern der BGU und des BGS-Flugdienstes. (Foto: H. Scholl)

Seinen ersten Einsatz absolvierte der vom BMI betriebene Helikopter bereits am 13. November 1973 – drei Tage vor seiner offiziellen Indienststellung. Inzwischen startete „Christoph 5“, der somit zu den ersten öffentlich-rechtlichen Rettungshubschraubern (RTH) Deutschlands zählt, zu insgesamt mehr als 36.000

Grußworten, zeichnete ein allgemeines Bild des Rettungsdienstes in Rheinland-Pfalz und stellte einige im Rahmen der Novellierung des Rettungs-Gesetzes geplante Veränderungen vor. Als Dank für 30 Jahre Luftrettung in Ludwigshafen übergab er eine Schiefertafel mit dem Landeswappen und würdigte die Leistungen der Crew.

Neue Aufsätze und Vorschriften

Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für Zivilschutz

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutscherherrenstraße 93-95

53177 Bonn

Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-358-5808

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name	Vorname
Straße	
PLZ	Ort
Dienststelle/Firma	Funktion im ZS/KatS
Tel.nr. für Rückfragen	

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

INFO-SERVICE

Zivilverteidigungs-, Zivilschutz- und Katastrophenschutzrecht

Bestellnummer 1/04/83

Änderung der Entschädigung von Einsatzkräften des Katastrophenschutzdienstes in den Bereichen Brandschutz und ABC-Schutz/LZG: Erlass des Innenministeriums - Amt für Katastrophenschutz vom 1. September 2003. - Ändert Erl. vom 11. März 1999.

In: Amtsblatt für Schleswig-Holstein (2003), 39, S. 712-713

Bestellnummer 1/04/127

Entwurf des Gesetzes über die Errichtung des

Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe:

Gesetzentwurf der Bundesregierung

In: Verhandlungen des Bundesrates: Drucksache 825/03 vom 7.11.2003, 13 S.

Bestellnummer 1/04/80

Verordnung über die Mitwirkung der Helfer und Helferinnen im Technischen Hilfswerk (THW-Mitwirkungsverordnung) / Verordnung des Bundesministeriums des Innern

dazu: Beschluss des Bundesrates (Zustimmung) vom 28.11.2003

In: Verhandlungen des Bundesrates: Drucksache 764/03 vom 17.10.2003, 9 S.

Zivilschutz

Bestellnummer 1/04/138

Aktivitäten auf Bundesebene zur Vorsorge von bioterroristischen Anschlägen
/ E. Schmidt

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 11, S. 997 - 1000

Bestellnummer 1/04/168

Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung;
Umsetzung der Arbeitsaufträge der IMK vom 06.12.02

In: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 173. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren

der Länder am 21. November 2003 in Jena, S. 22 - 23

☐ Bestellnummer 1/04/45

Warnsysteme in Gegenwart und Zukunft / Jürgen Schulz

In: Notfallvorsorge 34 (2003), 3, S. 5 - 7

Katastrophenschutz

☐ Bestellnummer 1/04/60

„Die Bedeutung und Förderung des Ehrenamtes im THW“: Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern Fritz-Rudolf Körper anlässlich der Bundesversammlung der THW-Bundeshelfervereinigung, am 18.10.2003 in Brühl

In: BMI-Pressemitteilung vom 18.10.2003, 6 S.

☐ Bestellnummer 1/04/84

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die landeseinheitlichen Sirensignale für den Freistaat Sachsen vom 29. Juli 2003

In: Sächsisches Amtsblatt (2003), 39, S. 922 - 924

☐ Bestellnummer 1/04/27

Rechtliche Grundlagen der Zusammenarbeit im Katastrophenschutz: Vortrag des Herrn Parlamentarischen Staatssekretärs Fritz Rudolf Körper anlässlich der Tagung der Justitiare und Konventi-

onsbeauftragten des DRK am 12. September 2003 in Koblenz

In: BMI-Pressemitteilung vom 12.9.2003, 5 S.

☐ Bestellnummer 1/04/108

Europaweite Einführung der 112: wie kann der Anruferstandort ermittelt werden? / Irene Grimm

In: Rettungsdienst 26 (2003), 11, S. 14 - 18

☐ Bestellnummer 1/04/77

Fachberater koordiniert sanitäts-taktischen Einsatz: neues Konzept für medizinischen Katastrophenschutz in Hessen / Christoph Lippay

In: Im Einsatz 10 (2003), 5, S. 42 - 44

☐ Bestellnummer 1/04/63

40 Studenten bauten ein Flüchtlingslager auf. Übung auf dem Leonardo-Campus in Münster

In: Idee und Tat (2003), 5, S. 6

☐ Bestellnummer 1/04/21

Zukunft des Katastrophenschutzes (I-III): Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung ; Kleine Anfrage - KA 4/6371 / Abgeordneter Guido Kosmehl (FDP). Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium des Innern

In: Drucksache / Sachsen-Anhalt / Landtag 4/907-909 vom 10.7.2003, 12 S.

☐ Bestellnummer 1/04/47

Gefährdungsanalysen, Risikoanalysen und Szenarien - Grundelemente der Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung / Wolfram Geier

In: Notfallvorsorge 34 (2003), 3, S. 10 - 13

☐ Bestellnummer 1/04/174

Internationaler Kongress: Moderne Gefahrenabwehrsysteme

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2003), 12, S. 726 - 729

☐ Bestellnummer 1/04/23

Prototyp für die neuen Betreuungszüge in Hessen : Gerätewagen Technik / Walter Wentzell

In: Florian Hessen (2003), 9, S. 8 - 9

☐ Bestellnummer 1/04/48

Die deutsche Notfallvorsorge: ein Haus ohne Wände? / Reiner Kersten

In: Notfallvorsorge 34 (2003), 3, S. 14 - 16

☐ Bestellnummer 1/04/70

„Schnelle Hilfe“ im Landkreis Fürstentum: gemeinsame Katastrophenhilfeübung / Franz-Xaver Staudinger

In: Im Einsatz 10 (2003), 5, S. 8 - 9

Neue Aufsätze und Vorschriften

Medizin, Rettungsdienst

☐ Bestellnummer 1/04/91

„Beim Notfall darf man nicht sparen!“: Professor Dr. Peter Sefrin sagt voraus: Weniger Notarztstandorte, weniger Betten, längere Transportzeiten

In: Rescue (2003), 3, S. 36

☐ Bestellnummer 1/04/131

Bioterroristisch relevante bakterielle Erreger: Epidemiologie, Klinik, Diagnostik / S. R. Klee, D. Jacob, H. Nattermann, B. Appel

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 11, S. 935 - 948

☐ Bestellnummer 1/04/135

Diagnostik von Proben bei vermuteten bioterroristischen Anschlägen. Allgemeine Aspekte und grundsätzliche Erwägungen / G. Pauli, H. Ellerbrok

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 11, S. 976 - 983

☐ Bestellnummer 1/04/136

Elektronenmikroskopie im Methodenspektrum der Bioterrorismus-Diagnostik / H. R. Gelderblom

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 11, S. 984 - 988

☐ Bestellnummer 1/04/35

Biokampfstoffe: Trotz Gefahr kein Grund zur Panik / Matthias Bastigkeit

In: Rettungsdienst 26 (2003), 10, S. 24 - 30

☐ Bestellnummer 1/04/139

Management biologischer Gefahrenlagen: Überlegungen zur notwendigen Infrastruktur in Ländern und Kommunen / A. Wirtz, R. Gottschalk, H.-J. Weber

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 11, S. 1001-1009

☐ Bestellnummer 1/04/73

Sanitäts- und Betreuungsfahrzeuge im KatS und RD: Übersicht der Einsatzfahrzeuge. Teil 1 / C. Lippay

In: Im Einsatz 10 (2003), 5, S. 21 - 23

☐ Bestellnummer 1/04/71

Was ist im Notfall zu tun? Unfälle mit radioaktiven Stoffen; Teil 2 / Frank-Dieter Maul; Jürgen Schöchlin

In: Im Einsatz 10 (2003), 5, S. 10 - 13

☐ Bestellnummer 1/04/78

Neue Sichtungskategorien: Ergebnisse zweier Konferenzen / Peter Sefrin; Johann W. Weidinger; Wolfgang Weiß

In: Im Einsatz 10 (2003), 5, S. 45 - 47

☐ Bestellnummer 1/04/133

Bioterroristische Anschläge mit Bacillus anthra-

cis: Erfahrungen und Konsequenzen aus den Ereignissen des Jahres 2001 / R. Böhm, W. Beyer

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 11, S. 956 - 964

☐ Bestellnummer 1/04/137

Toxine: biogene Gifte und potenzielle Kampfstoffe / H. Russmann

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 11, S. 989 - 996

☐ Bestellnummer 1/04/134

Pocken als bioterroristische Bedrohung / R.Thomssen

In: Bundesgesundheitsblatt 46 (2003), 11, S. 965 - 975

Technik, Feuerwehresen

☐ Bestellnummer 1/04/162

Ausbreitung von Luftschadstoffen: Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft / Wolfram Bahmann ; Nicole Schmonsees ; Mark Hilverda

In: arcaktuell / Hrsg.: ESRI Geoinformatik GmbH (2003), 3, S. 26 - 28

☐ Bestellnummer 1/04/175

Detektion und Warnung: Gefahrstoff-Detektoren-Array: Im Auftrag des Bundesministers des Innern (Zentralstelle für Zivilschutz) entwickelte der Arbeitsbereich Meßtechnik der TU Hamburg

INFO-SERVICE

Neue Aufsätze und Vorschriften

das neue Gerät / Gerhard Matz

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2003), 12, S. 756 - 758

□ Bestellnummer 2/04/16

Neue Wege im zivilen Bevölkerungsschutz / Ute Vogt, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, S. 4 - 6

□ Bestellnummer 2/04/23

Wissensmanagement in der Notfallvorsorge : das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) / Bernhard Corr, S. 27 - 28

□ Bestellnummer 1/04/147

Feuerwehr-Dienstvorschrift 100 (FwDV 100), Dienstvorschrift (DV 100) „Führung und Leitung im Einsatz, Führungssystem“ : Erlass des Innenministeriums vom 30.10.2003

In: Amtsblatt für Schleswig-Holstein (2003), 45, S. 822

□ Bestellnummer 2/04/18

Erfahrungen aus dem Elbe-Hochwassereinsatz / Dr. Georg Thiel, Präsident Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, S. 10 - 12

□ Bestellnummer 2/04/17

Die aktuelle Entwicklung der staatlichen Notfallvorsorge / Klaus-Henning Rosen, Ministerialdirektor a.D., S. 7 - 8

□ Bestellnummer 1/04/72

Kontaminationsnachweisplatz nach Strahlenschutz Einsatz: das Konzept der Feuerwehr Köln / Lothar Schneid

In: Im Einsatz 10 (2003), 5, S. 14 - 18

□ Bestellnummer 2/04/21

Zivil-Militärische Zusammenarbeit in der Katastrophenhilfe : das Elbe-Hochwasser 2002 aus der Perspektive der Bundeswehr / Generalmajor Rainer Jung, Stv. Befehlshaber des Streitkräfteunterstützungskommandos, S. 15 - 19

□ Bestellnummer 2/04/24

Das Udenkbare denken : Beiträge der Wissenschaft zur Reduzierung von Naturkatastrophen / Prof. Jochen Zschau, Prof. Rolf Emmermann, Prof. Lothar Stempniewski, Dr. Bruno Merz, S. 29 - 32

□ Bestellnummer 2/04/22

Hochwassereinsatz 2002 : auch für den Flugdienst des Bundesgrenzschutzes eine nationale Aufgabe / Leitender Polizeidirektor Gerd Schäfer, Führer der Bundesgrenzschutz Fliegergruppe, S. 20 - 22

□ Bestellnummer 2/04/25

Mehr Sicherheit gegen Terrorismus : Sicherheit von Infrastrukturen / Reinhard Hutter und Karl Adolf Neubecker, IABG, S. 33 - 37

Homeland Security

(Artikel aus dem ersten Heft der neuen Fachzeitschrift vom 1. Juli 2003)

Den gesamten Bestand der Fachinformationsstelle finden Sie im Internet in

deLiKat

der **deutschen Literaturdatenbank für Zivil- und Katastrophenschutz**

<http://194.95.178.104/>

Der schwarze Tag von Ypern

Zur Geschichte der chemischen Waffen, Teil 1

Von Dr. med. Stefan Schulz-Kirchrath, Mosbach/Baden

Spätestens seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 traten neben den biologischen auch die chemischen Waffen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit, oftmals geschürt durch sensationslüsterne Berichte der Boulevardpresse. Es bewahrheitete sich dabei auf erschreckende Weise die These, dass der Entspannungsprozess durch den Zerfall des

traten Kriege in Schwellenstaaten, die von einer schwer zu durchschauenden und damit unvorhersagbaren Gemengelage aus religiösem Fanatismus und ethnisch-kulturellen Gegensätzen am Schwelen gehalten werden. Weiterhin treffen wir auf ein international agierendes Terrornetzwerk, das gezielt Anschläge plant und durchführt. Hierbei nehmen

kio zeigte bereits 1995, dass ein C-Waffeneinsatz durch ideologisch irreführende Gruppen möglich ist. Oftmals wird dabei vergessen, dass chemische Waffen keineswegs Errungenschaften des 20. Jahrhunderts sind, sondern bereits im Altertum Verwendung fanden. Es ist daher lohnend, sich mit der Geschichte chemischer Kampfstoffe näher zu beschäftigen, wozu folgender Artikel beitragen möchte.¹

Vom Altertum bis in die Neuzeit

Schon seit alters her bediente man sich der Wirkung des Feuers, wenn durch das Abbrennen von grünem Holz und feuchtem Stroh das Wild auf der Jagd aus seinen Unterschlüpfen vertrieben werden sollte. Als erster „chemischer Kampfstoff“ hingegen ist das Schwefeldioxid als Verbrennungsprodukt des Schwefels anzusehen; bereits Thucydides berichtete im zweiten und dritten Buch seiner Geschichte über den Peloponnesischen Krieg, dass bei der Belagerung von Plataä (428 v. Chr.) und Delion (424 v. Chr.) mit Pech und Schwefel durchtränkte Holzstöße durch die belagernden Spartaner angezündet wurden, um so die Feinde zur Aufgabe ihrer Festungen zu



Einsatz des „Griechischen Feuers“.

Warschauer Paktes eben nicht das Gefahrenpotential minimierte, sondern erhebliche Proliferationsrisiken mit sich bringt. An Stelle der Konfrontation großer Militärblöcke

biologische und chemische Kampfstoffe einen besonderen Stellenwert ein, da viele dieser Waffen leicht herzustellen und anzuwenden sind. Der Sarinanschlag auf die U-Bahn in To-

¹ In dieser Abhandlung steht die geschichtliche Entwicklung im Vordergrund, weniger medizinische Fragen; hierzu siehe u.a. Schulz, S.: Ein altes Thema - noch immer aktuell: Chemische Kampfstoffe im Blickpunkt, in: *Bevölkerungsschutz* 2/2000, S. 17-25.

zwingen.² Auch in der römischen Kriegsgeschichte finden sich manche Hinweise auf den Einsatz giftiger Gase.

Der Kriegsschriftsteller Sextus Julius Africanus beschrieb um 230 n. Chr. eine Rezeptur für das „Griechische Feuer“, das über Jahrhunderte hinweg für Angst und Schrecken sorgen sollte:

„Nimm gleiche Teile gediegenen Schwefels, Salpeters und kerdonischen Pyrits, zerreibe diese Stoffe mittags in einem schwarzen Mörser, füge gleiche Teile Sykomorensaft und flüssigen Asphalts hinzu, mische das Ganze zu einem fettigen Teig und füge endlich eine kleine Menge ungelöschten Kalk hinzu. Man muss die Masse vorsichtig umrühren um Mittag und man muss sich das Gesicht schützen. Denn die Mischung fängt leicht Feuer. Fülle sie dann in eherner Kapseln, welche mit Deckeln geschlossen werden und hüte sie vor den Sonnenstrahlen, deren Berührung sie entflammt...“³

Der Syrer Kallinikos empfahl etwa 420 Jahre später zur Steigerung der Wirkung den Zusatz von Pech, Erdöl, Kochsalz und Baumöl. Die Ausbringung des „Griechischen Feuers“ war vielfältig: Neben dem Verspritzen durch Röhren (ähnlich eines Flammenwerfers) stand das Verschleudern von brennenden Behältern im Vordergrund. Noch im 13. Jahrhundert kam das „Griechische Feuer“ bei der Belagerung von Akkon zum Einsatz, als der mamelukkische Sultan die Hafenstadt mit mehr als 300 Schleudermaschinen völlig in Brand schoss. Bis weit ins Mittelalter stellte das Feuer in Verbindung mit giftigen Brandgasen eines der bewährtesten und gefürchtetsten Kampfmittel dar; der Österreicher Veit Wuff von Senfftenberg empfiehlt in einem um 1575 erschienenen Buch das „Vergiften“, allerdings mit der Einschränkung, es sei „...ein abschewlich Ding, sollten Christen gegen Christen nicht gebrauchen, sondern allein wider

die Türken unnd andere Ungläubigen, denselben ein abbruch zu thun.“⁴ Während des dreißigjährigen Krieges konstruierte der deutsche Chemiker Johannes Glauber (1604-1668) Gasgranaten mit einer Füllung aus Terpentin und Salpetersäure; freilich blieb es bei theoretischen Überlegungen, da die damalige Waffentechnik eine Realisation nicht zuließ. Auch Gottfried Wilhelm von Leibniz (1646-1716) setzte sich mit dem Gaskampf auseinander. In seinen „Gedanken zur deutschen Kriegsverfassung“ von 1670 empfahl er einen „Stinkpott, dessen Rauch sich unglaublich ausbreitet und unerleidlich. Damit kann der Feind unfehlbar von einem gewissen posto vertrieben werden.“⁵ Die umfangreichste Quelle mittelalterlicher Kriegskunst stellt das 1650 in lateinischer Sprache erschienene Werk „Artis Magiae Artilleriae Pars Prima“ des ehemaligen polnischen Generalleutnants und litauischen Ritters Casimir Siemienowicz dar, das 1651 als französische und 1676 als deutsche Übersetzung erschien.⁶ Drei Kapitel behandeln den Einsatz giftiger Gase und anderer Giftstoffe; insbesondere die taktischen Überlegungen zeugen von einer überraschenden Weitsicht.

Wenngleich die Wirkungen der eingesetzten Gase und Brandstoffe durch die damaligen technischen Unzulänglichkeiten beschränkt waren, spielten sie solange eine Rolle, bis sich das Gleichgewicht zwischen angreifenden Truppen und Verteidigern durch verbesserte Feuerwaffen zugunsten der Angreifer änderte und auch starke Festungen sturmreif geschossen werden konnten. Ferner minimierte die Abkehr vom Stellungs- hin zum Bewegungskrieg im 18. Jahrhundert die Einsatzmöglichkeiten chemischer Stoffe. Diese Entwicklung änderte sich grundlegend etwa hundert Jahre später und folgte dennoch alten Gesetzen: Immer dann, wenn sich mit „konventionellen Waffen“ kein Erfolg erzie-

len ließ, wurde der Ruf nach der Gaswaffe laut. Durch die rasanten Fortschritte in der chemischen Industrie kamen immer mehr chemische Verbindungen als potentielle Kampfstoffe in Betracht. Der New Yorker Ingenieur Dougherty entwickelte bereits während des amerikanischen Bürgerkrieges 1863 ein patentiertes Verfahren zur Abfüllung von Chlorgas in Granaten, deren Einsatz er gegen die Truppen der Südstaaten empfahl. Von deutschen Apothekern kam während des Deutsch-Französischen Krieges 1870-1871 der Vorschlag, Artilleriegeschosse mit dem aus der Weißen Nieswurz (Veratrum album) hergestellten Alkaloidgemisch Protoproteratin und Germerin zu befüllen; nach Aufschlag der Granate sollte der stark zum Niesen reizende Stoff den Feind für eine halbe Stunde kampfunfähig machen. Der berühmte deutsche Chemiker und spätere Nobelpreisträger Adolf von Baeyer (1835-1917), dem unter anderem erstmals die synthetische Herstellung des Farbstoffes Indigo gelang, entdeckte bereits 1858 die gefährliche Arsenverbindung Methylarsindichlorid. Er schrieb über die stark reizenden Eigenschaften: „Die Dämpfe dieser Substanz greifen die Schleimhäute auf entsetzliche Weise an; riecht man an denselben, so schwellen die Augen, die Nase und das ganze Gesicht an, und man empfindet einen ganz eigentümlichen bohrenden und sich bis in den Schlund hinabziehenden Schmerz.“⁷ Über die militärische Relevanz dieses Stoffes re-

² Siehe hierzu Büscher, H.: Giftgas! Und wir? S. 10ff.; Hanslian, R.: Der chemische Krieg, S. 1ff. und (ausführlich) Martinetz, D.: Vom Giftfeil zum Chemiewaffenverbot, S.30ff.

³ Zitiert nach Meyer, J.: Der Gaskampf und die chem. Kampfstoffe, S. 24.

⁴ Meyer, J.: a.a.O., S. 27.

⁵ Ebd., S. 29.

⁶ Titel der deutschen Ausgabe: "Vollkommene Geschütz-Feuerwerk und Büchsenmestereykunst. In die Hochdeutsche Sprach übersetzt: Von Thoma Leonhard Beeren." Auszugsweise abgedruckt in Hanslian, R.: Zur Geschichte des Gaskrieges, in: Gasschutz und Luftschutz 1 (1931), 10, S. 50.

feriert er 1887 in München, zu einer Zeit, in der die Tränengase bzw. Nasen-Rachen-Reizstoffe wachsende Bedeutung erlangten.

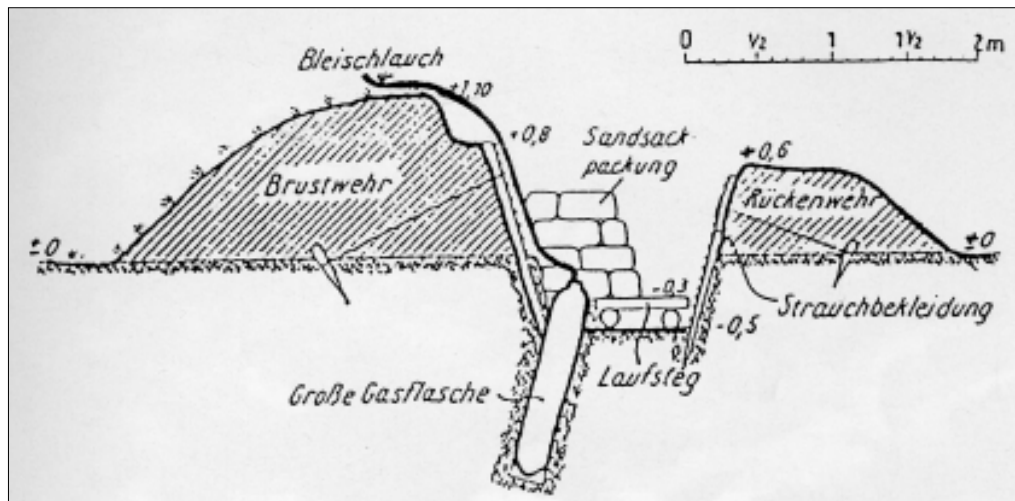
Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg

Insbesondere in Frankreich experimentierte man vor dem Ersten Weltkrieg mit Bromessigester. Als am 28. April 1912 nach etlichen gewaltsamen Überfällen die Anführer der sogenannten „Bonnotschen Apachenbande“ im französischen Choisy-le-Roy bei einem Schusswechsel mit der Polizei ums Leben kamen, schlug der

und vergifteten Waffen „...solche Geschosse zu verwenden, deren einziger Zweck es ist, erstickende oder giftige Gase zu verbreiten.“ Über diese Formulierung wurde seinerzeit heftig gestritten, setzten doch vor allem großkalibrige Waffen in hohem Maße giftige Gase wie Kohlenoxyd, nitrose Gase und Blausäure frei. Die Vertragsparteien einigten sich schließlich auf die Feststellung, dass die Splitterwirkung immer die Giftwirkung übertreffen müsse. Allerdings konnten England und die Vereinigten Staaten sich dieser Überzeugung nicht anschließen und ratifizierten das Abkommen nicht.

Giftgaseinsatz im Ersten Weltkrieg

Im ersten Kriegsjahr 1914 gab es zunächst auf deutscher Seite keinerlei Vorbereitungen für einen Gaseinsatz, da zunächst der Angriff gegen Frankreich planmäßig voranschritt. Lediglich die französische Armee verfügte zu Beginn des Krieges über etwa 30.000 Gasgewehrgranaten mit dem schon oben beschriebenen Bromessigsäureethylester. Diese kamen auch bei Nahkämpfen zum Einsatz, jedoch ohne größeren Erfolg: „Während des Schützengrabenkrieges ist von diesen erstickenden



Gasstellung im Querschnitt.

Pariser Polizeichemiker André Kling vor, eben diesen Reizstoff in Form von Gasgewehrgranaten einzusetzen, um in Zukunft der Verbrecher lebend habhaft zu werden. Bereits am 14. Mai 1912 wurde der Rest der Bande in einer Villa bei Nogent-sur-Mer durch Beschuss von mit 19 cm³ Bromessigsäureethylester gefüllten 26 mm- Gasgewehrgranaten kampfunfähig gemacht und festgenommen.⁸

Bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges dachte keines der kriegsführenden Länder ernsthaft daran, Giftgas einzusetzen. Auch verbot die 1. Haager Friedenskonferenz 1899 neben der Verwendung von Giften

Der amerikanische Admiral Mahan erklärte sogar: „Vom humanen Standpunkt ist es nicht grausamer, die Feinde mit giftigen Gasen zu erstickern, als sie im Wasser mit Hilfe von Torpedos zu ertränken; jedes neue Kriegsmittel hat man immer zunächst als barbarisch bezeichnet und schließlich allgemein angenommen.“⁹

In der zweiten Haager Konferenz 1907 fixierte Artikel 23 das Anwendungsverbot der 1. Konferenz für den Einsatz von Giften und giftigen Geschossen; es wurde letztlich von England unterzeichnet, während Amerika seine ablehnende Haltung beibehielt.

Gewehrgranaten eine Verwendung gemacht worden, die man als verfehlt bezeichnen muss, und zwar darum, weil die kleinen Flüssiggasmengen, die sie erhielten, ungefähr 19 cm³, im offenen Felde keine Wirkung haben konnten.“¹⁰

Dennoch produzierten die Franzosen diese Granaten weiter, mussten jedoch durch Brommangel auf das ähnlich

⁷ Zitiert nach Meyer, J.: a.a.O., S. 411.

⁸ Ausführlich in Gröhler, O.: Der lautlose Tod, S. 22f.

⁹ Zitiert nach Hanslian, R.: a.a.O., S.

¹⁰ Major C.-J. West (1852-1931), Chemical Warfare Service der USA in "Science" vom 02. Mai 1919, zitiert in Hanslian, R.: a.a.O., S. 12.

wirkende Chloraceton zurückgreifen.

Am 07. Januar 1915 forderte der Kommandierende General des Nord- und Nordostabschnittes, Joseph Jacques Joffre (1852-1931) diese Waffen an; am 21. Februar 1915 hieß es in der dazu erschienenen Dienstvorschrift: „Die durch Geschosse mit Erstickungsgasen verbreiteten Dämpfe sind nicht tödlich, wenigstens nicht bei geringen Mengen.“¹¹

Auch der französische Sprengstoffchemiker Eugène Turpin experimentierte mit Gasgeschossen. Verschiedene

bereitender Maßnahmen. Erst als der Vormarsch in der Marne Schlacht vom 6. bis 9. September 1914 gestoppt wurde, zeigte sich die Wirkungslosigkeit der Brisanzmunition im Stellungskrieg. Obwohl Feuereschwindigkeit und Durchschlagskraft eine bisher nie dagewesene Perfektion erreichten, konnte trotz hoher Kampfkraft nur ein minimaler Gefechtswert erzielt werden. Denn durch gut ausgebaute Erdbefestigungen waren die Verteidiger unzweifelhaft im Vorteil, die – gut geschützt – jeden deutschen Angriff ab-

den Wissenschaftlern Kontakt aufzunehmen, um Lösungen für die drohende Rohstoffverknappung zu erarbeiten. Bereits eine Woche nach Ausbruch des Krieges wies der AEG-Vorstandsvorsitzende und spätere Außenminister Walther Rathenau (1867-1922) auf die prekäre Nachschubsituation hin. Auf Anweisung des Preußischen Kriegsministeriums wurde eine Kriegsrohstoffbehörde unter Leitung Rathenaus installiert, die auch das Problem der Schießpulververknappung lösen sollte. Die Stellenbesetzung der damit betrauten Abteilung „Chemie“ liest sich wie das „who is who“ der damaligen Wissenschaftselite: Unter Leitung von Fritz Haber (1868-1934, Nobelpreis 1918) arbeiteten der Physikochemiker Walter Nernst (1864-1941, Nobelpreis 1920) und der zweite Direktor des „Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie“ Richard Willstätter (1872-1942, Nobelpreis 1915) zusammen.¹² Als vordringlichste Aufgabe erschien die großtechnische Oxidation von Ammoniak zu Salpetersäure als unabdingbare Ausgangssubstanz für die Sprengstoffherstellung. Haber wandte sich an den ihm bekannten Chemiker und Ingenieur Carl Bosch (1874-1940, Nobelpreis 1931).¹³ Bislang produzierte lediglich eine einzige kleine Anlage in Bochum nach dem Verfahren von Wilhelm Ostwald (1853-1932, Nobelpreis 1909) mittels der im Krieg schwer zu beschaffenden Platinkatalysatoren Salpetersäure. Bosch gelang tatsächlich zusammen mit Alwin Mittasch (1869-1953) die Konstruktion eines Eisenoxid-Katalysators. Bereits im Mai 1915 wurden



Gasflascheneinbau in vorderer Stellung.

zeitgenössische Zeitungsartikel meldeten auch etliche Gasvergiftete durch so genannte 7,6cm-Turpinit-Gasgeschosse, ohne dass dies später bestätigt werden konnte. Häufig kam es aber zu Vergiftungen durch Kohlenmonoxid, die vor allem Soldaten in Unterständen, Tunnels und geschlossenen Räumen betrafen.

Solange das deutsche Heer im Bewegungskrieg noch Geländegewinne erzielte, bedurfte es keiner gaskriegs-

wehrten. Unter diesen Rahmenbedingungen suchte die deutsche Militärführung nach anderen Mitteln, die festgefahrene Front wieder in Bewegung zu bringen. Der Preussische Kriegsminister und Chef des Generalstabes des Heeres, Erich von Falkenhayn (1861-1922), beauftragte den als Verbindungsoffizier zur deutschen Industrie eingesetzten Major Max Bauer (1869-1929), zunächst mit Vertretern der Kriegswirtschaft und führen-

¹¹ Zitiert nach Martinetz, D.: Der Gaskrieg 1914-1918, S. 9. Ausführlich abgedruckt in Hanslian, R.: a.a.O., S. 14.

¹² Haber schied Ende Dezember 1914 wegen Differenzen mit Rathenau aus und leitete dann im Kriegsministerium das Referat "Gaskampfwesen" bzw. ab 1916 die "Chemische Abteilung". Siehe auch Martinetz, D.: Der Gaskrieg 1914-1918, S. 11.

¹³ Haber und Bosch entwickelten zusammen das nach ihnen benannte Verfahren zur Ammoniak-synthese.

bei der BASF in Ludwigshafen in einer Großserie 150 Tonnen synthetische Nitrate pro Tag hergestellt. Im letzten Kriegsjahr lag allein der Jahresausstoß des Oppauer Werkes bei 90.000 Tonnen.¹⁴

Bedingt durch den engen Gedankenaustausch vor allem mit Walter Nernst und Fritz Haber sowie dem Direktor der Bayer-Werke und späteren Aufsichtsratsvorsitzenden der IG Farben, Carl-Friedrich Duisberg (1861-1935) erfuhr Major Bauer von der massenhaften Produktion giftiger Chemikalien wie Chlor, Brom und Phosgen, die sich leicht militärisch nutzen ließen. So zog man erneut den Einsatz chemischer Waffen ins Kalkül und erprobte auf Anregung von Nernst und Duisberg am 12. Oktober 1914 auf dem Truppenübungsplatz Köln-Wahn ein 10,5 cm-Artilleriegeschoss, das mit dem feinkristallinen augen- und nasenreizenden o-Dianisindichlorsulfonat („Ni-Stoff“) befüllt wurde. Am 27. Oktober 1914 verfeuerten Geschütze bei Neuve Chapelle 3.000 dieser Granaten, jedoch nur mit mäßigem Erfolg. Zu einem erneuten Einsatz kam es nicht.¹⁵

Ende 1914 entwickelte der Chemiker Hans Tappen auf Nachfrage seines Bruders Gerhard, der als Generalstabsoffizier einer der engsten Berater des Preußischen Kriegsministers war, den so genannt „T-Stoff“. Hierbei handelte es sich um eine mit jeweils vier Litern des Reizstoffes Xylylbromid gefüllte 15 cm-Gasbrisanz-Granate; nach Versuchen auf den Truppenübungsplätzen Köln-Wahn und Kummerdorf am 9. Januar 1915 sollte sie am 31. Januar an der Ostfront in Lodz und Bolimow, ab März auch an der Westfront in Nieuport verschossen werden. Aufgrund der kalten Witterung verdampfte der Reizstoff jedoch nicht in der gewünschten Form, weshalb auch hier keine erfolversprechenden Resultate erwartet werden konnten.

Noch während der Erprobungszeit des T-Stoffes im De-

zember 1914 wandte sich General von Falkenhayn zunächst an den Berliner Chemiker und Ordinarius Fischer (1852-1919), um noch giftigere Stoffe zu entwickeln und militärisch nutzbar zu machen. Fischer sah sich jedoch außerstande, in kurzer Zeit zu brauchbaren Ergebnissen zu kommen.¹⁶

Durch Habers Initiative rückte nun das Chlorgas in den Fokus weiterer Untersuchungen. Das 1771 vom Chemiker und Apotheker Carl-Wilhelm Scheele (1742-1786) bei der Behandlung von Braunstein mit Salzsäure entdeckte farblose Gas fällt als Zwischenprodukt in der chemischen Industrie massenhaft an. Die deutschen Farbenwerke produzierten schon vor dem ersten Weltkrieg etwa 40 Tonnen täglich, so dass dieses Gas in ausreichender Menge verfügbar war.¹⁷ Es handelt sich dabei um ein Lungengift, das in geringerer Konzentration schleimhautschädigend wirkt, höher dosiert jedoch ein toxisches Lungenödem erzeugt und zu Atemnot und Herzkreislauf-Versagen führt. Im Januar 1915 wurden ebenfalls in Köln-Wahn erste Abblasversuche durchgeführt, die im belgischen Hasselt wiederholt wurden; hierbei entkamen Haber und Major Bauer nur knapp einer schweren Vergiftung, als sie „versuchsweise“ in eine abdriftende Gaswolke ritten. Haber nutzte diesen Zwischenfall nach dem Kriege, um die Giftigkeit des Chlors zu relativieren. In seinem vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Reichstages am 1. Oktober 1920 gehaltenen Vortrag führt er dazu aus: „... ist die *physische Wirkung der Chlorwolke gründlich übertrieben worden. Ich stände nicht hier, wenn sie jeden tötete, den sie erfasst und ausser Gefecht setzt. Denn ich bin selbst bei einem großen Geländeversuch durch Unvorsichtigkeit ohne jedes Schutzmittel in eine solche Wolke geraten, aus der ich mich nicht herausfand, und mit schweren, aber in einigen*

Tagen völlig vorübergehenden Erscheinungen davongekommen. Nur in der unmittelbaren Nähe der Entstehungsstelle ist die Gaswolke schlechterdings verderblich.“¹⁸

Im Frühjahr 1915 sollte Chlorgas erstmals zu Einsatz kommen. Die von einigen Offizieren geäußerten Bedenken, der Einsatz könne gegen die Haager Landkriegsordnung verstoßen, wurden von Haber und einigen Völkerrechtlern zerstreut. Mit dem Hinweis auf das nicht verbotene Blasverfahren und der Umdeklarierung des Chlorgases vom Lungenkampfstoff zum Reizstoff sah man sich rechtlich hinreichend abgesichert. Dennoch stieß der Einsatz bei vielen Offizieren auf innere Ablehnung. Der Kommandierende General der 6. Armee, Kronprinz Luitpold von Bayern vermerkte dazu in seinem Kriegstagebuch: „... *verhehlte ich nicht, dass mir das neue Kampfmittel des Gases nicht nur unsympathisch erschiene, sondern auch verfehlt.*“¹⁹ Bei anderen Offizieren siegte trotz Unbehagen der militärische Pragmatismus angesichts der festgefahrenen Front: „*Ich muß gestehen, daß die Aufgabe, die Feinde vergiften zu sollen wie die Ratten mir innerlich gegen den Strich ging, wie es wohl jedem anständig fühlenden Soldaten so gehen wird. Aber durch das Giftgas konnte vielleicht Ypern zu Fall gebracht werden, konnte ein feldzugentscheidender Sieg errungen werden. Vor solch hohem Ziel mussten alle innere Bedenken schweigen.*“²⁰

¹⁴ Martinetz, D.: Der Gaskrieg 1914-1918, S. 11f.

¹⁵ Martinetz, D.: Vom Giftpeil zum Chemiewaffenverbot, S. 57.

¹⁶ Siehe hierzu Fischers Brief an Duisberg vom 20. Dezember 1914, abgedruckt in Martinetz, D.: Der Gaskrieg 1914-1918, S. 18.

¹⁷ Ebd., S. 19.

¹⁸ Haber, F.: Zur Geschichte des Gaskrieges, in: Fünf Vorträge aus den Jahren 1920-1923, S. 88.

¹⁹ Zitiert nach Martinetz, D.: Der Gaskrieg 1914-1918, S. 21.

²⁰ Kommandierender General des XV. Armeekorps, Berthold von Deimling, in seinen Memoiren "Aus der alten in die neue Zeit". Zitiert nach Martinetz, D.: Vom Giftpeil zum Chemiewaffenverbot, S. 61.

Der Angriff bei Ypern

Nachdem die Vorversuche abgeschlossen waren und man sich aufgrund der Munitionsknappheit auf einen Blasangriff festlegte, wurden 6.000 Chlorgasflaschen zu je 40 kg von der deutschen Industrie beschlagnahmt sowie 24.000 Flaschen zu je 20 kg neu pro-

drei spätere Nobelpreisträger dienten in diesem Verband: Der Physiker Otto Hahn (1879-1968, Chemie-Nobelpreis 1944) sowie die Physiker Gustav Hertz (1887-1975) und James Franck (1882-1964; zusammen Physik-Nobelpreis 1925), weiterhin auch der durch die spätere Entwicklung des Geigerzählers bekannt ge-

chen Abschnitt zu verlegen. Bis zum 11. April gruben die Gaspionierkompanien zwischen Bixchoote und Langemarck insgesamt 1.600 Gasflaschen zu 40 kg und 4.130 kleinere Gasflaschen zu 20 kg ein und installierten die Abblasvorrichtungen. Meist konnte nur im Schutze der Dunkelheit gearbeitet werden, durch



Der Angriff bei Langemarck am 22. April 1915.

duziert. Als Einsatzort wählte von Falkenhayn den südlichen Ypernbogen nahe dem Ort Langemarck in Westflandern, der zum Frontgebiet der 4. Armee unter Generaloberst Herzog Albrecht von Württemberg gehörte. Die Durchführung des Angriffs oblag dem neu aufgestellten Pionierregiment 35, das nach seinem Kommandeur „Gasregiment Peterson“ genannt wurde.²¹ Zunächst fast nur aus kriegsfreiwilligen Studenten zusammengesetzt, gelang es Haber über Major Bauer, namhafte Wissenschaftler für das Regiment zu verpflichten. Allein

wordene Physiker Hans Geiger (1882-1945) sowie die Chemiker Kerschbaum, Helferich und Westphal.

Anfang März begann man mit dem Einbau der Gasflaschen in die vordersten Schützengräben des südlichen Frontabschnittes. Die Abfüllstationen und das Hauptdepot befanden sich in Cortemarck, von wo aus die Gasflaschen mit Feldbahnen zu den Ablageplätzen transportiert wurden. Aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse entschloss sich die militärische Führung am 25. März, die Gasstellungen in den nördli-

chen hohen Grundwasserspiegel stießen die Soldaten häufig auf Hindernisse.²² Immer wieder passierten Unfälle durch unvorsichtiges Hantieren oder durch feindlichen Beschuss. Die mit dem Einbau der Gasflaschen betrauten Soldaten verfügten über ein Atem-

²¹ Es bestand aus zwei Bataillonen zu je drei Kompanien, einer Parkkompanie, einer Feldwetterstation und einer Fernsprechteilung. Siehe hierzu Hanslian, R.: Der deutsche Gasangriff bei Ypern am 22.4.1915, in: Gasschutz und Luftschutz 4 (1934), 4, S.100.

²² Ausführliche Darstellung der Vorbereitungen in Hanslian, R., wie Anmerkung 21 und Hanslian, R.: Der chemische Krieg, S. 87ff.

schutzgerät, den so genannt „Selbstretter“ nach Dräger-Tübben. Hierbei handelte es sich um ein von Bergrat Dr. Tübben konstruiertes und von der Firma Dräger hergestelltes Atemschutzgerät, das ursprünglich für den Rettungsdienst unter Tage konzipiert war.²³

Es ist offensichtlich, dass derlei Arbeiten vom Gegner nicht unbemerkt blieben; tatsächlich war die französische Oberste Heeresleitung seit Mitte März durch Agentenmeldungen, Überläufer und Aussagen von Gefangenen relativ genau informiert.²⁴ Der Kommandeur der am Ypernbogen eingesetzten 11. französischen Division, General Edmont-Victor Ferry meldete sehr detailliert die Vorgänge in seinem Frontabschnitt „auf dem Dienstweg“ an die Armeeführung und verständigte benachbarte alliierte Truppenteile. Im Armeehauptquartier stießen seine Warnungen jedoch auf taube Ohren; die Antwort ist ein Zitat wert:

„1. Diese ganze Gasgeschichte ist nicht ernst zu nehmen. 2. Ein Divisionsgeneral hat nicht das Recht, direkt mit den Alliierten zu verkehren, sondern nur durch Vermittlung des Armeekorps. 3. Die Verteilung der Truppen in den Schützengräben und besonders die der Kräfte in den vordersten Linien sind unabänderlich durch die Anordnungen des Großen Hauptquartiers festgelegt worden.“²⁵

Der zunächst für den 14. April 1915 festgelegte Angriffstermin musste aufgrund schlechter Witterung mehrfach verschoben werden; erst am Abend des 22. April herrschten günstige Windverhältnisse, so dass um 18:00 Uhr der Befehl zum Öffnen der Gasflaschenventile gegeben wurde. Auf einer Frontbreite von sechs Kilometern entleerten sich innerhalb von fünf Minuten knapp 150 Tonnen Chlor und trieben in einer 600-900 m tiefen Wolke „im Tempo eines trabenden Pferdes“²⁶ auf die gegnerischen

Stellungen zu.²⁷ Sie traf mit voller Wucht die 90. Brigade der 45. Kolonialdivision und Truppenteile der 87. Landwehr-Territorialdivision. Es brach Panik und Verwirrung aus; Soldaten verließen ihre Stellungen und flüchteten, andere erstickten in den Schützengräben. Zunächst hielten französische Truppenführer eingehende Meldungen über den Gaseinsatz für unglaublich. Der Brigadekommandeur der 90. Brigade schilderte nach dem Krieg recht anschaulich seine Reaktion auf einen Telefonanruf, bei dem ein Major keuchend und atemlos den Gasangriff meldete: „Ich gestehe, dass ich beim Hören dieser Worte und einer solchen Stimme mich einen Augenblick fragte, ob der Major nicht den Kopf verloren oder eine Geistesstörung erlitten habe, [...] Ich kam gar nicht darauf, an einen Gasangriff zu denken...“²⁸ Erst nach eigener Erkundung erkannte der Kommandeur die wahren Ausmaße des Angriffs. Die Front brach auf sechs Kilometern zusammen und die deutschen Truppen konnten bis zum Ypern-Kanal vorstoßen (Karte). Allerdings ließ sich der Sieg nicht strategisch nutzen, da die Armeeführung mit einem solch durchgreifenden Erfolg nicht rechnete und deshalb keine Reserven bereitstellte, mit denen noch wesentlich größere Geländegewinne, zumindest die Einnahme der Stadt Ypern, möglich gewesen wären.²⁹

Widersprüchlich ist die Anzahl der Verwundeten und Getöteten, vor allem, wenn es um die Frage nach den gesundheitlichen Auswirkungen des Gaseinsatzes geht. In amerikanischen und französischen Quellen werden zunächst 15.000 Gasvergiftete und 5.000 Gastote angegeben.³⁰ Auch Hanslian übernimmt bis in die zweite Auflage seines Standardwerkes „Der chemische Krieg“ diese Zahlen, hält sie aber in der 1937 erschienenen 3. Auflage für „...erhebliche Übertreibungen. Sie beruhen

auf einer propagandistischen Zwecken dienenden absichtlichen Entstellung.“³¹ Der britische Gasdienst beziffert offiziell die Anzahl der Vergifteten auf 7.000 Personen und 350 Tote, während dessen Leiter, Charles Howard Foulkes, im Jahr 1936 mit 7.000 Vergifteten und 3.000 Toten rechnete.³²

Auch wenn dem ersten deutschen Blasangriff keine strategische Bedeutung zukam, markiert er doch den Beginn einer neuen Zeit, in der nunmehr der Masseneinsatz giftiger Gase auf beiden Seiten zum Kriegsalltag gehörte und immer weiter verfeinert wurde. Die Deutsche Oberste Heeresleitung sah den Gaseinsatz als legitimes Mittel an und stellte ein zweites Gasregiment auf, das vor allem an der Ostfront zum Einsatz kam; Haber wurde vom Vizefeldwebel zum Hauptmann befördert. Insgesamt führte Deutschland bis 1917 rund 50 Blasangriffe durch.

Der zweite Teil des Beitrages einschließlich eines Quellenachweises folgt in der nächsten Ausgabe.

²³ Eine Abbildung und Beschreibung findet sich in Hanslian, R.: Der chemische Krieg, S. 229.

²⁴ Siehe hierzu ausführlich die Aussagen von Mordacq, damals Oberst und Kommandeur der vom Blasangriff besonders betroffenen 90. Brigade, in Hanslian, R.: Der deutsche Gasangriff bei Ypern am 22.4.1915, 1. Fortsetzung, in: Gasschutz und Luftschutz 4 (1934), 5, S. 123ff. und Hanslian, R.: Vom Gaskampf zum Atomkrieg, S. 26ff.

²⁵ Ebd., S. 123.

²⁶ Büscher, H.: a.a.O., S. 17.

²⁷ Karte entnommen aus Hanslian, R.: Der deutsche Gasangriff bei Ypern am 22.4.1915, in: Gasschutz und Luftschutz 4 (1934), 7, S. 187.

²⁸ Wie Anmerkung 24, S. 126.

²⁹ Andere Autoren maßen dem Blasangriff eine noch höhere Bedeutung bei; Müller hielt sogar den „Durchbruch bis Calais und die Trennung der französischen von der englischen Front...“ für möglich. In: Müller, U.: Die chemische Waffe, S. 10. Vgl. hierzu auch Hanslian, R.: Der deutsche Gasangriff bei Ypern am 22.4.1915, Schlussteil, in: Gasschutz und Luftschutz 4 (1934), 8, S. 207ff.

³⁰ Zum Beispiel in Lefebure, V.: The Riddle of the Rhine.

³¹ Hanslian, R.: Der chemische Krieg, S. 90f.

³² Zahlen aus Martinetz, D.: Der Gaskrieg 1914-1948, S. 24.

Herausforderung für ASB-Schnelleinsatzgruppen

Eine Verwechslung mit dramatischen Folgen: Am Vormittag des 1. November 2003 hatte die 17-jährige Aslihan Ö. wie gewohnt an der nahe gelegenen Tankstelle Diesel holen

zu löschen. Erst danach konnte mit der Suche nach Verschütteten begonnen werden. Hierbei waren zeitweise bis zu 160 Einsatzkräfte von Feuerwehr, THW, Polizei und Ret-

800 Grad messende Gluthitze überlebt haben könnte.

Die in zentraler Ortslage des Wiesbadener Vorortes Dotzheim gelegene Einsatzstelle lockte eine Vielzahl Neugieriger an, zumal das Schadensereignis an einem Samstagvormittag eintrat. Kaum jemand hielt es in den eigenen vier Wänden. Bald kursierten die wildesten Spekulationen über den Schadenshergang und die Anzahl der Vermissten.

Die wichtige und viel befahrene Verbindungsstraße von Dotzheim (hier befindet sich unter anderem das Wiesbadener Klinikum) nach Biebrich bzw. zum Autobahnanschluss nach Mainz musste völlig gesperrt werden und konnte nur noch von den Einsatzfahrzeugen der Rettungsmannschaften genutzt werden. Dies führte zu erheblichen Verkehrsbehinderungen, die sich teilweise bis in die Innenstadt auswirkten.

Zur Koordination der Maßnahmen des Rettungsdienstes, der mit zwei Notarzteinsetzfahrzeugen (NEF) sowie mehreren Rettungswagen (RTW) vor Ort war, wurden der Leitende Notarzt (LNA) sowie der Organisatorische Leiter Rettungsdienst (OLRD) alarmiert.

Seitens der Berufsfeuerwehr wurde zur zentralen Lenkung aller unmittelbar an der Schadensbekämpfung eingesetzten Kräfte ein Einsatzleitwagen (ELW 3) eingesetzt. Wie u.a. im Hessischen Rettungsdienstgesetz (HRDG) vorgesehen, übernahm die Berufsfeuerwehr die Gesamteinsatzleitung. Das Führungsteam des Rettungsdienstes, LNA und OLRD, wurde als Fachberater integriert.

Gegen 10:30 h löste die Leitfunkstelle Wiesbaden Alarm für die beiden Schnelleinsatzgruppen (SEG San und SEG Betreuung) des ASB aus.

Einweisung des NEF-Fahrers sowie des Organisatorischen Leiters Rettungsdienst (OLRD) durch Mitarbeiter der Feuerwehr.



wollen, stattdessen aber Superbenzin in den Kanister gefüllt. Beim Versuch, den Ölofen aus dem Kanister zu betanken, kam es zu einer heftigen Explosion und nachfolgend zu einem ausgedehnten Brand des gesamten dreigeschossigen Wohngebäudes. Die Hausfassade des Backsteingebäudes wurde auf einer Fläche von ca. 60 qm regelrecht herausgesprengt.

Die Brandentwicklung war derart intensiv, dass die Kräfte der Berufsfeuerwehr Wiesbaden sowie mehrerer Freiwilliger Feuerwehren mehr als drei Stunden damit beschäftigt waren, die Flammen weitgehend

tungsdiensten, aber auch die Seelsorger in Notfällen (SIN), die Rettungshundestaffel sowie die Schnelleinsatzgruppen des ASB Wiesbaden im Einsatz.

Die Suche nach Vermissten war äußerst personal- und zeitaufwendig, da zur Vermeidung von Erschütterungen Stein für Stein mit der Hand abgetragen werden musste. Dies alles bei bestehender Einsturzgefahr. Die noch erhaltene, nunmehr frei stehende Dachhälfte wurde mit Hilfe eines Kranes der Berufsfeuerwehr von unten abgestützt. Schon früh äußerten Experten die Befürchtung, dass niemand die bis zu

Arbeiter-Samariter-Bund

Aufgrund günstigster Rahmenbedingungen konnte der Einsatzauftrag innerhalb kürzester Zeit übernommen werden. An diesem Tag fanden in den Räumen des Ortsverbandes die Abschlussprüfung für einen Sanitätsdienstlehrgang und gleichzeitig in der im glei-

cheit der Angehörigen von dem Team der „Seelsorger in Notfällen“ (SIN) in einem Linienbus der Stadtwerke Wiesbaden erfolgte.

Bereits eine Stunde nach Alarmierung konnten die ersten warmen Essen ausgegeben werden. Und dies war keines-

Frau und ihr kleiner Sohn fast ohne Brandwunden aus einem etwa vier qm großen fensterlosen Badezimmer geborgen wurden, kam es zu emotionalen Ausbrüchen unter den wartenden und verzweifelt auf weitere Überlebende hoffenden Angehörigen. Den



Wegen der herausgesprengten Hauswand musste das Dach mit Hilfe eines Kranwagens abgestützt werden, während von einer Drehleiter aus der Brand bekämpft wurde. (Fotos: Rüdiger Hentschel)

chen Gebäude gelegenen Landesschule Lehrgänge zur Frühdefibrillation sowie zum Führen von Einheiten (Gruppenführer Sanität und Betreuung) statt.

Die nach Hessischem Katastrophenschutzkonzept mit je einen ELW (Organisation), RTW (Land), KTW 4-TW (Bund) und Gerätewagen San (ATrKW, Bund) ausgestattete SEG San wurde unmittelbar zum Einsatzort entsandt und übernahm dort die medizinische Erstversorgung sowie die rettungsdienstliche Absicherung der Einsatzkräfte.

Die zeitgleich alarmierte SEG Betreuung – gemäß Konzept ausgestattet mit ELW (Organisation), Betreuungskombi (Bund) und Gerätewagen Technik (Land) – übernahm die Verpflegung der Einsatzkräfte, während die Be-

wegs der übliche Eintopf. Zur Ausgabe der Verpflegung hatte die Berufsfeuerwehr den Abrollbehälter Sozial (AB Sozial) an zentraler Stelle abgesetzt. Hier wurden bis Mitternacht ca. 450 Portionen Warmverpflegung, 500 Portionen Kaltverpflegung sowie pausenlos kalte und heiße Getränke zubereitet und ausgegeben. In unmittelbarer Nachbarschaft wurden durch die SEG-Betreuung die für die Verpflegung sowie die notwendigen Verschnaufpausen der Einsatzkräfte erforderlichen beheizten Zelte aufgebaut, möbliert und betrieben.

Während der Einsatz für die Betreuungskräfte gegen Mitternacht abflachte, verblieb die SEG San weiterhin zur Absicherung der Bergungsarbeiten vor Ort. Als gegen 3:00 h früh eine 26-jährige

Einsatzkräfte wurden Vorwürfe gemacht, nicht alles Menschenmögliche für eine rechtzeitige Rettung unternommen zu haben. Hier waren sowohl der Rettungsdienst als auch die SIN erneut gefordert, beruhigend auf die Betroffenen einzugehen.

Nachzutragen bliebe noch, dass seitens der Brandermittler der Kriminalpolizei aufgrund der Spurenlage mittlerweile nicht mehr von einer dramatischen Verwechslung, sondern eher von einem Selbstmord der 17-jährigen ausgegangen werden muss. Für sie sowie für eine weitere junge Frau und ihr Baby gab es keine Rettung mehr.

*Edwin Marneth,
Fachdienstleiter KatS
beim ASB Wiesbaden*



Hovercraft, Rettungsschlitten und Rettungssteg für den Einsatz auf zugefrorenen Seen

Der Winter ist für die Lebensretter keine Zeit der Erholung. Auch in der kalten Jahreszeit wachen die Rettungs-

ist die Sicherheit der Helfer. Moderne Geräte helfen den Eisrettern der DLRG, möglichst schnell an die Unfallstel-

lungsgeräte zum Einsatz. Die DLRG Ortsgruppe Bad Zwischenahn hat für den Winterrettungsdienst auf dem 526 Hektar großen Zwischenahner Meer ein Hovercraft der Marke Scat angeschafft, das mit seinem 65 PS starken 2-Takt-Einspritzmotor und einer Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h in der Lage ist, weit entfernte Einsatzstellen schnell zu erreichen. Der Hightechschlitten kann bis an die Unfallstelle heranfahren. Das Opfer wird über die niedrige Bordkante ins Boot gehoben. Das 280 kg schwere Boot verfügt hinter dem Steuerstand über eine Vorrichtung für den Liegendtransport quer zur Fahrtrichtung.

Hintergrund für die Anschaffung des Luftkissenbootes war eine dramatische Rettungsaktion im Dezember 2002, als ein 31-jähriger Ammerländer, der mit seiner achtjährigen Tochter auf dem teilweise zugefrorenen See Schlittschuh lief, ins Eis eingebrochen war. Erst nach mehr als 30 Minuten war es Helfern der



Klassiker: die Rettungskette.

(Foto: Susanne Mey)

schwimmer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) an zugefrorenen Seen über die Sicherheit der Wintersportler, die sich aufs Eis wagen. Pro Jahr leisten die aktiven Mitglieder 150.000 Wachstunden auf ehrenamtlicher Basis und kennen die Tücken der eisigen Idylle. Obwohl der Winter 2003 eher durchschnittlich war, sind allein in den ersten drei Monaten in Deutschland 14 Menschen bei Eisunfällen ums Leben gekommen, ausnahmslos in unbewachten Binnengewässern.

Eisunfälle erfordern von den Helfern in doppelter Hinsicht schnelles Handeln: Neben der Gefahr zu Ertrinken bedroht rasche Unterkühlung und eine lebensbedrohliche Absenkung der Körperkern-temperatur den Eingebrochenen. Oberstes Gebot bei allen Rettungseinsätzen auf dem Eis

le zu gelangen und das eigene Risiko zu minimieren.

Hightech mit 65 Pferdestärken

Neben der klassische Rettungskette und dem Rettungsschlitten kommen neue Ret-



Hightech: Hovercraft-Rettungsschlitten.

(Foto: Andreas Düvel)

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

DLRG, Bürgern und Polizisten gelangen, den Eingebrochenen zu retten. Seine Körpertemperatur betrug nur noch 26 Grad Celsius. Die

pneumatischer Rettungsweg. Er besteht aus reißfestem Material und ist durch die kurze Füllzeit von 250 Sekunden schnell einsatzbereit. Den Eis-

bewusstlose Personen können leicht auf den sicheren Steg gezogen werden. Der Eisrettungssteg verfügt über eine rundumlaufende Halteleine und ein gut sichtbares Leuchtband.

Der mobile Steg eignet sich besonders für den Einsatz auf kleineren zugefrorenen Seen und Binnengewässern, ist leicht zu transportieren und somit nicht an einen Standort gebunden. Seine Konstruktion prädestiniert ihn besonders für Einsätze an den Übergangszonen vom Eis ins Wasser, wie etwa an Abbruchkanten. Steglänge und Tragfähigkeit ermöglichen eine Rettung der eingebrochenen Person vom Steg aus und reduzieren die Gefahr des Einbrechens der Retter erheblich.

Der Rettungssteg ist darüber hinaus auch im Wasser, in Sümpfen und anderen instabilen Untergründen einsetzbar.

Seine Bewährungsprobe hat das Gerät der DLRG Stade



Bewährtes Mittel: der Rettungsschlitten.

(Foto: Susanne Mey)

Retter der DLRG waren mit zwei manuell zu schiebenden Eisrettungsschlitten und Überlebensanzügen zu der 800 Meter entfernten Unglücksstelle gelaufen. Alle Retter befanden sich in Lebensgefahr.

Auch ein zu Hilfe gerufener Hubschrauber der Polizei musste seinen Einsatz abbrechen, weil er für diese Art des Einsatzes nicht ausgerüstet war.

Nach dem gefährvollen Einsatz waren sich alle beteiligten Organisationen und die Vertreter der Stadt einig: ein modernes, schnelles Eisrettungsgerät musste her, das große Entfernungen in kurzer Zeit überbrücken kann. Mit einer groß angelegten Spendenaktion und der Spendenbereitschaft der Ammerländer Bevölkerung gelang es innerhalb von elf Monaten, den Hovercraftschlitten zu finanzieren. Am 4. Januar wurde der Eisretter in Dienst gestellt.

Mobil und vielseitig verwendbar

Die DLRG Stade setzt seit mehreren Monaten einen Rettungssteg der Firma Vetter für Rettungsaktionen auf dem Eis ein. Der Steg ist ein tragbarer

rettungssteg gibt es in zwei Ausführungen: Die 15 Meter lange und 1,30 m breite Version wiegt 50 kg, fasst ein Luftvolumen von 3150 Litern und



Allrounder: der Rettungssteg ist auch im Wasser, in Sümpfen und anderen instabilen Untergründen einsetzbar.

(Foto: DLRG Stade)

hat eine Tragfähigkeit von etwa 2000 kg. Die zweite Variante ist sechs Meter lang, wiegt 30 kg und kann Personen und Material bis zu 800 kg aufnehmen. Die lediglich 10 cm hohe abgerundete Seitenwand erleichtert die Rettungsaktionen, verletzte oder

mit Bravour absolviert. Über den Steg konnten die Stader Retter ein Kalb, das im Schllick zu versinken drohte, in Sicherheit bringen.



Kinkel und Meiser unterstützen die Feuerwehren

Deutschlands Feuerwehren haben jetzt hochkarätige Fürsprecher aus dem öffentlichen Leben: Bundesminister a.D. Klaus Kinkel und TV-Moderator Hans Meiser unterstützen

Kommunen Deutschlands größter Dienstleister im Zivil- und Katastrophenschutz. Jeder zweite klassische Feuerwehreinsatz (ohne Rettungsdienst) wird von einer der 24.100 Freiwilligen Feuerwehren bewältigt. „Aber allein von 1998 bis 2001 haben diese Feuerwehren nach den uns vorliegenden Zahlen rund 40.000 Feuerwehrfrauen und -

Kombination zwischen Beruf und Ehrenamt liegt auch TV-Moderator Hans Meiser am Herzen. Er möchte, dass Unternehmen das ehrenamtliche Engagement in den Feuerwehren anerkennen: „Ich finde es unglaublich, wenn Arbeitgeber ehrenamtlichen Feuerwehrleuten mit Kündigung oder Karriereknick drohen!“

Genau zu diesem Thema will auch der Beirat noch einmal aktiv werden, außerdem politische Kontakte bis auf EU-Ebene kraftvoll unterstützen. In einem waren sich die Beiräte einig: Die Feuerwehren müssen mehr Kraft in die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit stecken. „Die deutschen Feuerwehren sollten frecher werden im positiven Sinne und mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen“, hieß es. so



Vorsitzende und Präsidenten der Landesfeuerwehrverbände und Bundesgruppen mit den Mitgliedern des DFV-Beirates bei der Konstituierung in Berlin. (Foto: Sönke Jacobs)

die Anliegen als prominente Mitglieder im Beirat des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV). Das 26-köpfige Gremium wurde in der Hessischen Landesvertretung in Berlin konstituiert – und Dr. Kinkel hat den Vorsitz übernommen.

Feuerwehrpräsident Hans-Peter Kröger ist dankbar, dass er die beiden einflussreichen Männer und weitere Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik für die Mitarbeit in dem Gremium gewinnen konnte: „Sie stehen mit ihrem guten Namen für eine gute Sache ein“, betont der DFV-Präsident. Dem Beirat kommt nach Überzeugung Krögers wesentliche Bedeutung zu, den DFV beim Erhalt des flächendeckenden Systems in der Gefahrenabwehr zu unterstützen. Mit mehr als einer Million ehrenamtlicher Helfer in den Feuerwehren sind die

männer verloren. Dazu kommt die angespannte Finanzlage der Kommunen. Deutschlands Feuerwehren schieben einen Investitionsstau in dreistelliger Millionenhöhe vor sich her“, skizziert Kröger die Probleme der Feuerwehren.

Der neue DFV-Präsident hat sich deshalb vorgenommen, die flächendeckende Gefahrenabwehr fit für die Zukunft zu machen. Ein wichtiger Baustein dabei ist die Unterstützung für ehrenamtliches Engagement durch Staat und Wirtschaft.

Dr. Kinkel, der Feuerwehr bereits aus seiner Zeit in Karlsruhe verbunden, sieht auch hier einen Kernpunkt: „Ich habe in meiner Heimatstadt erlebt, was Feuerwehr bedeutet und bürgerschaftliches Engagement. Was mir besonders imponiert hat, war die Verbindung zum Handwerk.“ Die

Mobile Pressestelle ist startklar

In der einsatzbegleitenden Pressearbeit kann der Deutsche Feuerwehrverband den Feuerwehren künftig mehr Service bieten: Die mobile Pressestelle, anlässlich des 150-jährigen Bestehens des Verbandes bei den Jubiläumsfeiern in Ulm von den Unternehmen DaimlerChrysler, Binz und Motorola gestiftet, ist startklar. Wer selbst einen Blick in das DFV-Infomobil werfen will, hat dazu vom 13. bis 15. Mai 2004 in Fulda Gelegenheit: Bei der Ausstellung RETTMobil 2004 wird das Fahrzeug der Öffentlichkeit präsentiert. Dazu bietet der DFV mit dem Kongressthema „Medienarbeit im Einsatz“ wertvolle Informationen für Pressesprecher und Führungskräfte an.

Die mobile Pressestelle ist mit umfangreicher technischer Ausstattung versehen, die keine Wünsche offen lässt.

„Wir bauen damit konsequent unsere Medienarbeit aus“, erklärt DFV-Vizepräsident Ralf Ackermann, verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit im Spitzenverband der Feuerwehren. „Wir verstehen uns als Serviceleister für die Feuerwehren vor Ort und die Mitgliedsverbände.“

Der Mercedes-Benz Sprinter (129 PS) verfügt über eine umfangreiche Ausstattung. Damit das Personal schnell

Faxgerät mit GSM-Anbindung bereit. Abgerundet wird die Ausstattung durch fünf Notebooks mit WLAN-Vernetzung.

Das Fahrzeug soll einerseits für die verbandsinterne Medienarbeit genutzt werden – beispielsweise, um die Bevölkerung zu informieren, bei Delegiertentagungen die Logistik zu stellen und bei der Nachwuchsgewinnung zu helfen. Ein zweites wichtiges

oder außergewöhnlichen Einsätzen wirkungsvoll die Arbeit der Feuerwehren vermarkten können.“ *fe/sö*

Jahrbuch 2003/04 jetzt erhältlich

Ein ereignisreiches Jahr klingt aus – für Deutschlands Feuerwehren ein besonderes Jahr, denn Ihr Spitzenverband feierte in Ulm sein Jubiläum: das 150-jährige Bestehen. Die Essenz aus Ulm wird im Feuerwehr-Jahrbuch 2003/04 dokumentiert: Aussagestarke Fotos, Auszüge aus Reden und die Erkenntnisse des DFV-Zukunftssymposiums „Feuerwehr im 21. Jahrhundert“.

Das neue Feuerwehr-Jahrbuch befasst sich aber auch mit einem einsatzreichen Sommer, mit der Neuordnung im Katastrophenschutz, der Entwicklung im Digitalfunk, den Aktionen, Initiativen und fachlichen Ergebnissen des Deutschen Feuerwehrverbandes. Die Deutsche Jugendfeuerwehr, die Landesfeuerwehrverbände und Bundesgruppen im DFV schildern ein breites Spektrum der Verbandsarbeit in den deutschen Feuerwehren.



Hand in Hand mit den Hilfsorganisationen: Das Infomobil des Deutschen Feuerwehrverbandes als mobile Pressestelle im Übungseinsatz. (Foto: Günter Fenchel)

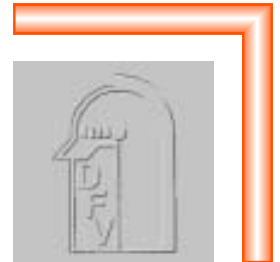
den Einsatzort findet, gibt es ein Auto-Pilot-System; Klimaanlage und Standheizung sorgen in jeder Umgebung für normale Arbeitsbedingungen. Auch die technische Ausstattung kann sich sehen lassen: Für die Kommunikation stehen vier Mobiltelefone Motorola T 720 und ein Mobiltelefon Motorola M 860 als Festeinbau zur Verfügung. Fünf DECT-Schnurlostelefone mit Nebenstellenanlage analog/ISDN sowie autark über GSM-Modul erlauben am Einsatzort die Anbindung an das Kabelnetz der Telekom. Für den Fall, dass alle konventionellen Verbindungen ausfallen, befindet sich auf dem Fahrzeug ein Iridium-Satellitentelefon von Motorola. Für die Übermittlung von Ausdrucken steht ein mobiles

Standbein soll die Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit für Deutschlands Feuerwehren werden: Bei Großeinsätzen oder Katastrophen wie beispielsweise dem Jahrhunderthochwasser 2002 soll es allen Feuerwehren – gleichgültig ob Freiwillige, Berufs- oder Werkfeuerwehr – zur Verfügung stehen.

DFV-Präsident Hans-Peter Kröger: „Ich möchte Vizepräsident Ackermann, seinen Mitarbeitern und dem Chef vom Dienst unseres Pressteams danken. Das bisher eingewiesene Personal hat bei zwei Großübungen unter Beweis gestellt, dass unser Konzept Sinn macht. Unserem ehrenamtlichen Pressteam steht jetzt adäquates Arbeitsgerät zur Verfügung, sodass wir bei großflächigen Schadenslagen



Bezug: Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, Koblenzer Straße 135, 53177 Bonn, Telefon: (0228) 953500; E-Mail: feuerwehrversand@t-online.de; [Onlineshop: www.feuerwehrversand.de](http://Onlineshop:www.feuerwehrversand.de); Preis: 13,80 Euro. *sö*





Mit sechs Jahren HIV-positiv

Housna ist sechs Jahre alt und lebt in der kenianischen Küstenstadt Mombasa zusammen mit ihren Großeltern – und mit HIV. Ihre Mutter und ihr Vater sind an den Folgen von AIDS gestorben. Housna ist eine von 1,3 Millionen Waisen in Kenia, die ihre Eltern durch AIDS verloren haben. Eine Generation ohne Eltern und mit dem Tod im Blut.

Die Straße im Stadtteil Makenge ist staubig und heiß, voll mit spielenden Kindern und

Karoka nimmt seine Enkelin Housna auf den Schoß.

„Sie sieht jetzt viel besser aus“, sagt er. „Als sie geboren wurde, war sie so klein und zerbrechlich, ich hätte nie gedacht, dass sie es schaffen würde.“

Housnas Mutter hat es nicht geschafft. Ein Jahr nach der Geburt Housnas ist sie an AIDS gestorben. Sie war 22. Ein Jahr später starb auch der Vater an den Folgen von AIDS.

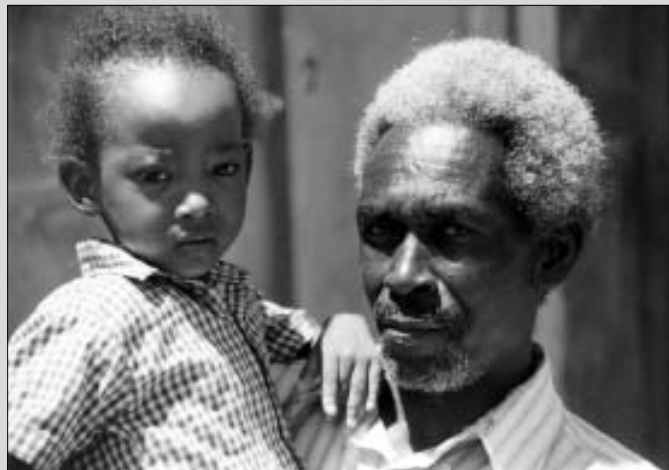
Nach dem Tod seiner Tochter ist Housna die Perle im Le-

ben 2008 die Hälfte aller afrikanischen Waisen ihre Eltern durch AIDS verloren haben werden. „Das Problem der Waisenkinder ist so groß, dass wir nicht wissen, wo wir anfangen sollen“, sagt Hassan Musa, HIV/AIDS-Koordinator vom Kenianischen Roten Kreuz in Mombasa.

Housna ist nicht nur Waise. Sie ist auch seit ihrer Geburt HIV-infiziert. Irgendwann wird ihr Körper dem Virus nicht mehr Stand halten, das Immunsystem wird den Kampf verlieren und AIDS wird ausbrechen. Ihr Körper ist dann nicht mehr in der Lage, selbst alltägliche Krankheiten zu bekämpfen. Dann steht die Tür zu Housnas Körper offen. Offen für Durchfallerkrankungen, Lungenentzündung und Hautkrebs.

AIDS ist heute unheilbar. Es gibt kein Medikament, das in der Lage ist, den HI-Virus aus dem Körper zu vertreiben. Patienten bekommen so genannte antiretrovirale Medikamente, die hemmend auf die Entwicklung der Krankheit einwirken. Seit das Kenianische Rote Kreuz vor etwa einem Jahr auf Housna aufmerksam wurde, bekommt sie regelmäßig kostenlos Medikamente und medizinische Behandlung.

Housna ist sechs Jahre alt. Nur wenige Kinder leben so lange mit dem Virus, ohne dabei AIDS zu entwickeln. Es ist auch eine Ernährungsfrage. Kinder, die gut essen, haben einen stärkeren Körper, der den Virus länger bekämpfen kann. Unterernährte HIV-Patienten erkranken schneller. Ohne Medikamente bekommen Kinder in der Regel innerhalb von sechs Jahren AIDS. Mit Medikamenten und guter Ernährung können sie erwachsen werden. Es gibt Beispiele von Menschen, die ihr ganzes Leben HIV-positiv leben, ohne dass die Krankheit AIDS je-



Housna Karoka ist 6 Jahre alt und HIV-positiv geboren. Beide Eltern sind an AIDS gestorben. Die Waise wird von ihrem Großvater Samo Karoki gepflegt. In Afrika leben 11 Millionen Kinder unter 15 Jahren, die ein oder beide Elternteile durch AIDS verloren haben. 1,3 Millionen davon leben in Kenia.

zum Trocknen aufgehängter bunter Wäsche. Kleine Gruppen von Männern sitzen gelangweilt in der Sonne herum. Housnas Opa Samo Karoki schiebt den Vorhang, der seiner Behausung als Tür dient, zur Seite; „Karibu“ – Willkommen.

Im Haus, eigentlich nur ein winziges Zimmer, ist es so dunkel, dass die Augen sich erst an das fehlende Sonnenlicht gewöhnen müssen. Im Zimmer wohnen und schlafen vier Personen – Samo Karoka, seine Frau Agnes, Housna und die spät geborene Tochter Uba, die 12 Jahre alt ist. Samo

ben von Samo Karoka. Er pflegt die Kleine sorgfältig und sieht zu, dass ihr nichts passiert. Es hat zwar Probleme gegeben. Einige Eltern wollten nicht zulassen, dass Housna zusammen mit ihren Kindern auf der Straße spielt. Aber „wie kann verhindert werden, dass Kinder spielen?“, fragt Samo Karoka.

Housnas Schicksal ist keine Ausnahme in Afrika. 11 Millionen afrikanische Kinder haben ein oder beide Elternteile durch AIDS verloren. Das AIDS Programm der Vereinten Nationen, „UNAIDS“, rechnet damit, dass im Jahr

Deutsches Rotes Kreuz

mals ausbricht. Gewiss, das sind seltene Beispiele, aber die Forschung macht Fortschritte und die antiretroviralen Medikamente werden von Jahr zu Jahr effektiver.

Housna und ihre Großeltern bekommen regelmäßig Besuch von Mariam Khamis, freiwillige Helferin vom Kenianischen Roten Kreuz. Mariam Khamis hat vor einem Jahr das kleine Mädchen kennen gelernt und in eine Klinik gebracht. Heute besucht sie die Familie zwar noch regelmäßig, aber Opa Samo bringt Housna einmal im Monat alleine in die Klinik zur Behandlung. Mariam Khamis kann sich anderen Patienten widmen. Sie muss im Stadtteil Majengo eigentlich nur an der Nachbars-tür klingeln. 13% der Menschen sind hier HIV-positiv, das heißt, einer von acht. Statistisch gesehen gibt es in jeder zweiten vierköpfigen Familie einen Infizierten.

Mariam Khamis und ihre freiwilligen Kollegen sprechen mit den Menschen über Risiken, verteilen Kondome und Infoblätter, die von deutschen Spendern finanziert sind. Sie besuchen auch HIV-Patienten zu Hause.

Die Freiwilligen führen einen Kampf gegen HIV/AIDS, den sie nur schwer gewinnen können. In Afrika sind 29 Millionen Menschen mit HIV infiziert, etwa 2,2 Millionen davon in Kenia. Jedes zweite afrikanische Krankenhausbett wird von einem AIDS-Patienten belegt. Um AIDS zu bekämpfen müssten Mariam Khamis und ihre Kollegen die gesamte Gesellschaft verändern. Der lange Weg geht über Aufklärung, Tests, Verhütung und verbesserte medizinische Versorgung. Wenn Mariam Khamis ihre Rotkreuzjacke anzieht und Housna in eine AIDS-Klinik bringt, macht sie einen kleinen Schritt auf diesem Weg.

Es sind hauptsächlich junge Menschen, die sterben. AIDS hat sich einer ganzen Generation bemächtigt. Wer die To-

desanzeigen im kenianischen „Weekly Nation“ liest, staunt über die vielen Anzeigen von Menschen um die 30, deren Familien trauern. Zwischen 1980 und heute ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Kenia von 60 auf 47 Jahre gesunken.

Obwohl AIDS überall präsent ist, wird wenig darüber gesprochen. Denn AIDS ist für die Betroffenen oft gleichbedeutend mit Einsamkeit und Isolierung. Man erkennt nicht, ob jemand HIV-positiv ist, aber wer AIDS hat, kann



es schlecht verheimlichen. Ein Pflegefall ist so ziemlich das Letzte, was die armen Familien in Majengo brauchen können. Frauen verlassen ihre Männer, wenn sie erfahren, dass sie HIV-positiv sind. Und Männer verlassen ihre Frauen.

Eine der Einsamen ist Elisabeth Nyamvula, 38. Sie liegt auf ihrem Bett im Viertel Majengo. Sie wohnt in einem kleinen Zimmer mit einem Sofa, Sessel, Schrank und Bett. Neben den Möbeln bleibt so wenig Platz, dass zwei Personen sich nicht gleichzeitig im

Zimmer bewegen können. Elisabeth Nyamvula ist groß und dünn. Sie entschuldigt sich zu Begrüßung:

„Ich war viel dicker früher. Ich war eine schöne Frau“, sagt Sie.

Elisabeth war heute schon in der Klinik, jetzt ist sie völlig erschöpft. Sie legt sich auf das Bett und erzählt ihre Geschichte. Es ist nur ein Jahr her, dass sie es erfahren hat. Elisabeth ist nicht verheiratet. Ihr Freund hat sie angesteckt. Heute ist er weg. Ob er eine andere Freundin hat? Elisa-

Das Kenianische Rote Kreuz bietet soziale Unterstützung und Pflege für Kinder wie Housna. Die meisten der Rotkreuz-Mitarbeiter sind, wie Mariam Khamis, Freiwillige.

(Fotos: Fredrik Barkenhammar)

beth zuckt mit den Schultern. „Wahrscheinlich. Ich weiß nicht, was er macht.“

Elisabeth ist heute Freiwillige beim Kenianischen Roten Kreuz in Mombasa. Als Frau mit AIDS informiert sie in der Gemeinde über die Risiken von HIV und AIDS. „Viele haben Kondome, oder wissen, wo man sie bekommen kann. Aber ob sie benutzt werden, weiß ich nicht.“ sagt sie.

Fredrik Barkenhammar





Auslaufmodell Zivildienst – Johanniter bauen Alternativen auf

Die Nachricht, dass die Tage der Wehrpflicht und damit des Zivildienstes gezählt sein könnten, ist nicht neu. Ohnehin wird schon seit Jahren die Dauer des Zivildienstes und die Zahl der Zivildienstleistenden gekürzt.

Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) macht sich seit langem schrittweise unabhängig. So hat sie seit 1995 die Zahl ihrer Zivildienstleistenden in etwa

„Essen auf Rädern“ teurer werden.

Alternativen für den Zivildienst sind für JUH-Bundesvorstand Thomas Doerr das Freiwillige Soziale Jahr, das Ehrenamt und hauptamtliche Mitarbeiter. Über diese und andere Wege, so Doerr, ließen sich bis zur gänzlichen Abschaffung des Zivildienstes Alternativen aufbauen. „Die Konzepte, die wir im Rettungsdienst bereits erfolgreich umgesetzt haben, werden nun auf unsere sozialen Dienstleistungen übertragen.“

Ein Wegfall des Wehrdienstes wirkt sich zweifelsohne auch auf den Katastrophenschutz in Deutschland aus.

phenschutz gekommen sind. Der JUH-Präsident kritisiert, dass bei den Vorbereitungen zum möglichen Wegfall des Wehrdienstes der Katastrophenschutz zu kurz gekommen sei. Die Vorschläge der von Familienministerin Renate Schmidt (SPD) eingesetzten Kommission zum Ersatz des Zivildienstes seien auf den Katastrophenschutz nicht anwendbar.

*Martin Wittschorek /
Regina Villavicencio*

Schnelle Hilfe für die Erdbebenopfer in Iran

Ein schweres Erdbeben der Stärke 6,3 auf der Richter-Skala erschütterte am 26. Dezember des vergangenen Jahres den Südosten des Iran. Mehr als 30.000 Menschen kamen ums Leben, mindestens 17.000 wurden verletzt. Mehrere Tausend Kinder wurden zu Waisen. Die Stadt Bam wurde fast völlig zerstört.

Die Johanniter bildeten umgehend einen Krisenstab. Bereits am 27. Dezember flogen sie drei Emergency-Health-Kits mit Basismedikamenten und medizinischen Verbrauchsmaterialien von Hahn/Frankfurt aus in die Erdbebenregion um Bam. Damit können 90.000 Menschen einen Monat lang medizinisch versorgt werden. Das Auswärtige Amt hatte die Hilfsgüter ko-finanziert.

Schon am 28. Dezember traf ein vierköpfiges Johanniter-Team mit einem Arzt im Iran ein. Es sollte in Bam weitere Hilfsmaßnahmen koordinieren und die Basismedikamente den zuständigen Stellen übergeben. Der bayrische Teamleiter Uwe Kinstle: „Wir trainieren schon seit Jahren regelmäßig schnelle erste Hilfe im Katastrophenfall. Ich selbst war im Kosovo im Einsatz.“



Training für den Ernstfall. Die Johanniter beschäftigen gegenwärtig etwa 1700 Zivildienstleistende (Foto: Falko Siewert)

halbiert. Trotzdem konnte sie zum Beispiel im Rettungsdienst die Zahl ihrer Einsätze im selben Zeitraum um ein Drittel erhöhen. Dieser Trend zeigt, dass die Hilfsorganisationen durchaus in der Lage sind, mit weniger Zivildienstleistenden ihre Aufgaben zu erfüllen.

Gegenwärtig beschäftigen die Johanniter rund 1700 Zivildienstleistende, viele davon im Behindertenfahrdienst, im Menüservice und im Hausnotruf. Ohne sie, erklärt JUH-Präsident Hans-Peter von Kirchbach, würden zweifelsohne Leistungen wie der Behindertenfahrdienst und das

JUH-Präsident von Kirchbach: „Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Qualität des Katastrophenschutzes schlechter wird.“ Im Gegensatz zum Zivildienst, für den es zumindest brauchbare Konzepte für die Zeit nach der Wehrpflicht gebe, sei die Situation beim Katastrophenschutz schwieriger. Zwei Drittel des Personals der Johanniter, so von Kirchbach, setze sich aus gegenwärtigen beziehungsweise ehemaligen vom Wehrdienst freigestellten Helfern zusammen. Nur ein Drittel seien Ehrenamtliche, die zum Beispiel über die Johanniter-Jugend zum Katastro-

Johanniter-Unfall-Hilfe

Vor Ort fanden die Johanniter verheerende Zustände vor: „Nur noch ein Fünftel der Wasserleitungen sind funktionsfähig und die medizinische Versorgungsstruktur ist zusammengebrochen. Über der zerstörten Stadt Bam liegt Leichengeruch und in der Nacht gab es ein heftiges Nachbeben“, schildert Kinstle die Lage.

Die iranischen Behörden zeigten sich erfreut über die schnelle Unterstützung der Johanniter, erklärten aber bald, dass die einheimischen Helfer unterdessen selbst in der Lage seien, medizinische Nothilfe zu leisten. Das Erkundungsteam kehrte deshalb am 1. Januar zurück. Die Johanniter prüfen gegenwärtig über die Soforthilfe hinausgehende Unterstützung.

Regina Villavicencio

Frauen bringen Zug in den Zug

Es steht sieben zu vierzig beim Katastrophenschutzzug der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) in Dessau. Doch auch wenn die Männer so deutlich in der Überzahl sind: „Die Frauen haben Zug in den Zug gebracht“, sagt Kreisvorstand Konrad Ledwa.

Das sieht auch Britta Fleischer, 40, so. Seit 1996 ist sie mit ihren beiden Töchtern Nicole, 20, und Andrea, 16, im Katastrophenschutz aktiv. Wobei, und das räumen der Vorstand und Britta Fleischer unabhängig voneinander ein, nicht gemeint ist, dass die Frauen nur Kaffee kochen, Aschenbecher leeren und für die Gemütlichkeit sorgen. „Die Männer“, so Fleischer, „machen das genauso.“ Auch die anderen Aufgaben scheinen nicht geschlechtsspezifisch verteilt zu werden. „Jeder bringt sich auf seine Art mit ein.“ Sie ist beispielsweise ger-

ne mit ihren Kenntnissen als Krankenschwester bei Absicherungen dabei. Nadine Noth, 24, die zur Zeit ihre Ausbildung zum Rettungssanitäter macht, sichert ab und kocht. Zu den Katastrophenschützern ist sie im August 2002 zufällig während des Hochwassers gekommen - und geblieben.

Etwas länger Zeit gelassen, um sich bei der JUH zu enga-

von Infomaterial während der Elbetour des Mitteldeutschen Rundfunks im vergangenen Sommer, habe eigentlich alles seinen Reiz und das gemeinsame Erleben schweiß die ganze Gruppe zusammen. „Bei so einem ehrenamtlichen Einsatz gehen im Sommer schon ganze Wochenenden drauf“, erinnert sich Nadine Noth. Genauer gesagt: „Eigentlich jedes“. Während bei Fleischers



Starke Frauen im Katastrophenschutz (von links): Britta Fleischer, Nadine Noth, Annett Knothe, Pia Hemmerle.
(Foto: Katja Deckert)

gieren, hat sich Funkfrau Pia Hemmerle, 28. Über einen Bekannten ist sie auf die Johanniter aufmerksam geworden, öfter mal mitgegangen und seit März ist ihr der Platz im Einsatzleitwagen sicher. Annett Knothe, 28, hat zu Anfang nur ihren Lebensgefährten Steffen Bankowski begleitet und soweit es der gemeinsame Sohn zulässt, ist sie heute auch bei Einsätzen dabei. Um den Katastrophenschutz-Nachwuchs kümmert sich auch Britta Fleischer; sie baut zur Zeit die Jugendgruppe auf. Aber auch das sieht sie nicht als „Frauenaufgabe“. Dass ihnen etwas besonders missfällt, kann keine der Frauen sagen. Von Absicherungen, über Kocheinsätze bei Bränden, bis hin zum Verteilen

die JUH im Mittelpunkt der Familie steht, tragen die anderen ihre Einsätze in den Terminplaner ein. „Wenn Einsatz ist, dann ist Einsatz“, resümiert Noth. Das sei familienintern ebenso wenig eine Frage wie die, ob sie sich als Frauen im Katastrophenschutz gleichbehandelt fühlen. „Wenn uns etwas an den Männern nicht passt, sagen wir ihnen das ins Gesicht.“ Es ist eher andersherum: Ihr Engagement im Katastrophenschutz wirkt sich im Alltag aus. Pia Hemmerle: „Ich bin selbstbewusster geworden und kann mich besser durchsetzen.“
Katja Deckert



Malteser Hilfsdienst

Teewasser für 60.000 Taizéaner

Ein Heer von ehrenamtlichen Helfern sorgt für den reibungslosen Ablauf des 26. Jugendtreffens der Bruderschaft von Taizé in Hamburg.

Einer der Aktiven ist der Bergedorfer Dieter Hirt. Der 57-jährige Gewerbeaufsichts-

große Lebensmittel tanks, in denen sonst flüssige Schokolade transportiert wird, auf dem Gelände der Messehallen zwischen Halle 9 und 10 auf.

Die Tanks wurden mit jeweils 1000 Liter Wasser gefüllt, das durch eine elektrische Heizvorrichtung auf 90 °C erhitzt wird.

Dieter Hirt ist seit Heiligabend tagsüber vor Ort, um

darüber machen, welcher Arbeitsaufwand hinter der Zubereitung steht“, schmunzelt Dieter Hirt und sieht zufrieden einer Gruppe junger Christen zu, die an ihren Teebechern nippen.

Zivildienstdiskussion: Malteser für Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten

Angesichts der aktuellen Diskussion über einen möglichen Ausstieg aus dem Zivildienst hat der Geschäftsführungsvorsitzende der Malteser Hilfsdienst gGmbH, Karl zu Löwenstein, auf die Folgen für die Hilfsorganisationen hingewiesen. „Natürlich kann man die Wehrpflicht nicht aufrecht erhalten, um den Zivildienst zu retten“, so Löwenstein heute in Köln, „man darf jedoch die Auswirkungen auf die Dienstleistungen, die bisher die Zivildienstleistenden erbracht haben, nicht aus den Augen verlieren.“

Die heute knapp 100.000 Zivildienstleistenden (ZDL) in Deutschland verursachen Kosten von etwa 1,4 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Ein Ersatz dieser Leistungen durch tariflich bezahlte Kräfte läge in der Größenordnung von etwa drei Milliarden Euro jährlich, würde also mindestens das Doppelte kosten. Betroffen sind insbesondere viele Betreuungsleistungen, ohne die Hilfebedürftige, die heute noch zu Hause leben, in wesentlich teureren stationären Einrichtungen leben müssten. Auch eine Kompensation durch kostengünstige Geringfügig Beschäftigte (GfB) ist nicht möglich. Denn das Teilzeitgesetz von 2002 schreibt auch für GfB eine tarifliche Vergütung vor. Löwenstein weist zudem auf die Situation

Zusammen mit zwei Helfern des Malteser Hilfsdienstes füllt Dieter Hirt (re.) Teewasser aus den Tanks.



amte ist Mitglied des Malteser Hilfsdienstes, der zusammen mit der Johanniter Unfall-Hilfe e.V. den Sanitätsdienst auf der Veranstaltung übernommen hat.

Hirt ist für die Aufbereitung von 25.000 Litern Teewasser für die Pilger zuständig.

Eine logistische Meisterleistung und für die Hamburger Messe ein einmaliges Projekt.

Bereits im Oktober führte er erste Gespräche mit verschiedenen Firmen, wie der Holsten-Brauerei und dem Hamburger Schlachthof, um Sponsoren und vor allem die geeignete „Hardware“ zu organisieren.

Mit Erfolg: Am 23. Dezember stellte eine Spedition 25

den Vorgang zu überwachen. „Technisch läuft alles problemlos“, sagt er. Dennoch habe er stressige Weihnachtstage in den Messehallen verbracht: „Über den Tanks fielen Brandschutzplatten von der Hallendecke“, so der Katastrophenbeauftragte der Malteser. „Zum Glück konnte ich die Messe-Techniker davon überzeugen, dass das Aufstellen der Tanks nichts mit dem Vorfall zu tun hat.“

Nach den Feiertagen wurde die Anlage offiziell von Mitarbeitern der Bauprüf-Abteilung des Bezirksamtes Mitte abgenommen.

„Wenn die Jugendlichen ihren ersten Tee trinken, wird sich wohl keiner Gedanken

Malteser Hilfsdienst

im Katastrophenschutz hin: Jeder zweite Helfer dort ist Ersatzdienstleistender. Deren Wegfall würde den Katastrophenschutz existenziell treffen und wäre mit ehrenamtlichen Kräften nicht aufzufangen. Dass das nicht wünschenswert sein kann, habe 2002 die Jahrhundertflut in Deutschland gezeigt.

„Wir müssen uns klar darüber sein, dass ein Wegfall des Zivildienstes die Kosten erhöht und die Dienstleistungen für hilfebedürftige Menschen beeinträchtigt“, warnt Löwenstein, sieht aber eine Chance im Ausbau ehrenamtlicher, nebenberuflicher Tätigkeiten: „Wenn die Grenze für steuerfreie Aufwandsentschädigungen von jetzt nur 1.800 auf 5.000 Euro im Jahr heraufgesetzt wird und alle jetzt von Zivildienstleistenden ausgeübten Tätigkeiten einbezogen werden, ließe sich vieles auffangen. Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist vorhanden!“

Erdbeben im Iran

Bereits wenige Stunden nach dem verheerenden Erdbeben am 26. Dezember 2003 schickten die Malteser ein Rettungsteam mit einem Arzt, zwei Rettungsassistenten, drei Suchhunden mit Hundeführern und zwei Technikern in die südiranische Stadt Bam. Zwei so genannte Emergency Health Kits mit 1,8 Tonnen Medikamenten und Verbandsmaterial sowie eine zusätzliche Lieferung mit Antibiotika und Schmerzmitteln wurden vor Ort der iranischen Hilfsorganisation Roter Halbmond zur Verteilung an die bedürftigen Menschen und die Krankenhäuser übergeben.

Nach Abschluss der akuten Nothilfe bereiten die Malteser weitere Hilfen für die zerstörte Region vor. Die Wiederaufbauhilfe-Experten Sid Johann Peruvemba, stellvertretender Leiter des Auslandsdienstes

und Leiter Nothilfe, und Wolfgang Herdt, Regionalkoordinator Balkan, werden in den Iran reisen, um mit den lokalen Behörden sowie deutschen und internationalen Partnern Möglichkeiten für einen Beitrag zur Wiederherstellung von Gesundheitseinrichtungen und Unterkünften in Bam und in den umliegenden

eine schnellstmögliche Rückkehr in eine stressfreie Umgebung. Die deutlich von den Ereignissen gezeichneten meist jugendlichen Passagiere kamen gegen 23 Uhr in Köln an und konnten nach ärztlicher Untersuchung und Verpflegung in einem Hotel untergebracht werden. Fünf der Überlebenden wurden zunächst



Suchhunde sind oftmals die letzte Hoffnung, noch Überlebende zu finden.

Dörfern zu erkunden. Die Malteser arbeiten in der Erdbebenregion eng mit dem Technischen Hilfswerk zusammen.

Busunglück in Belgien

Die Malteser nahmen in der Nacht von Samstag auf Sonntag dreiundzwanzig der am frühen Samstagmorgen in Belgien verunglückten Buspassagiere in der Malteser Bundeszentrale in Köln auf. Nach der Anforderung des Auswärtigen Amtes war ein vierköpfiges CISM (Critical Incident Stressmanagement) Team der Malteser, geführt durch den Bundeskoordinator für Psychosoziale Unterstützung, Sören Petry, am Samstagvormittag nach Belgien gefahren, um die Überlebenden fachkundig zu betreuen.

Der vom Malteser Hilfsdienst organisierte Transport der Betroffenen ermöglichte

zur weiteren Abklärung ins Krankenhaus eingewiesen; bereits am frühen Sonntagmorgen konnten jedoch alle die Rückreise in die Heimat antreten. Um auch die Heimkehr möglichst unbelastet zu gestalten, werden die überlebenden Passagiere von Notfallseelsorgern aus Köln bis nach Hause begleitet.

„Wir haben innerhalb kürzester Zeit medizinische Untersuchungen, Verpflegung und Logistik für die Betroffenen zur Verfügung gestellt. Sogar warme Jacken für die Betroffenen wurden noch in der Nacht gekauft“, so Benedikt Liefländer, Einsatzleiter in der Malteser Bundeszentrale. Fünfundzwanzig Malteser Helferinnen und Helfer waren bis in die frühen Morgenstunden aktiv. Liefländer zeigte sich überzeugt, dass dieser Einsatz den Helfern in besonderer Weise den Sinn ihres ehrenamtlichen Engagements verdeutlicht habe.





Forschungsaktivitäten zur Geschichte des Zivil- und Katastrophenschutzes

Die Interessengemeinschaft (IG) für historischen Luft- und Katastrophenschutz bietet seit ihrer Gründung vor 5 Jahren inzwischen zahlreichen Interessierten ein Forum zur Vernetzung und pluralen Aufarbeitung noch bestehender Archivalien. Historiker, Journalisten, Sammlungen und weitere Förderer arbeiten intermediär zusammen, um die Geschichte des Schutzes der Zivilbevölkerung in Notlagen, Katastrophen und Kriegen gemeinsam zu erforschen.

Das allen Mitgliedern zugängliche Archiv umfasst mittlerweile weit über 5000 Dokumente. Darüber hinaus betreuen einzelne Mitglieder spezielle Unterarchive.

So hat sich zum Beispiel Dr. Holger Beiersdorf, Freising, intensiv mit dem Luftschutz und der Zivilverteidigung in der ehemaligen DDR befasst. Mit diesem speziellen Fachwissen unterstützt er u.a. das aktuelle Buchprojekt des Lüneburger IG-Leiters Godeke Klinge, der zurzeit an einem umfassenden Werk über die Entwicklung des Bevölkerungsschutzes in Deutschland von der Kaiserzeit bis zum Ende des Kalten Krieges arbeitet. Wertvolle Hilfe bieten ihm hierbei die im IG-Archiv lückenlos vorhandenen wissenschaftlich-technischen Fachschriften. Anhand einiger Zeitskizzen in den von der IG herausgegebenen „IG-Nachrichten“ konnten die Mitglieder in der Vergangenheit bereits einen kleinen Eindruck von dem entstehenden Werk gewinnen.

Die THW-Bundesschule in Hoya hat Olaf Braasch jetzt den Auftrag erteilt, die wechselvolle Geschichte dieser Aus-

bildungsstätte im Rahmen einer Dauerausstellung sowie ebenfalls in Buchform zu dokumentieren. Eine Darstellung der Anfangsjahre ist dabei ohne Befragung von Zeitzeugen nur schwer leistbar. Archivalien sind zum Teil nicht mehr vorhanden oder unterlagen in Teilbereichen (z.B. Schwimmbrückenbau) auch der Geheimhaltung.

Alexander Lipski, über dessen Quickborner Warndienst-Museum bereits ausführlich in **Bevölkerungsschutz 2/2000**, S. 29ff berichtet wurde, ist bestrebt, die Geschichte vor allem des bundesdeutschen Warndienstes zu dokumentieren.

Auch er hat umfangreiches Aktenmaterial bei Schließung des Warnamtes I (Hohenwestedt) retten können - u. a. den ursprünglichen Bepflanzungsplan des Geländes und veröffentlicht immer wieder seine neuesten Forschungsergebnisse in den "IG-Nachrichten". Hier war vor einiger Zeit beispielsweise die Geschichte des Kieler Vorprovisoriums und des Düsseldorf-er Versuchswarnamtes, oder der Einsatz des Luftlagedarstellungsverfahrens ASKANIA nachzulesen.

Hinsichtlich der Dokumentation von ZS-Gerätschaften sei exemplarisch auf die Aktivitäten von Oliver Lehr aus Velbert hingewiesen: Lehr hat sich als Mitglied des DRK auf den Sanitätsdienst spezialisiert und sammelt z. B. die komplette Ausrüstung des Verbandplatz-OP-Zeltes aus LSHD-Zeiten. Eine wichtige Unterstützung bietet ihm hierbei das IG-Archiv, das über die entsprechenden Gerätebeschreibungen und Ersatzteil-

listen sowie die Stärke- und Ausstattungsnachweisungen (STAN) des LSHD verfügt.

Die „Arbeitsgemeinschaft Hamburger Feuerwehrhistoriker e. V.“ mit Dietmar Jeschke, Ernst Tonn und Claus Tiedemann, arbeiten detailliert die Entwicklung des Hamburger Luft- und Katastrophenschutzes während der Nachkriegszeit auf. Auch wenn die Hamburger auf viele eigene gerettete Dokumente zurückgreifen können, ist auch hier die Zusammenarbeit mit dem IG-Archiv sehr willkommen.

Vielfach sind es lokale Initiativen, die als wichtiger Baustein bevölkerungsschutzgeschichtlicher Forschung die Entwicklung des Zivil- und Katastrophenschutzes in seinen verschiedenen Dimensionen vervollständigen.

Ergebnisse dieser Forschungen werden in den Periodika der IG sowie über das Internet (www.ls-kats.de) regelmäßig publiziert.

Damit wird auch deutlich, das die IG in Lüneburg nicht nur die Bedürfnisse von Fahrzeugrestauratoren und Oldtimer-Enthusiasten im Vordergrund ihrer Aktivitäten sieht, sondern primär den Austausch von bevölkerungsschutzgeschichtlichen Fachinformationen ehrenamtlich als zunehmend nachgefragte gesellschaftliche Aufgabe wahrnimmt.

Anfragen und Angebote zur Mitarbeit können unter info@ls-kats.de an die Interessengemeinschaft für historischen Luft- und Katastrophenschutz gerichtet werden.

Olaf Braasch

THW als humanitärer Botschafter Deutschlands

Erbeben im Iran, Flutkatastrophe in Südfrankreich – das THW ist der humanitäre Botschafter des Bundes im Ausland

Zwei Auslandseinsätze forderten im Dezember 2003 das gesamte Leistungsspektrum der Bundesanstalt THW. Bei dem Hochwasser in Südfrankreich und nach der Erdbebenkatastrophe im Iran stellte das Technische Hilfswerk erneut

Kaum eine Woche später, am zweiten Weihnachtsfeiertag, erschüttert ein Beben der Stärke 6,3 auf der Richterskala die Stadt Bam im Südiran. Mehrere zehntausend Menschen werden unter den Trümmern der eingestürzten Gebäude begraben und verlieren ihr Leben. In der Hoffnung, Überlebende zu retten, folgt die Bundesregierung einem Hilfeersuchen der iranischen

ne über die Ufer treten lassen. Die südfranzösische Stadt Arles ist von dem Hochwasser am meisten betroffen. Die 50.000-Einwohnerstadt liegt in einem trichterförmigen Talkessel und lässt den Wassermassen außer dem Tal der Rhône keine andere Abflussmöglichkeit, über Wochen bleibt das Wasser in der Stadt. Ein Drittel der bebauten Fläche ist überflutet, 7.000 Einwohner sind davon direkt betroffen, 4.200 müssen evakuiert werden. In den Nachbardépartements Gard und Bouches-du-Rhône kommt es ebenfalls zu Überflutungen.

Zunächst brechen 850 THW-Einsatzkräfte zur Soforthilfe in das Überschwemmungsgebiet auf. Bundesinnenminister Otto Schily entsendet sie in Absprache mit seinem französischen Amtskollegen Nicolas Sarkozy und auf Ersuchen der Europäischen Kommission in das südfranzösische Katastrophengebiet. Das Kontingent setzt sich zusammen aus 40 Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen sowie Führungs-, Logistik- und Elektroversorgungseinheiten der THW-Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen sowie der THW-Länderverbände Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Bremen, Niedersachsen. Im Stadtgebiet von Arles und den Ortschaften Moulès und L'Ardoise werden die ersten Einsatzstellen eingerichtet. Mit einer Pumpleistung von teilweise über 40.000 Kubikmetern in der Stunde wird rund um die Uhr Wasser in das weit verzweigte Kanalsystem rund um Arles gepumpt.

Die Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen sind jeweils mit einer Pumpleistung von etwa 15.000 Litern pro Minu-



Langanhaltende Regenfälle haben das Einzugsgebiet der Rhone in eine Seenlandschaft verwandelt.

seine Rolle als humanitärer Botschafter des Bundes im Ausland unter Beweis.

Land unter melden die französischen Behörden Anfang Dezember aus dem südfranzösischen Arles und den umliegenden Départements. Bundesinnenminister Otto Schily entsendet in der Nacht zum 5. Dezember auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes Einsatzkräfte des THW in das Katastrophengebiet. Fast zwei Wochen lang pumpen insgesamt 1.300 THW-Einsatzkräfte rund acht Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Talkessel.

Regierung und entsendet 30 Spezialisten der Schnell-Einsatz-Einheit-Bergung-Ausland (SEEBa) des THW in die Katastrophengebiet. Weitere Hilfe wird auf den Weg gebracht: 33 Tonnen Hilfsgüter erreichen am 30. Dezember Bam. Außerdem entsendet das THW 13 Trinkwasserexperten sowie drei Trinkwasseraufbereitungsanlagen.

Flutkatastrophe in Südfrankreich

Langanhaltende Regenfälle im November hatten die Rhône





te das leistungsstärkste Instrument des THW bei der Bekämpfung von Überflutungen und Überschwemmungen und

mit die aufgestauten Fluten aus den umliegenden Gebieten besser ins Meer abfließen können.

meter Wasser abgepumpt, weitere rund 2,5 Millionen Kubikmeter an den Einsatzorten Moulès und L'Ardoise.

Die Ausstattung der Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen wurde im vergangenen Jahr noch weiter verbessert und konnte jetzt einer ersten Belastungsprobe unterzogen werden.



Erdbebeneinsatz der SEEBA

Nicht ganz eine Woche später erschüttert in den frühen Morgenstunden des 26. Dezember ein Erdbeben die südiranische Stadt Bam, über 70 Prozent der bebauten Fläche sind zerstört. Sofort nach bekannt werden des Ausmaßes der Katastrophe wird die Schnell-Einsatz-Einheit-Bergung-Ausland (SEEBA) des THW alarmiert. Die iranische Regierung bittet das Ausland um Hilfe. Noch am Abend des zweiten Weihnachtstages startet vom Flughafen Frankfurt am Main aus eine vom THW gecharterte Maschine in Richtung Iran. An Bord: 30 Erdbebenspezialisten der SEEBA sowie Suchmannschaften des Malteser Hilfsdienstes, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Rettungshundeverbandes und zwei Helfer des Deutschen Roten Kreuzes. Die Einsatzkräfte werden mit Hun-

haben sich nicht zuletzt bei der so genannten Jahrhundertflut an der Elbe bewährt. Die Hochwasserspezialisten können zudem Wasserförderstrecken errichten, um beispielsweise stark verschmutztes Wasser zu „entsorgen“. Die Ausstattung der Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen wurde im vergangenen Jahr nach dem Jahrhunderthochwasser weiter verbessert und konnte jetzt einer ersten Belastungsprobe unterzogen werden.

Erste Erfolge kann das THW bereits nach wenigen Tagen vermelden. Kaum eine Woche nach Beginn des Einsatzes sind die Orte Moulès und L'Ardoise von den Wassermassen befreit. In Arles nehmen weitere THW-Einsatzkräfte die Arbeit auf und die ersten Einheiten können den Rückweg antreten. In Sylvérial an der Küste am Rande der Camargue gelegen, wird ein neuer Einsatzabschnitt eingerichtet. Mit einer Pumpleistung von etwa 100.000 Litern pro Minute wird Wasser in die kleine Rhône umgeleitet, da-

Die „Blauen Engel“ – wie die ehrenamtlichen THW-Helfer aus Deutschland wegen ihrer blauen Uniformen und Fahrzeuge in der französi-



Die überwiegend aus Lehm erbauten Häuser hatten dem Beben nicht standhalten können und waren in sich zusammengefallen.

schen Presse genannt werden – sind am 19. Dezember an ihre Standorte zurückgekehrt. Ihre Bilanz: Allein aus dem Stadtgebiet von Arles wurden über fünfzehn Millionen Kubik-

den und modernem technischen Ortungsgerät in Bam nach Verschütteten suchen.

Bereits in den Mittagsstunden des 27. Dezember kann mit den Sucharbeiten begon-

Technisches Hilfswerk

nen werden. Das vom THW koordinierte deutsche Team ist gemeinsam mit den schweizer Hilfskräften als zweites internationales Hilfskontingent nach Organisationen aus dem Nachbarland Türkei in Bam eingetroffen.

72 Stunden, sagen Experten, kann ein Verschütteter unter Trümmern überleben. Abhängig von den äußeren Bedingungen und der physischen Konstitution des Betroffenen sinken dann die Überlebenschancen. Unter Hochdruck ar-

vor hatte das Ultraschallgerät kein Lebenszeichen mehr angezeigt – mittlerweile sind die 72 Stunden vorbei, der Wettlauf mit der Zeit ist verloren.

Doch die Hilfe geht weiter. Während sich die Suchmannschaften der SEEBa und der anderen Hilfsorganisationen auf den Rückflug vorbereiten, läuft die zweite Phase des Einsatzes an. Eine weitere vom THW gecharterte Maschine mit 33 Tonnen Hilfsgütern und weiteren THW-Helfern landet in Bam und wird entla-

Schnell gelingt es den örtlichen Behörden, die Trinkwasserversorgung zu übernehmen. Chemische Analysen des THW ergaben zudem, dass die Wasserqualität wieder in Ordnung ist. Am 8. Januar kehren auch die Trinkwasserexperten des THW wieder nach Hause zurück.

Bam aber liegt weiter in Trümmern. Besonders Kinder leiden unter den Folgen des Bebens. Nahezu alle Ortsverbände und die Jugendgruppen beteiligen sich in einer beispiellosen Aktion an der Sammlung „Winterbekleidung für die Kinder in Bam“. Eine Welle der Hilfsbereitschaft erreicht das THW. Die Spenden werden in das Logistikzentrum des THW nach Heiligenhaus und an zwei weitere Standorte in Hamburg und Mainz gebracht. Dort sortieren Angehörige des Technischen Hilfswerks mit Hochdruck die Kleider und machen sie für den Versand als Luft- und Seefracht fertig. Mit Sattelzügen wird die Ware tonnenweise an den Flughafen Hahn im Hunsrück und in den Hamburger Hafen gebracht.

Die staatliche iranische Fluggesellschaft Iran Air fliegt insgesamt sieben Mal Hilfsgüter des THW in den Iran. Dort werden sie von THW-Mitarbeitern dem Iranischen Roten Halbmond übergeben, der die Verteilung übernimmt. Der Transport auf dem Seeweg wird ebenfalls von einer iranischen Gesellschaft übernommen. Die 40 Seecontainer mit Winterbekleidung sind für das Netzwerk der iranischen Hilfsorganisationen bestimmt.

Auch 2004 wird das THW wieder als humanitärer Botschafter des Bundes im Ausland aktiv sein. Projekte und Einsätze rund um den Globus werden erneut das gesamte Leistungsspektrum der ehrenamtlich getragenen Organisation fordern. Auftrag und Aufgabe gleichermaßen, um Menschen in Not zu helfen.



Wegen der überwiegend sehr kleinen Trümmerteile gestalteten sich die Bergungsarbeiten sehr mühselig. (Fotos: THW)

beiten die Erdbebenspezialisten rund um die Uhr Trümmerkegel um Trümmerkegel ab, bergen aber lediglich Tote. Am Abend des 28. Dezember keimt Hoffnung auf: Hunde des MHD und des THW haben Lebenszeichen unter den Trümmern geortet. Technisches Spezialgerät bringt schnell die Gewissheit. Fieberhaft arbeiten sich die SEEBa-Einsatzkräfte zu der Stelle vor. Die Arbeit geht nur schleppend voran. Bedingt durch die Lehmbauweise der meist nur zweistöckigen Gebäude sind die Trümmer sehr klein, die Staubentwicklung hoch – die Häuser sind gleich Kartenhäusern in sich zusammengestürzt. Erst gegen Mittag des nächsten Tages gelingt es den Helfern zu der Person vorzudringen, wenige Minuten zu-

den. An Bord sind neben drei Trinkwasseraufbereitungsanlagen aus Beständen des THW, 1.700 Decken, 300 Winterjacken, 500 Feldbetten sowie 2,3 Tonnen Verbandsmaterial und mehr als eine Million Einheiten dringend benötigter Medikamente.

Die Hilfsgüter verteilt der Iranische Rote Halbmond. 13 Trinkwasserexperten des THW übernehmen die Versorgung des Imam Khomeini Krankenhauses, dem einzigen noch intakten Krankenhaus in Bam. Darüber hinaus versorgen sie eine italienische Krankenstation außerhalb der Stadt sowie weitere Ortschaften in der Umgebung mit Trinkwasser. Das Erdbeben hatte eine der beiden Hauptwasserleitungen der Region zerstört.



Pyrotechnik im Katastrophenschutz

Am 30. Oktober 2003 wurde der erste Lehrgang für Pyrotechnik im Katastrophenschutz im Main-Taunus-Kreis eröffnet.

Die praktische Prüfung besteht in der Ausarbeitung, dem Aufbau und Abbrennen einer pyrotechnischen Schadensdarstellung.

(Foto: Th. Spengler)



19 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet hatten sich im Ausbildungszentrum des Main-Taunus-Kreises in Bad Soden a. Ts. eingefunden. Sie wollten die Fachkunde für den Umgang mit pyrotechnischen Sätzen und Gegenständen erlernen, um bei Übungen Schäden realistisch darstellen zu können.

Durchgeführt wurde ein Grundlehrgang zum Erwerb des Befähigungsscheines nach der 1. SprengV zum SprengG. Dies ist eine dreitägige Ausbildungsveranstaltung, die mit einer Prüfung abschließt.

Während am ersten Tag Theorie (Gesetzeskunde, Materialkunde, UVV u.ä.) gelehrt werden, findet am zweiten Tag die praktische Ausbildung auf dem Übungsgelände statt. Zum Abschluss dieses Ausbildungsabschnittes müssen die Teilnehmer eine praktische Prüfung ablegen. Sie besteht in der Ausarbeitung, dem Aufbau und Abbrennen einer pyrotechnischen Schadensdarstellung.

Am dritten Tag ist noch einmal die Theorie dran, gefolgt von der abschließenden theoretischen Prüfung.

Mit dem Prüfungszeugnis bewaffnet können die Teilneh-

mer bei ihrer heimatlichen Gewerbeaufsicht den Befähigungsschein nach der 1. SprengV beantragen.

Neuerdings wird auch ein dreitägiger Wiederholungslehrgang angeboten. Mit der für diesen Lehrgang ausgestellten Teilnahmebescheinigung wird durch die zuständige Gewerbe-

aufsicht die Gültigkeit des Befähigungsscheines des Teilnehmers um jeweils fünf Jahre verlängert. *Thomas Spengler*

Arbeitsunfälle und G 26-Check ohne Praxisgebühr

Nach Arbeitsunfällen und bei arbeitsmedizinischen Untersuchungen wird die so genannte Praxisgebühr von zehn Euro nicht fällig! „Unfallverletzte, deren Heilbehandlung und Rehabilitation nach Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten über die gesetzliche Unfallversicherung abgedeckt ist, müssen die Praxisgebühr nicht zahlen. Das gilt auch bei G 26-Untersuchungen, soweit die Kommune als Träger des Brandschutzes Kostenträger der Maßnahme ist. Auch brauchen Feuerwehrangehörige nach wie vor keine Zuzahlungen für Arzneimittel und Heilmittel zu leisten, sofern die Verordnung zur Behandlung nach einem Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit ausgestellt wurde“, stellt

Michael Riggert, Vorsitzender des Fachausschusses Sozialwesen im Deutschen Feuerwehrverband (DFV), klar. Wichtig: Nach einem Arbeitsunfall müssen sich Betroffene zunächst an einen Durchgangsarzt wenden! Dieser kann beim zuständigen Unfallversicherungsträger erfragt werden.

sö

Neue Herausforderungen an Kommunen durch aktuelle Sicherheitslage

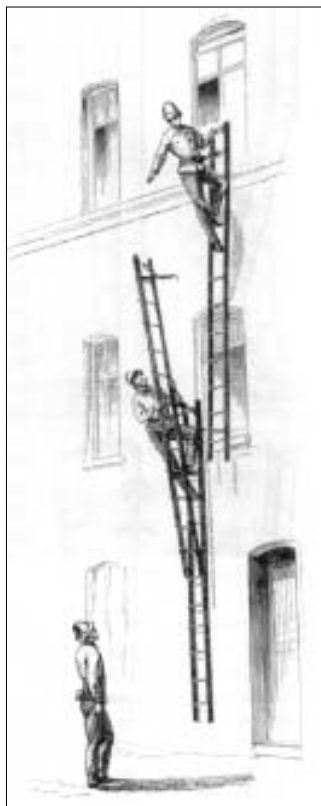
Der Deutsche Städte- und Gemeindebund wird seine zweite Fachkonferenz „Mehr Sicherheit für lebenswerte Städte und Gemeinden“ am 4. März 2004 im Hotel Atrium in Mainz-Finthen veranstalten. Zu den Schwerpunktthemen der eintägigen Tagung werden neben einer Analyse der aktuellen Sicherheitslage durch den Terrorismusexperten Rolf Tophoven vom Institut für Terrorismusforschung & Sicherheitspolitik Sicherheitskonzepte von Städten und Flughäfen als best practise sowie Krisenprävention und die neue Sicherheitsarchitektur des Bundes zum Schutz der Bevölkerung gehören. Ein weiteres wichtiges Thema „Koordination von Zivil- und Katastrophenschutz zwischen Bund, Ländern und Gemeinden“ wird auf einem prominent besetzten Podium diskutiert.

(Weitere Informationen und Anmeldung bei Congress und Presse, Piroldweg 1, 53179 Bonn, Fon: 0228/347498, Fax: 0228/349815, E-Mail: schuetz.pr@web.de. Die Teilnehmergebühr in Höhe von 175 Euro inklusive 16 Prozent Mehrwertsteuer beinhaltet ausführliche Kongressunterlagen)

„Einer für Alle – Alle für Einen“

Von Rolf Schomberger
Verlag W. Kohlhammer
Stuttgart 2003

150 Jahre Deutscher Feuerwehrverband – ein Grund zum Feiern, aber natürlich auch zum Rückblick.



Der Kunsthistoriker Rolf Schomberger, Leiter des Deutschen Feuerwehr-Museums in Fulda, gibt in der offiziellen Festschrift des DFV einen informativen Überblick über die Geschichte des Verbandes.

Dabei werden kenntnisreich entscheidende Stationen besprochen, die immer auch politische und gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegeln.

Viele Zitate und insbesondere das umfangreiche Bildmaterial zeigen nicht nur die Bedeutung des Deutschen Feuerwehrverbandes auf, sondern geben auch einen Überblick über die technischen Entwicklungen.

Diese sehr gut gemachte Festschrift dürfte nicht nur dem Fachmann, sondern auch dem interessierten Laien viel Freude bereiten. nps

Bundeswehr und innere Sicherheit

Von Karsten Fehn
und
Miriam Bruns
Verlag für Polizeiwissenschaft
Frankfurt 2003
122 Seiten, € 14,90
ISBN 3-935979-11-8

Januar 2003, der Pilot eines Sportflugzeuges hält Frankfurt in Atem mit seiner Drohung, die Maschine in eines Hochhäuser stürzen zu lassen. Die Bundeswehr könnte hier eingreifen. Darf sie das? Und was wäre, wenn statt des Sportflugzeuges eine Jumbo als Erpressungswerkzeug dienen würde?

Sommer 2002, die Fluten von Elbe und Donau ergießen sich über Landschaften und Städte. Die Bundeswehr greift ein mit Manpower und mit Gerät und lässt ECR-Tornados zur Deichkontrolle fliegen. Darf die Verteidigungsarmee ihr Kriegsgerät so einsetzen?

Mit diesen und anderen Fragen haben sich die Autoren intensiv beschäftigt. Im typischen Stil des Juristen analysieren sie die Einsatz- und Unterstützungsmöglichkeiten der Bundeswehr in Deutschland. Allerdings kommt es dem nicht-juristischen Leser entgegen, dass beide im Polizeivollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes praktische Erfahrung gesammelt haben und Fehn zudem ausgebildeter Zugführer im Brandschutzdienst und Mitglied eines Katastrophenschutzstabes ist.

Die Antworten, die die Autoren auf die aufgeworfenen Fragen geben, sollten viele Einsatzverantwortliche nachdenklich werden lassen bei der oft als Selbstverständlichkeit unterstellten Unterstützung durch die Bundeswehr. Interessant auch die weitere Entwicklung des kurz nach der Veröffentli-

chung des Buches verabschiedeten Luftsicherheitsgesetzes, dessen Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz zu hinterfragen ist.

Insgesamt ist die Lektüre des Buches allen nahe zu legen, die im Rahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit Verantwortung tragen oder eines Tages plötzlich tragen könnten. Dieter Franke

KOPF- NUSS

Mit der Ausgabe 4/2003 wurde die „Kopfnuss“ eingestellt.

An dieser Stelle sei allen Rätselfreunden, die dieser Rubrik über lange Zeit die Treue gehalten haben und auch zur letzten Runde angetreten sind, herzlichst gedankt.

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder
- 4.-10. je ein Infopaket

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige durften nicht teilnehmen.

Die Lösung des Rätsels aus Heft 4/2003 lautete:

KONGRESS

Die Gewinner werden per Post benachrichtigt

Terminkalender

Termine 2004

24. bis 27. Februar 2004:
Internationale Sicherheitsmesse
„SICUR“
Ort: Madrid
Info: www.sicur.ifema.es

*

4. März 2004
DStGB-Fachtagung
„Mehr Sicherheit für lebenswerte Städte und Gemeinden“
Ort: Mainz-Finthen
Info: s. S. 54

*

7. bis 14. März 2004:
Blockkurs zum Fachkundenachweis „Rettungsdienst“
Ort: Mainz
Info: Akademie für Ärztliche Fortbildung in Rheinland-Pfalz, Deutschhausplatz 3, 55116 Mainz,
Tel. (06131) 28438-13,
Fax (06131) 28438-10,
Email: becker@arztkolleg.de
Homepage: www.akademie-aerztliche-fortbildung.de

*

18. bis 24. März 2004:
CeBIT 2004
Ort: Hannover
Info: www.cebit.de

*

2. bis 4. April 2004:
Ausstellung und Fachkongress
„rescue 2004“
Ort: Messe Stuttgart
Info: www.messestuttgart.de/rescue

*

17. April 2004:
10. First Responder-Symposium
Ort: Unterschleißheim
Info: www.ffu.de

*

23. bis 24. April 2004:
Taucher-Tage 2004
Ort: Aufkirchen bei München
Info: www.taucher-tage.de

10. bis 16. Mai:
Internationale Luft- und Raumfahrt ausstellung
ILA 2004
Ort: Berlin
Info: www.ila-berlin.de

*

13. Mai bis 14. Juni 2004:
Ausstellung zum 50. Jahrestag der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten
Ort: Berlin
Info: www.verschluckung.de

*

16. bis 18. Juli 2004:
Symposium
„Verschluckung am Barbarastollen“
Ort: Schloss Kronburg
Info: www.verschluckung.de

*

21. bis 22. August 2004:
Tag der offenen Tür der Bundesregierung
Ort: Berlin

*

30. September bis 2. Oktober 2004:
Florian 2004
Ort: Halle

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 20 03 51, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz, Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz
Internet: <http://www.bva.bund.de>
E-Mail: redaktion.zfz@bva.bund.de

Bevölkerungsschutz
erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluss ist jeweils der 10. des Vormonats.

Vi.S.d.P.: Alexander Krapf
Telefon 01888-358-5318

Redaktion:
Nikolaus Stein Tel.: 01888-358-5214
Rainer Schramm 01888-358-5323
Telefax 01888-358-5824

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Werbdruck GmbH
Horst Schreckhase
Postfach 1233
34283 Spangenberg
Telefon (0 56 63) 94 94
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90
Abonnement jährlich € 7,50
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Heute schon geklickt?
www.denis.bund.de



Deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem



Heute: Der Bremer Marktplatz, Bremen

Der Bremer Marktplatz als Bauensemble spiegelt die über 1200-jährige Geschichte der alten Hansestadt wieder und umfasst gleich mehrere geschützte Denkmäler, so das Rathaus, den Roland und den St. Petri Dom.

Das Rathaus, 1405 bis 1410 errichtet, erhielt im 17. Jahrhundert eine sehenswerte Fassade im Stil der Weser-Renaissance. Mehrere kulturhistorisch wertvolle Räume sind zu besichtigen. Im Anbau von 1912 tagen Bürgermeister und Senat, die Regierung des Landes Bremen.

Der Bremer Roland war von Anfang an eine Symbolfigur für die Rechte der Stadt. 1366 soll ein hölzerner Roland von den Knechten des Erzbischofs verbrannt worden sein, 1404 entstand aber der steinerne Roland vor dem Rathaus und die Bürger formulierten in gefälschten Kaiserurkunden ihr Recht, den Roland mit dem Kaiserwappen auszustatten.

Der Roland selbst ist 5,55 Meter hoch, die Säule hinter ihm 10,21 Meter. Die Figur ist aus Kalkstein, der Pfeiler hinter ihm aus Sandstein. Früher war der Roland bunt, seit dem 18. Jh. ist er jedoch grau bemalt. Danach bevorzugte man den natürlichen Stein mit sparsamer Kolorierung.

Der Roland wurde öfters restauriert, zuletzt wurde 1983 der Kopf erneuert. Der jetzige Kopf der Statue ist eine Kopie. Den Originalkopf von 1404 kann man nun im Bremer Focke-Museum besichtigen.

Der St. Petri Dom ist eine der Keimzellen Bremens und hat eine über 1200-jährige Geschichte. Sein frühgotisches typisches Gepräge erhielt der Dom in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Besonders bemerkenswert sind seine ältesten Teile, die West- und die



Das Rathaus (unten) und der Roland auf dem Marktplatz in Bremen: Die Stadt Bremen bewirbt sich um die Eintragung in die Welterbeliste der UNESCO. (Foto: BTZ)

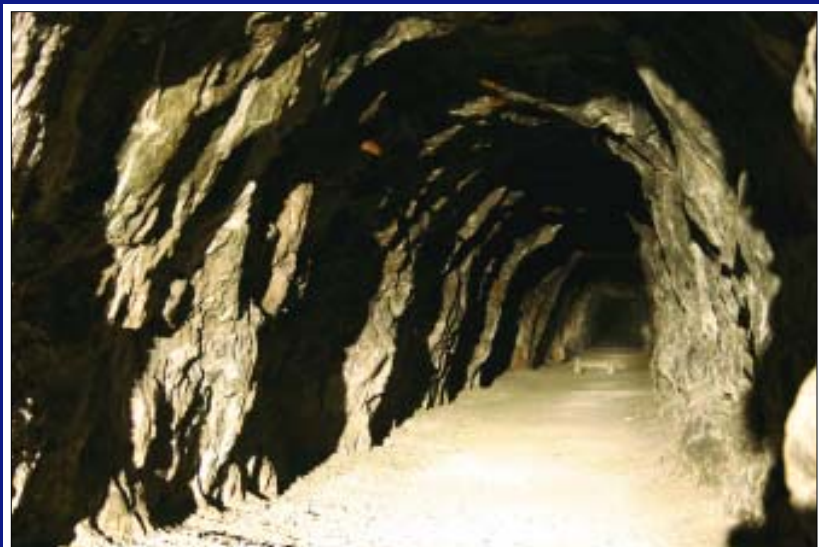


Ostkrypta, sowie seine bedeutenden Orgeln, beispielsweise die Silbermann-Orgel in der Westkrypta.

Ein Mysterium stellt der so genannt Bleikeller des Domes dar. Ursprünglich wurden dort die Bleiplatten zur Dachdeckung der Kirche eingelagert. Ein niemals restlos aufgeklärtes Phänomen bewirkt, dass Leichen in diesem Keller mumifizieren. Wanderhandwerker,

von denen man meinte, sie würden später einmal in ihre Heimat überführt, waren die ersten, im 17. und 18. Jahrhundert kamen auch wohlhabende Bürger hinzu, die seither im Bleikeller beigesetzt sind.

Die Stadt Bremen bewirbt sich zurzeit bei der UNESCO für das Rathaus und den Roland um die Eintragung als Weltkulturerbe.



Ein bedeutsames Jubiläum kann in diesem Jahr gefeiert werden: die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten wird 50 Jahre alt. Mit einbezogen in die Jubiläumsveranstaltungen ist auch der Zentrale Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland, der Barbarastollen (o.) bei Oberried im Schwarzwald.

Zum Abschluss des Jubiläumsjahres der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz fanden am 8./9. Dezember in Bad Neuenahr ein Festakt und anschließend ein internationaler Fachkongress unter dem Motto „Zivile Sicherheitsvorsorge in Deutschland – Strategien und Umsetzung“ statt; Verlauf und Ergebnisse können Sie ab S. 3 nachlesen.

(Fotos: ZfZ)